Das Programm für Stabilität und Erneuerung.

GEMEINSAM FÜR EIN MODERNES DEUTSCHLAND.

Einleitung

Deutschland ist ein starkes Land. Das ist vor allem ein Verdienst der Bürgerinnen und Bür-

ger, die jeden Tag anpacken, damit es bei uns auch morgen gut läuft. Wir haben starke Be- triebe, innovative Startups und Weltmarktführer, herausragende Forscherinnen und For- scher und eines der besten Gesundheits- und Sozialsysteme der Welt. Wir sind ein weltof- fenes und sicheres Land; ein Land, das Verantwortung für Sicherheit und Frieden, Freiheit und Wohlstand in Europa und weltweit übernimmt.

Die Corona-Krise hat unser Land und besonders Staat und Verwaltung herausgefordert und

offengelegt, dass wir in einigen Bereichen schneller, besser und mutiger werden müssen. Wir brauchen einen kraftvollen Neustart nach der Krise. Wir wollen die er Jahre zu einem Modernisierungsjahrzehnt für unser Land machen. Dabei wollen wir das Gute besser ma- chen. Denn klar ist: Wir können nicht zaubern, aber wir können und wir wollen arbeiten und gestalten.

Wir haben in der unionsgeführten Bundesregierung vieles erreicht. Unsere Politik für

Wachstum und solide Finanzen hat die Grundlage dafür geschaffen, dass wir in der Pande-

mie umfassend handeln konnten: zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor dem Virus,

für die Impfstoffrevolution und umfassende Hilfen für Betriebe und Beschäftigte. Das ist

nicht selbstverständlich und nicht garantiert. Erfolg ist kein Schicksal, sondern das Ergebnis

harter Arbeit.

Unsere Richtung ist klar: Wir wollen den Wandel gestalten, damit Deutschland an der Spitze

bleibt. Aber unsere Vorstellung ist: Sicherheit im Wandel. Wir wollen stark aus der Krise

kommen und eine neue Dynamik schaffen. Eine Dynamik, die Wirtschaft und Klimaschutz

voranbringt, Arbeitsplätze sichert und neue schafft, Familien unterstützt und eine moderne

Arbeitswelt gestaltet. Dabei stürmen wir nicht blind ins Morgen, sondern halten Maß und

Mitte.

Das bedeutet auch: Wir werden nichts versprechen, was wir nicht einhalten können. Durch

die hohen Ausgaben zur Bekämpfung der Pandemie sind die finanziellen Spielräume des

Staates deutlich eingeschränkt. Neue Schulden oder Steuererhöhungen wären aber der fal-

sche Weg. Wir setzen auf wirtschaftliches Wachstum, das unserem Staat finanzielle Spiel-

räume eröffnet. Diese Spielräume wollen wir für die finanzwirksamen Vorhaben dieses Pro-

gramms nutzen.

Wir brauchen auch einen Neustart im Verhältnis zwischen Staat und Bürger. Der Staat muss

sich nach der Pandemie wieder deutlich zurückziehen und den Bürgerinnen und Bürgern

sowie den Unternehmen mehr Freiraum lassen. Wir müssen aufhören, jedes Problem bis ins

Detail zu regeln oder mit mehr Geld lösen zu wollen. Wir wollen einen verlässlichen und

modernen Staat.

Unser Ziel ist, so schnell wie möglich wieder zurück zu einer Normalität zu gelangen, die

uns Liebgewonnenes und Vermisstes zurückgibt und in der wir klug das Morgen gestalten.

Wir wollen, dass Deutschland eine starke Heimat bleibt, in der möglichst viele Menschen

nach ihrem persönlichen Glück streben können. Wir wollen eine Gesellschaft, die zusam-

menhält und Einsatz belohnt, Aufstieg ermöglicht und die diejenigen schützt, die sich nicht

selbst helfen können. Wir wollen ein modernes Deutschland, das an morgen denkt, heute

handelt und gemeinsam ganz Großes weiterwachsen lässt: wirtschaftliche Stärke, konse-

quenten Klimaschutz und soziale Sicherheit. Deshalb soll Deutschland deutlich vor Mitte

des Jahrhunderts eine klimaneutrale Industrienation werden. Und gemeinsam mit unseren

europäischen Freunden wollen wir dafür sorgen, dass Deutschland und die EU weltpolitik-

fähiger werden.

Wir haben für diese Aufgabe die richtigen Werte und Prinzipien: Vernunft statt Ideologie,

Innovationen statt Verbote, Soziale Marktwirtschaft statt sozialistischer Umverteilung,

Chancen statt Ängste, Respekt statt Bevormundung für Familien, christliches Menschenbild

und gesellschaftliche Vielfalt statt vorgefertigter Lebensentwürfe für jeden Einzelnen. Wir

spielen vermeintliche Gegensätze und unterschiedliche Gruppen nicht gegeneinander aus.

Wir verbinden sie. Weil wir wissen: Gerade in einer individualisierten Gesellschaft ist es

wichtig, dass wir bei den großen Fragen in eine gemeinsame Richtung gehen, dass jeder die

Gewissheit hat, Teil eines Ganzen zu sein – ob jung oder alt, ob auf dem Land oder in der

Stadt, ob Arbeitnehmer oder Arbeitgeber. Zusammenhalt ist für uns Ausdruck von Verant-

wortung – gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes ebenso wie gegenüber

unserer Umwelt und den zukünftigen Generationen. Jeder von uns ist Teil dieser Verant-

wortungsgemeinschaft, Teil einer Nation und einer Europäischen Union mit gemeinsamer

Kultur, gemeinsamer Geschichte, gemeinsamen Werten, gemeinsamen Zielen und einer ge-

meinsamen Zukunft.

. Neue Verantwortung Deutschlands in der Welt – aus Überzeugung für

Frieden, Freiheit und Menschenrechte

Unser Unions-Versprechen: Wir arbeiten für ein weltoffenes Deutschland, das in einem Bündnis

von Demokratien gemeinsam mit unseren transatlantischen und europäischen Partnern die glo-

balen Herausforderungen gestaltet. Unser Ziel heißt: Sicherheit und Frieden, Freiheit und Wohl-

stand für die Menschen in Deutschland. Das Modernisierungsjahrzehnt, mit dem wir Deutsch-

land weltpolitikfähig machen, kann nur mit neuer außenpolitischer Stärke gelingen.

Die Pandemie hat uns erneut gezeigt, wie vernetzt unsere Welt ist. Weder das Coronavirus noch

der Klimawandel oder die digitale Transformation machen an Grenzen halt. Wir können die gro-

ßen weltweiten Menschheitsaufgaben nur lösen, wenn wir sie gemeinsam global anpacken. Es

ist in unserem eigenen Interesse, dass wir international mehr Verantwortung übernehmen.

Die Bedingungen dafür haben sich gravierend verändert: Wir befinden uns inmitten eines welt-

weiten Epochenwechsels. Die große wirtschaftliche Dynamik in Asien und der Aufstieg Chinas

verändern das internationale Machtgefüge. Wir erleben die Missachtung des Völkerrechts und

Regelbrüche durch bedeutende Staaten des internationalen Systems, und wir sehen, dass sich

weltweit populistische Strömungen ausbreiten, auch in demokratischen Staaten. Hinzu kommt:

Neue Technologien bestimmen nicht nur unseren Alltag, sondern sind auch ein relevanter Faktor

der internationalen Politik.

Es reicht nicht, auf Krisen nur zu reagieren. Daher werden wir eine Sicherheitsarchitektur schaf-

fen, die bessere Koordinierung und einen vorausschauenden strategischen Ansatz möglich

macht. Die Grundlage unseres weltweiten politischen Handelns ist und bleibt dabei das christli-

che Menschenbild. Wir bekennen uns dazu, dass Deutschland aktiv zur internationalen Krisen-

bewältigung und zur Gestaltung der Weltordnung beiträgt - in der Europäischen Union, der

NATO, den Vereinten Nationen und weiteren internationalen Organisationen.

Stärkung der werte- und regelbasierten internationalen Ordnung

Bündnis der Demokratien schmieden

Demokratien und autoritäre Staaten ringen um den globalen Gestaltungsanspruch im .

Jahrhundert. Es geht um den Fortbestand unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung, die

autoritäre Staaten in Frage stellen und zu destabilisieren versuchen. Aus dieser Systemri-

valität ergeben sich für uns die Verpflichtung und der Anspruch, die internationale regel-

und wertebasierte Ordnung wieder zu stärken. Denn sie ist Voraussetzung dafür, dass wir

in Sicherheit und Frieden, Freiheit und Wohlstand leben können. Wir wollen, dass Deutsch-

land und Europa gestärkt aus dieser Herausforderung hervorgehen – gemeinsam mit den

USA und zugleich auf eigene Fähigkeiten bedacht.

• Dafür müssen wir gemeinsam die Zusammenarbeit mit unseren transatlantischen Part-

nern wieder ausbauen und neue handlungsfähige Strukturen mit unseren weltweiten de-

mokratischen Partnern entwickeln, gerade im indo-pazifischen Raum und in Lateiname-

rika. Dieses Bündnis der Demokratien muss prägenden Einfluss auf die globale Ordnung

nehmen, insbesondere in der Klima-, Handels-, Digital- und Sicherheitspolitik.

• Dabei leitet uns der Gedanke der Freiheit und der unantastbaren Würde des Menschen.

Deshalb setzen wir uns für Frieden, Freiheit und Sicherheit, für die Wahrung der Men-

schenrechte, für die Einhaltung und Weiterentwicklung des Völkerrechts, für nachhal-

tige Entwicklung sowie den freien und fairen Welthandel ein.

• In unserem außenpolitischen Handeln suchen wir stets die internationale Partnerschaft

und den multilateralen Ansatz. Die Vereinten Nationen (VN) und ihre Organisationen

alleine können die universelle Gültigkeit ihrer Grundsätze und Ziele beanspruchen. Die

Vereinten Nationen sind und bleiben daher grundlegend für die internationale Ordnung

und die Bewältigung internationaler Herausforderungen. Sie müssen daher entschei-

dungs- und handlungsfähiger werden.

Universelle Geltung der Menschenrechte durchsetzen

Die Menschenrechte gelten universell, sind unteilbar und unveräußerlich. Dem Versuch au-

toritärer Staaten, diesen Konsens aufzuweichen, treten wir entschieden entgegen.

• Hierfür wollen wir die Menschenrechtsmechanismen stärken. Kinder, Menschen mit Be-

hinderungen oder Flüchtlinge sind dabei besonders schutzbedürftig.

• Wir wollen auch dem Menschenrecht auf Religionsfreiheit weltweit Geltung verschaffen

und die kritische Lage religiöser Minderheiten verbessern. Insbesondere werden wir uns

weiterhin beharrlich für verfolgte Christen einsetzen.

.. Deutschland als Stabilitätsanker in der globalen Welt

Deutschland muss als stärkste Wirtschaftsnation Europas eine führende außen- und sicher-

heitspolitische Rolle einnehmen. Wir müssen mehr als bisher bereit sein, zusammen mit

unseren Verbündeten und Partnern unter Wahrung der völkerrechtlichen und unserer ver-

fassungsrechtlichen Vorgaben alle Instrumente unserer Außen-, Verteidigungs- und Ent-

wicklungspolitik anzuwenden – auch militärische, wenn dies nötig ist.

• Wir wollen einen stärkeren strategischen Ansatz in der Außen- und Sicherheitspolitik in

einer regelmäßig vorzulegenden nationalen Sicherheitsstrategie bündeln, die parlamen-

tarisch erörtert wird.

• Wir müssen die Vernetzung der Sicherheit auch in unserer Regierung abbilden. Daher

wollen wir im Bundeskanzleramt einen Nationalen Sicherheitsrat schaffen, der außen-

und sicherheitspolitische Koordinierung, strategische Vorausschau und nachrichten-

dienstliche Erkenntnisse des Bundes und der Länder zusammenführt.

• Wir werden die politischen Stiftungen weiterhin angemessen finanziell ausstatten. Sie

leisten einen wesentlichen Beitrag zur politischen Bildung, zur Studienförderung und zur

wissenschaftlichen Forschung sowie im internationalen Bereich zur Stärkung der Demo-

kratie, der Zivilgesellschaft und der Entwicklungszusammenarbeit.

.. Aufbruch für die transatlantische Partnerschaft

Beziehungen zu Amerika stärken

Die USA sind unser wichtigster weltpolitischer Partner. Mit Präsident Joe Biden verbinden

wir die Chance eines neuen Aufbruchs für die transatlantische Partnerschaft. Nur in enger

Abstimmung werden wir gestaltende Impulse in der Klima-, Handels-, Wissenschafts- und

Technologiepolitik setzen können. Unser Ziel muss sein, gemeinsam den Gegnern der Frei-

heit zu trotzen, globale Standards zu setzen und unseren technologischen Vorsprung zu

wahren und auszubauen. Hierzu ist eine weitere Vertiefung unserer Handels- und Wissen-

schaftsbeziehungen unabdingbar.

• Unser Ziel ist ein umfassender transatlantischer Wirtschafts-, Handels- und Zukunfts-

raum. Um die Technologieführerschaft des wertegebundenen Westens zu bewahren,

müssen wir unsere Spitzenforschung und Produktanwendung eng abstimmen.

• Wir wollen zudem die gemeinsame Bekämpfung der Organisierten Kriminalität und des

Terrorismus intensivieren sowie klimaaußenpolitisch mit den USA eng zusammenarbei-

ten.

• Auch mit Kanada sowie den demokratisch gefestigten Staaten Lateinamerikas und der

Karibik wollen wir enger kooperieren.

• Den Austausch mit den USA auf gesellschaftlicher Ebene wollen wir deutlich ausbauen.

Wir wissen: Völkerverständigung beginnt bei persönlichen Freundschaften und muss im-

mer wieder neu wachsen in jeder Generation. Deshalb wollen wir ein deutsch-amerika-

nisches Jugendwerk einrichten und das erfolgreiche Jugendaustauschprogramm (Parla-

mentarisches Patenschaftsprogramm) des Bundestages mehr als verdoppeln.

Die NATO als Wertegemeinschaft und Sicherheitsbündnis begreifen

Die NATO ist das Rückgrat der euroatlantischen Sicherheit. Garantiert wird diese Sicherheit

durch die nukleare Teilhabe, die Beistandsklausel für den Bündnisfall und die Präsenz ame-

rikanischer Soldaten in Europa.

• Solange es Staaten mit Atomwaffen gibt, die unsere Wertegemeinschaft aktiv herausfor-

dern, braucht Europa weiterhin den nuklearen Schutzschirm der USA und bleibt die deut-

sche Beteiligung an der nuklearen Teilhabe im Rahmen der NATO ein wichtiger Bestand-

teil einer glaubwürdigen Abschreckung im Bündnis. Wir stehen dafür, dass Deutschland

sich entschlossen zur Fortsetzung seiner nuklearen Teilhabe innerhalb der NATO be-

kennt und die notwendigen Mittel dafür bereitstellt.

• Es muss Europas Anspruch sein, als gleichberechtigter Partner gemeinsam mit den USA

für Freiheit, Frieden und Demokratie in der Welt einzustehen. Dazu gehört, dass wir

mehr Verantwortung im Verbund mit unseren Bündnispartnern übernehmen müssen –

sowohl bei robusten Einsätzen als auch bei Friedensmissionen und der Entwicklungszu-

sammenarbeit vor Ort.

• Wir wollen den europäischen Pfeiler in der NATO stärken. Deutschland wird im Moder-

nisierungsjahrzehnt einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung des Konzeptes „NATO

“ und zur Ausrichtung der NATO für die nächste Generation leisten. Wir Europäer

müssen stärker als bisher für Stabilität in unserer Nachbarschaft Sorge tragen und für

eine faire Lastenverteilung eintreten. Wir bekennen uns explizit zum %-Ziel der NATO.

Rüstungskontrolle und Abrüstung voranbringen

Unsere langfristige Vision ist eine Welt, in der nukleare Waffen als Abschreckung nicht

mehr nötig sind. Wir drängen daher auf mehr Dynamik in der Rüstungskontrolle und Abrüs-

tung und unterstützen neue Initiativen, die zu mehr Sicherheit beitragen.

• Unser langfristiges Ziel bleibt die vollständige Abrüstung aller nuklearen Mittelstrecken-

raketen und Marschflugkörper in Europa. Bestehende Abkommen müssen eingehalten

werden.

• Wir unterstützen Maßnahmen gegen die Weiterverbreitung von Massenvernichtungs-

waffen und die dazugehörigen Raketentechnologien sowie die Ächtung autonom-töten-

der Waffensysteme.

• Die Bundeswehr muss über alle modernen Technologien verfügen, die zur Verteidigung

nötig sind. Dazu zählen auch unbemannte und KI-integrierende Systeme.

.. Stabilität in ganz Europa

Östliche Partner der EU stärken

Wir wollen die Unabhängigkeit der östlichen Partner der EU stärken sowie ihre politische

und wirtschaftliche Modernisierung zu europäischen Rechtsstaaten tatkräftig fördern. Un-

ser Ziel bleibt, die europäische Friedensordnung wiederherzustellen, die durch die völker-

rechtswidrige Annexion der Krim durch Russland außer Kraft gesetzt wurde.

• Wir werden uns weiterhin für ein Ende des Konflikts in der Ostukraine und für eine Rück-

kehr zum legitimen völkerrechtlichen Status der Krim einsetzen. Solange die russische

Regierung dazu nicht bereit ist, müssen die Sanktionen bestehen bleiben.

• Wir stehen an der Seite der Menschen in Belarus, die sich für Freiheit und Demokratie

einsetzen. Das Regime muss den Weg zu einem friedlichen Übergang freimachen oder

andernfalls die Härte unserer Sanktionen zu spüren bekommen.

Russland konstruktiv und entschlossen begegnen

Russland fordert unsere Werte heraus. Wir wollen nicht, dass daraus wieder eine ernsthafte

militärische Bedrohung für uns in Europa wird. Um eigene Interessen durchzusetzen, greift

die russische Regierung mittlerweile zu offenen Drohungen gegen NATO-Verbündete, zu

Cyberangriffen, zu Desinformation und Propaganda.

• Wir brauchen in der EU und NATO zum einen mehr politische Geschlossenheit und zum

anderen die Fähigkeit zur glaubhaften Abschreckung und Resilienz, um diesen Heraus-

forderungen zu begegnen.

• Wir suchen zugleich weiter den Dialog und die Zusammenarbeit mit Russland dort, wo

gemeinsame Interessen bestehen. So ist beispielsweise weltweiter Klimaschutz ohne

Russland nicht wirkungsvoll und wirtschaftliche Zusammenarbeit im allseitigen Inte-

resse.

Lebensbedingungen im Südlichen Mittelmeerraum verbessern

Die Sicherheit Deutschlands und Europas hängt mit der Stabilität der Staaten im südlichen

Mittelmeerraum sowie im Nahen und Mittleren Osten zusammen. Wenn dort Terror und

wirtschaftliche Perspektivlosigkeit herrschen, werden viele Menschen versuchen, nach Eu-

ropa zu fliehen.

• Deutschland und Europa müssen mittels Prävention und Vermittlung mehr Verantwor-

tung in der Region übernehmen. Durch humanitäre Hilfe für Flüchtlinge und Programme

wie die Beschäftigungsoffensive „Cash for Work“ verbessern wir die Lebensperspektiven

der Menschen vor Ort. Zugleich unterstützen wir die Staaten der Region im Kampf gegen

den Terrorismus.

• Gerade mit den Anrainerstaaten im Mittelmeerraum bieten sich auch neue Chancen der

Zusammenarbeit – etwa auf dem Feld des grünen Wasserstoffs – die der europäischen

Nachbarschaftspolitik neue Impulse verleihen und unsere Nachbarn enger an unsere

Wertegemeinschaft binden können.

.. Besondere Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel

Wir bekennen uns zu der besonderen Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel. Die

Sicherheit und das Existenzrecht Israels sind Teil der deutschen Staatsräson. Die Menschen

in Israel haben ein Anrecht darauf, frei von Angst, Terror und Gewalt leben zu können. Des-

halb stehen wir zum Selbstverteidigungsrecht von Israel.

• Wir treten dafür ein, dass der Iran seine Verpflichtungen aus der Wiener Nuklearverein-

barung von (JCPOA) strikt einhält und sein ballistisches Raketenprogramm und

seine aggressive Rolle in der Region beendet.

• Wir unterstützen alles, was ein friedliches Zusammenleben von Israelis und Palästinen-

sern fördert und eine Zweistaatenlösung ermöglicht.

• Wir wollen auf dieser festen Basis unsere enge und freundschaftliche Zusammenarbeit

mit Israel in allen Politikbereichen weiter ausbauen, insbesondere beim Jugendaus-

tausch, in der Hochtechnologie und bei der Förderung von Startups.

.. Neue Aufmerksamkeit für den asiatisch-pazifischen Raum

Asiatisch-pazifische Demokratien als Partner begreifen

Das . Jahrhundert wird wesentlich von den Ländern Asiens und des Pazifiks geprägt wer-

den. Wir setzen uns daher für enge Partnerschaften mit ihnen ein. Demokratien wie Aust-

ralien, Neuseeland, Japan, Indien und Südkorea, die für die Stärkung der regelbasierten in-

ternationalen Ordnung eintreten, sind unsere natürlichen Kooperations- und Wertepart-

ner. Mit der Entsendung einer deutschen Fregatte in den asiatisch-pazifischen Raum zeigen

wir Präsenz und setzen das richtige Signal in Abstimmung mit unseren Partnern.

China auf Augenhöhe begegnen

Die größte außen- und sicherheitspolitische Herausforderung geht heute von der Volksre-

publik China aus. Sie ist Wettbewerber, Kooperationspartner, aber auch systemischer Ri-

vale. China hat den Willen und zusehends auch den Machtanspruch, die internationale Ord-

nung nach eigenen Vorstellungen zu prägen und zu verändern – und tut dies mit allen Mit-

teln. China nimmt durch Technologie- und Infrastrukturinvestitionen Einfluss auf andere

Staaten und schafft geostrategische Abhängigkeiten. Wir brauchen daher einen zweifachen

Ansatz:

• Einerseits müssen wir dort, wo es nötig ist, Chinas Machtwillen in enger Abstimmung mit

unseren transatlantischen Partnern und anderen gleichgesinnten Demokratien mit

Stärke und Geschlossenheit entgegentreten. Das gilt insbesondere beim Schutz des geis-

tigen Eigentums, unserer Hochtechnologie und unserer Daten, damit wir nicht in gefähr-

liche Abhängigkeiten geraten.

• Andererseits wollen wir dort, wo es möglich ist, eine Zusammenarbeit mit China anstre-

ben. Eine echte Partnerschaft ist nur im Rahmen eines fairen Wettbewerbs unter glei-

chen Bedingungen und bei Wahrung des Prinzips der Gegenseitigkeit möglich.

• Damit diese Balance auf europäischer Ebene gelingt, setzen wir uns für eine europäische

China-Strategie und ein gemeinsames Vorgehen des Westens ein.

.. Moderne und voll einsatzbereite Bundeswehr

Glaubwürdige Sicherheitsvorsorge leisten

Der Schutz von Frieden und Freiheit ist die vornehmste Aufgabe des Staates. Die Bürgerin-

nen und Bürger unseres Landes müssen sich auf eine glaubwürdige Sicherheitsvorsorge ver-

lassen können. CDU und CSU sind Garanten dafür, dass Deutschland dies nicht zu Lasten

unserer Kinder und Enkel vernachlässigt. Wir verstehen uns als Parteien der Bundeswehr.

Wer wie unsere Soldatinnen und Soldaten Verantwortung in schwierigen Einsätzen über-

nimmt, hat Anspruch auf die beste Ausrüstung.

• Wir werden allen unseren militärischen Verpflichtungen nachkommen und die Vollaus-

stattung der Bundeswehr erreichen. Deshalb werden wir die Zahl der Soldatinnen und

Soldaten der Bundeswehr gemäß Personalstrukturmodell auf aufstocken. Wir

stehen zu unseren Zusagen im Rahmen der NATO und der EU, den Verteidigungshaus-

halt auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts weiter zu erhöhen. Damit erhält auch

die Bundeswehr Planungssicherheit.

• Spätestens bis wollen wir die Bundeswehr dazu befähigen, mindestens zehn Pro-

zent der militärischen Fähigkeiten des Bündnisses bereitzustellen. Damit leisten wir ei-

nen entscheidenden Beitrag für eine faire Lastenteilung und für den Zusammenhalt in

der NATO. Dieser Beitrag ist Voraussetzung für unsere Bündnisfähigkeit – und damit in

unserem eigenen Interesse.

• Landesverteidigung ist heute Bündnisverteidigung. Deutschland kann dies nur gemein-

sam mit seinen Partnern leisten. Deswegen muss die Bundeswehr den Weg der Koope-

ration und Integration mit den Streitkräften in Europa und von Verbündeten weiter be-

schreiten und dabei auf eine gemeinsame strategische Kultur hinarbeiten. An Auslands-

einsätzen werden wir uns immer dann mit Bündnispartnern beteiligen, wenn deutsche

Sicherheitsinteressen gefährdet sind.

Bundeswehr als Teil der Gesellschaft begreifen

Die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr arbeiten tagtäglich dafür, dass wir in Frie-

den, Freiheit und Sicherheit leben können. Zugleich stehen sie bereit, um in Not- und Kata-

strophenfällen auch im Inland zu helfen.

• Soldatinnen und Soldaten verdienen unseren Respekt und unsere Anerkennung.

• Die Bundeswehr hat einen festen Platz in der Mitte unserer Gesellschaft. Damit gehört

sie auch ganz selbstverständlich in unsere Schulen. Die Jugendoffiziere leisten hier eine

wertvolle Arbeit. Wir wollen sie ausbauen und dafür sorgen, dass der Besuch der Ju-

gendoffiziere einen festen Platz in der Schullaufbahn hat.

• Das kostenlose Bahnfahren für unsere Soldatinnen und Soldaten ist ein voller Erfolg, den

wir fortsetzen und perspektivisch auf den öffentlichen Personennahverkehr ausweiten

wollen.

• Der Eid auf unser Land gehört in die Mitte unserer Gesellschaft. Deshalb wollen wir, dass

Gelöbnisse grundsätzlich in der Öffentlichkeit stattfinden.

• Um ihre Aufgaben erfüllen zu können, braucht die Bundeswehr eine einsatzbereite Re-

serve. Wir wollen den freiwilligen Wehrdienst im Heimatschutz fortführen. Damit geben

wir jungen Menschen die Chance, eine Zeit lang in der Bundeswehr zu dienen und da-

nach die Reserve zu stärken.

• Für Extremisten ist in der Bundeswehr kein Platz.

Beste Ausrüstung für die Bundeswehr gewährleisten

Die Bundeswehr muss optimal ausgerüstet und organisiert sein. Die Eckpunkte für die Bun-

deswehr der Zukunft dienen dafür als Leitfaden. Wir werden das Beschaffungswesen erneu-

ern, damit sie ihr Material zügig erhält.

• Wir müssen neue Fähigkeiten im Cyber- und Informationsraum sowie im Weltraum auf-

bauen und streben eine rechtliche Regelung der militärischen Nutzung von KI, Cyber-

und Weltraumfähigkeiten an.

• Zum Schutz unserer Soldatinnen und Soldaten und im Einsatz setzen wir uns für die mi-

litärisch heute selbstverständliche Bewaffnung von Drohnen ein. Die jüngsten Kämpfe

um die Region Bergkarabach haben deutlich gemacht, wie stark kriegerische Auseinan-

dersetzungen von Drohnen geprägt werden. Wir müssen unsere Soldatinnen und Solda-

ten in die Lage versetzen, diese Gefahren zu ihrem Schutz wirksam abwehren zu können.

Wir wollen deshalb wirksame Fähigkeiten der Bundeswehr zur Drohnenabwehr, Luftver-

teidigung und zum elektronischen Kampf deutlich stärken.

• Die Kosten für militärische Beschaffungen wollen wir durch die Entwicklung und Umset-

zung gemeinsamer Rüstungsprojekte mit europäischen Partnern begrenzen. Dabei wol-

len wir eine leistungsfähige wehrtechnische Industrie in Deutschland erhalten. Wir wol-

len die für die europäische Verteidigungspolitik zentralen Schlüsselprojekte engagiert

vorantreiben. Rüstungsexporte sind dabei ein gestaltendes Element der Sicherheitspoli-

tik. Deswegen setzen wir uns für einheitliche europäische Richtlinien ein.

• Wir wollen mit einem Bundeswehrplanungsgesetz dazu beitragen, dass Sicherheit unab-

hängig von konjunkturellen Schwankungen und kurzfristigen Änderungen politischer

Stimmungsbilder als Kernaufgabe des Staates verlässlich finanziell gesichert bleibt.

.. Für eine nachhaltige Entwicklung in der Einen Welt

Entwicklungszusammenarbeit stärken

Die Ziele der Vereinten Nationen für eine nachhaltige Entwicklung der Agenda , das

Pariser Klimaschutzabkommen und die Menschenrechte sind unser Leitbild für eine ge-

rechte Globalisierung, für eine friedliche und nachhaltige Entwicklung in der Welt. Dabei

sind folgende Ziele und Ansätze für uns vorrangig:

• Wir können eine Welt ohne Hunger erreichen. Sie ist möglich, wenn Konflikte gelöst,

steigende Beträge in Ernährungshilfen geleistet und die Erträge der Landwirtschaft welt-

weit gesteigert werden.

• Im Rahmen der bilateralen Zusammenarbeit unterstützen wir Menschen in den am we-

nigsten entwickelten Ländern, damit sie Zugang zu staatlicher Grundversorgung wie Bil-

dung, Wasser, Ernährung und Gesundheit bekommen.

• Um künftigen Pandemien vorzubeugen, werden wir im Rahmen der globalen Gesund-

heitspolitik die Wechselbeziehungen von Mensch, Tier und Umwelt (One-Health-An-

satz) stärker als bisher beachten.

• Wir wollen die Entwicklungszusammenarbeit und strategische Außenwirtschaftsförde-

rung stärker verknüpfen. So erleichtern wir es Unternehmen, in moderne und digitale

Arbeitsplätze in Entwicklungsländern zu investieren und so den Wohlstand für alle zu

fördern.

• Wenn Staat und Wirtschaft enger kooperieren, können zudem Menschenrechte sowie

soziale und ökologische Mindeststandards besser sichergestellt werden. Außerdem wol-

len wir gemeinsam das berufliche duale Ausbildungssystem auf die jeweiligen Gegeben-

heiten vor Ort anpassen und noch stärker fördern.

• Bei all unseren Ansätzen wollen wir insbesondere Frauen und Mädchen stärken. Wir set-

zen uns für ihr Recht auf Selbstbestimmung und Familienplanung ein.

Entwicklungszusammenarbeit verlässlich finanzieren

Deutschland gehört zu den wenigen Ländern, die in den vergangenen beiden Jahren , Pro-

zent des Bruttonationaleinkommens für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit ausge-

geben haben, wie es weltweit als Ziel vereinbart wurde.

• Wir wollen auch in Zukunft , Prozent des Bruttonationaleinkommens für öffentliche

Entwicklungszusammenarbeit ausgeben. Damit wollen wir dazu beitragen, die durch die

Pandemie ausgelösten Entwicklungsrückschritte in vielen Ländern der Welt rasch wieder

umzukehren. Das ist auch im Interesse Deutschlands.

• Um die vorhandenen Mittel bestmöglich einsetzen zu können, ist eine noch intensivere

Abstimmung und Arbeitsteilung – vor allem im Rahmen der Europäischen Union – nötig.

Darüber hinaus wollen wir neue Geber von Entwicklungsgeldern wie China auf gemein-

same Standards verpflichten. Auch in Zukunft wollen wir eng mit den Kirchen und Nicht-

regierungsorganisationen in der Entwicklungszusammenarbeit kooperieren.

• Wir erwarten von den Partnerländern bei der Entwicklungszusammenarbeit auch eine

enge Kooperation bei der Bekämpfung von Fluchtursachen und illegaler Migration (zum

Beispiel Rücknahme eigener Staatsangehöriger).

.. Für eine Entwicklungspartnerschaft mit Afrika

Eine friedliche, wirtschaftliche und ökologische Entwicklung unseres Nachbarkontinents

Afrika ist im deutschen und europäischen Interesse. Unsere Afrikapolitik gestalten wir auf

Basis eines modernen und differenzierten Afrikabildes. Afrika ist für uns auch ein Kontinent

mit einer ehrgeizigen jungen Generation, großer wirtschaftlicher Dynamik und hoher Inno-

vationskraft.

• Wir wollen den Marshallplan mit Afrika zu einer vertieften institutionellen Partnerschaft

in Form eines EU-Afrikarats weiterentwickeln. Die EU muss attraktive Angebote der Zu-

sammenarbeit unterbreiten, die auf Transparenz und finanzieller Nachhaltigkeit beru-

hen und das lokale Potenzial ausschöpfen. Die Afrikanische Kontinentale Freihandels-

zone bietet die Chance für weitere Öffnungsschritte des EU-Binnenmarkts, für den Kli-

maschutz und für die Kooperation in Zukunftstechnologien.

• Nachhaltige Entwicklung in Afrika ist ohne Investitionen privater Unternehmen nicht

möglich. Daher setzen wir bei der Zusammenarbeit mit Afrika auf die Prinzipien der So-

zialen Markwirtschaft. Besondere Bedeutung dabei haben der Zugang zu Kapital sowie

staatliche Garantien zur Risikoabsicherung bei Handel, Investitionen und Projekten. Un-

verzichtbar sind Anstrengungen bei der Korruptionsbekämpfung und für Rechtsstaat-

lichkeit, die wir fordern und fördern. Wir wollen dazu beitragen, die Chancen der Digita-

lisierung, der Erneuerbaren Energien oder nachhaltiger Mobilität zu nutzen. In Partner-

schaft mit der deutschen Wirtschaft und im Rahmen unserer europäischen Klimaaußen-

politik treiben wir so die Energiewende in Afrika voran.

• Afrika ist für die langfristige Sicherheit Europas von zentraler Bedeutung. Dies zeigt

nicht zuletzt die anhaltende Migration in Richtung Europa. Wir wollen die Staaten und

Gesellschaften Afrikas im Laufe des Jahrzehnts dazu befähigen, selbst und mithilfe der

Afrikanischen Union den Terrorismus zu bekämpfen und für ihre eigene Sicherheit zu

sorgen.

.. Internationaler Klimaschutz zur Bewahrung der Schöpfung

Überlebensfragen der gesamten Menschheit und deshalb Schwerpunkte unserer Klima-Au-

ßenpolitik sind das Erreichen der Klimaziele sowie die Bewahrung der Artenvielfalt und der

Wälder. Wir setzen uns für ein Bündnis zur Stärkung innovativer klimafreundlicher Techno-

logien weltweit ein. Wo der Klimawandel die Sicherheit gefährdet, muss die internationale

Gemeinschaft präventiv handeln.

• Dafür wollen wir die Schlichtungsmöglichkeiten der Vereinten Nationen verstärken.

• Wir wollen im Rahmen der internationalen Klimafinanzierung die Entwicklungsländer bei

der Anpassung an den Klimawandel und beim Umweltschutz durch den Transfer von

technischem Wissen unterstützen. Daher streben wir im Rahmen unserer europäischen

Clean-Tech-Initiative eine enge Klimapartnerschaft mit Ländern in Asien, in der arabi-

schen Welt und in Lateinamerika an.

• Die Herausforderungen der Erderwärmung sind global. Deshalb wollen wir, dass

Deutschland als weltweit führendes und modernes Industrieland hier im Rahmen der In-

ternationalen Gemeinschaft einen übergeordneten Beitrag leistet. So wollen wir bei-

spielsweise den Aufbau und die Finanzierung von Abfallsammel- und Sortiersystemen

unterstützen sowie die Zusammenarbeit gegen die Meeres- und Umweltverschmutzung

intensivieren.

• Wir setzen uns dafür ein, dass internationale Kohlenstoffsenken wie Regenwälder ge-

schützt werden und ihre Leistung honoriert wird. Unser ist Ziel ist, dass langfristig ein

globaler Emissionshandel etabliert wird.

• Wir wollen moderne Handelspolitik auch als Instrument dazu nutzen, hohe Standards

und wirksame Maßnahmen für den Klimaschutz global durchzusetzen.

• Zur Eindämmung der Erderwärmung ist entscheidend, dass Entwicklungs- und Schwel-

lenländer ihre Wirtschaft von Anfang an klimafreundlich aufbauen. Wir wollen, dass in-

ternationale Erfolge beim Klimaschutz auch in nationalen Klimabilanzen berücksichtigt

werden – zusätzlich zu den eigenen Klimaschutzmaßnahmen in Deutschland. Denn jede

eingesparte Tonne CO zählt – egal, wo sie eingespart wird. Wir wollen uns deshalb dafür

einsetzen, dass sich die nächste Klimakonferenz in Glasgow darauf verständigt, neben

den ambitionierten Klimaschutzmaßnahmen auf nationaler und europäischer Ebene

auch Emissionsminderungen durch Klimaschutzprojekte in Entwicklungs- und Schwel-

lenländern auf nationale Klimaziele anteilig anzurechnen. Dabei müssen Doppelanrech-

nungen wirksam ausgeschlossen werden.

. Neue Weltpolitikfähigkeit – mit Leidenschaft für ein starkes Europa

Unser Unions-Versprechen: Wir arbeiten für ein modernes Europa, das weltpolitikfähig ist, um

die globalen Herausforderungen gemeinsam zu meistern. Dafür muss Europa handlungsfähiger,

mutiger und entschlossener werden. Denn nur wenn es Europa gut geht, geht es auch Deutsch-

land gut.

Europa wird herausgefordert – von innen und von außen. Innerhalb Europas setzen Populisten

von links und rechts die europäische Demokratie unter Druck. Zusätzlich erschweren Nationa-

lismus und Eigeninteressen einiger EU-Mitgliedsstaaten immer wieder gemeinsame europäische

Lösungen oder verhindern ein Auftreten der EU mit einer Stimme. Und schließlich ist die EU in

zentralen Bereichen, wie etwa der Verteidigungspolitik, nicht so handlungsfähig, wie wir uns das

wünschen.

Auch von außen sehen wir den europäisch-abendländischen Leitgedanken der Demokratie wie

auch der Sozialen Marktwirtschaft unter Druck und im Wettbewerb mit konkurrierenden Ge-

sellschafts- und Wirtschaftsmodellen. Freier Welthandel mit offenen Märkten, der uns Wohl-

stand gebracht hat, ist keine Selbstverständlichkeit mehr.

Unsere Antwort auf diese Herausforderung lautet: Mehr Europa! Denn nur gemeinsam mit un-

seren europäischen Partnern werden wir die Herausforderungen meistern. Dafür brauchen wir

schnellere und dynamischere Entscheidungen dort, wo es europäische Lösungen und entschlos-

senes Handeln auf internationaler Ebene braucht. Dabei gilt die Formel: Nicht jedes Problem in

Europa ist ein Problem für Europa. Gleichzeitig werden wir das Modernisierungsjahrzehnt auch

auf Europa erstrecken: Wir investieren in Technologien und Innovationen, damit Europas Wirt-

schaft auch in Zukunft Garant für Wohlstand, Arbeitsplätze und Nachhaltigkeit bleibt. Wir in-

vestieren in Europas Sicherheit, ob nach innen oder außen, damit auch unsere Kinder und Enkel

in Europa in Frieden, Freiheit und Sicherheit leben können.

.. Ein starkes Deutschland in einem starken Europa

Europa wollen – Europa machen

Die Europäische Union ist und bleibt das größte politische Erfolgsprojekt unserer Zeit. Sie

hat den Menschen in Deutschland und Europa Frieden, Freiheit, Demokratie, Sicherheit und

Wohlstand gebracht. Auch wenn nicht immer alles perfekt läuft: Die Menschen in unserem

Land profitieren tagtäglich von Europa.

• Deshalb haben wir von Anfang an den Prozess der europäischen Einigung leidenschaft-

lich vorangetrieben und Brücken zwischen Ost und West gebaut.

• Wir wollen europäische Kooperation und Integration statt nationalistischer Abschot-

tung. Nur so werden wir Deutschland und Europa widerstandsfähiger machen: bei Pan-

demien, ökonomischen Krisen, terroristischen Bedrohungslagen und Cyberangriffen.

Deutsch-französischer Motor der europäischen Einigung sein

Mit überzeugten Europäern wie Konrad Adenauer, Helmut Kohl, Franz Josef Strauß, Theo

Waigel und Angela Merkel haben wir die europäische Einigung geprägt. Unsere unverrück-

baren Prinzipien und europäischen Grundwerte der offenen Gesellschaft, der repräsentati-

ven Demokratie, der Sozialen Marktwirtschaft, der Rechtsstaatlichkeit, der Subsidiarität,

der friedlichen Konfliktlösung und Konsensfindung in Europa leiten uns.

• Die enge deutsch-französische Freundschaft ist für uns elementar und hat durch den

Aachener Vertrag eine neue Dynamik bekommen, die jetzt mit Leben gefüllt werden

muss. Das gilt insbesondere etwa bei den großen Herausforderungen wie der Künstli-

chen Intelligenz, der Wasserstofftechnologie und der Batteriezellforschung sowie bei

der sicherheits- und außenpolitischen Zusammenarbeit. Die deutsch-französische

Freundschaft ist und bleibt Motor für die europäische Einigung und Fortentwicklung –

aber nicht exklusiv, sondern als Initialzündung für mutige Schritte mit anderen.

• Wir wollen enge Abstimmungen und Austausch zu konkreten Problemlösungen. Unser

europäischer Ansatz achtet die berechtigten Interessen aller Mitgliedstaaten unabhän-

gig von ihrer Größe. Die Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn und Freunden im Bene-

lux-Raum sowie unseren östlichen Nachbarstaaten, wie zum Beispiel Tschechien, hat

sich vor allem in der Pandemie bewährt.

• Für uns bleibt die enge Zusammenarbeit und die Pflege der Freundschaft mit Polen eine

zentrale Aufgabe deutscher Außenpolitik.

.. Mehr Europa in der Weltpolitik

Europa für den globalen Systemwettbewerb fit machen

Eine größere deutsche und europäische Unabhängigkeit und Sicherheit sind Grundvoraus-

setzungen, um im globalen Systemwettbewerb bestehen zu können. Deswegen muss Eu-

ropa mit einer Stimme sprechen, um weltpolitikfähig zu werden. In einer geopolitisch im-

mer unsichereren und komplexeren Welt muss Europa im eigenen Interesse mehr außen-

und sicherheitspolitische Verantwortung für sich und die Welt übernehmen.

• Wir wollen in der Außen- und Sicherheitspolitik Mehrheitsentscheidungen. Mehr Selbst-

bewusstsein nach außen erreichen wir durch mehr Geschlossenheit nach innen. Dafür

müssen wir in der Europäischen Union schneller als bisher zu gemeinsamen Positionen

kommen und bereit sein, diese wirkungsvoll umzusetzen.

• Wir wollen eine verbesserte und flexible Sicherheitsarchitektur, die auch das Vereinigte

Königreich einbezieht, um unsere Positionen stärker einzubringen und mit unseren Part-

nern zu koordinieren.

• Wir setzen uns für einen zusätzlichen, gemeinsamen ständigen Sitz der EU im Sicher-

heitsrat der Vereinten Nationen ein.

• Wir werden mit einem Bündnis der Gestaltungswilligen die Initiative ergreifen, um die

außen- und sicherheitspolitische Koordinierung zu verbessern und die Wirksamkeit der

europäischen Verteidigung zu erhöhen.

• Wir wollen ein solches außen- und sicherheitspolitisches Kerneuropa nicht exklusiv ge-

stalten. Es muss gerade auch jene Staaten miteinbeziehen, deren Sicherheitsinteressen

in besonderer Weise betroffen sind, etwa an der Ostflanke der NATO.

• Wir wollen im Rahmen der Europäischen Verteidigungsunion und PESCO langfristig ge-

meinsame europäische Streitkräfte aufstellen. Dafür wollen wir die militärische Zusam-

menarbeit der nationalen Streitkräfte weiter verbessern, noch stärker vernetzen und ge-

meinsame europäische Einsatzfähigkeiten innerhalb und außerhalb der NATO ausbauen.

• Wir setzen auf intensivere verteidigungspolitische Zusammenarbeit im Sinne der ver-

netzten Sicherheitspolitik. Nur so kann die Stärke der Europäischen Union – die Bünde-

lung diplomatischer, militärischer und entwicklungspolitischer Mittel – voll zur Geltung

kommen.

• Wir bekennen uns uneingeschränkt zur NATO.

• Wir wollen die eigene Führungsfähigkeit für EU-Missionen durch die Errichtung eines

Europäischen Hauptquartiers realisieren.

• Wir wollen mithilfe der Europäischen Rüstungsagentur und des Europäischen Verteidi-

gungsfonds gemeinsame Rüstungsprojekte und -beschaffung fördern. Die EU-Mitglied-

staaten vermeiden so unnötige Ausgaben, erlangen bessere Verteidigungsfähigkeit und

entwickeln Schritt für Schritt eine gemeinsame Sicherheitskultur sowie gemeinsame eu-

ropäische Rüstungsexportrichtlinien.

• Wir bauen die europäische Cyber-Brigade aus, um Cyberattacken, Terrorismus, Bedro-

hung kritischer Infrastruktur und Desinformation europaweit erfolgreich abwehren und

selbst offensive Fähigkeiten entwickeln zu können.

Europa vertiefen vor erweitern

Es liegt in unserem Interesse, mit den Ländern in unmittelbarer Nachbarschaft zur EU mög-

lichst enge und freundschaftliche Beziehungen zu pflegen. Dabei gilt für uns der Grundsatz:

Vertiefung vor Erweiterung.

• Wir stehen dazu, die Bindung der Westbalkanstaaten an die Europäische Union weiter

zu intensivieren, denn Sicherheit und Stabilität in unserer unmittelbaren Nachbarschaft

sind vom größten Interesse. Der innere Zusammenhalt der Europäischen Union darf je-

doch durch die Aufnahme neuer Mitglieder nicht geschwächt werden. Kandidatenländer

müssen alle Beitrittskriterien voll und ganz erfüllen.

• Das Vereinigte Königreich bleibt auch nach dem Austritt aus der Europäischen Union

unser enger Partner. Wir werden darauf achten, dass die vertraglichen Zusicherungen

für einen fairen Handel durch Einhaltung von vergleichbaren Sozial- und Umweltstan-

dards sowie zur Wahrung des Friedens durch das Karfreitagsabkommen in Irland und

Nordirland eingehalten werden. Wir streben auch eine enge Zusammenarbeit bei der in-

neren und äußeren Sicherheit und im Bereich der Wissenschaft an.

• Wir werden einen Großbritannien-Koordinator der Bundesregierung einsetzen, der die

vielfältigen bilateralen Beziehungen bündelt.

• Wir setzen uns dafür ein, die UK-German Connection zu einem Deutsch-Britischen Ju-

gendwerk auszubauen und ein neues Parlamentarisches Patenschaftsprogramm des

Bundestages für ein Schüler-Austauschjahr in Großbritannien einzurichten.

Beziehungen zur Türkei neu ordnen

Die Türkei ist von großer strategischer und wirtschaftlicher Bedeutung für Deutschland und

die Europäische Union. Zudem sind unsere Länder vor allem durch Kontakte der Menschen

eng miteinander verbunden. Wir wollen deshalb weiter eng mit der Türkei zusammenarbei-

ten und setzen auf einen offenen, kritischen und konstruktiven Dialog mit der türkischen

Führung. Wir wollen, dass Deutschland weiter die bilateralen Beziehungen und die zivilge-

sellschaftliche Vielfalt in der Türkei stärkt.

Wir beobachten aber auch, dass sich die Türkei von dem Ziel entfernt, die politischen EU-

Beitrittskriterien - Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der Menschenrechte -

zu verwirklichen. Unsere Beziehungen zur Türkei brauchen neue Perspektiven. Eine Voll-

mitgliedschaft der Türkei in der EU wird es mit uns nicht geben. Stattdessen werden wir

eine enge Partnerschaft vereinbaren.

• In einem ersten Schritt der Wiederannäherung sollen gemeinsame Interessen definiert

und vertragliche Vereinbarungen zur Umsetzung beschlossen werden.

• Die NATO ist eine Wertegemeinschaft. Ihre Mitglieder müssen sich zur Einhaltung von

Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit verpflichten. Die Türkei muss als NATO-Part-

ner ihren Beitrag zur kollektiven Sicherheit leisten und die Verpflichtung zu sicherheits-

politischen Konsultationen erfüllen.

.. Nachhaltiges Europa

European Green Deal zu einer europäischen Wachstumsgeschichte machen

Der European Green Deal ist eine umfassende und ambitionierte Nachhaltigkeitsstrategie

in den Bereichen Energie, Industrie, Kreislaufwirtschaft, Verkehr, Gebäude, Umweltschutz

und Biodiversität, Landwirtschaft und Lebensmittelwirtschaft. Wir unterstützen seine am-

bitionierte Zielsetzung der Transformation unseres heutigen Lebens und Wirtschaftens hin

zu einer nachhaltigeren und ökologischeren Gesellschaft.

• Mit dem Green Deal machen wir Europa zum ersten klimaneutralen Kontinent der Welt.

• Wir wollen einen EU-Klimaaußenbeauftragten zur Stärkung und Bündelung der EU-

Klimaaußenpolitik, der Europa als globalen Akteur im Einsatz für den Klimaschutz posi-

tioniert. Er soll eine Europäische Clean-Tech-Initiative voranbringen, die Partnerschaften

bei modernsten Umwelttechnologien aufbaut.

• Wir werden den Green Deal zu einer echten Wachstumsstrategie, einem neuen nachhal-

tigen Wachstumsmotor der EU, entwickeln. Dazu setzen wir auf marktwirtschaftliche In-

strumente, auf Anreize statt auf Verbote, auf Innovationen und Wettbewerb und auf die

Zusammenarbeit mit Industrie und Landwirtschaft.

• Wir werden den europäischen Emissionshandel auf den Verkehr- und Wärmesektor aus-

weiten. Mit mehr Ehrgeiz wird der Emissionshandel in allen Bereichen sicherstellen, dass

sich ein stabiler, fairer und transparenter Preis für Treibhausgase bildet.

• Wir wollen in Verbindung mit nachhaltiger Entwicklungshilfe Europa im globalen Roh-

stoffwettbewerb stärken und eine europäische Alternative zur chinesischen Seiden-

straße bieten.

• Wir wollen einen Green Deal, der mehr Arbeitsplätze schafft und mehr Wertschöpfung

in die Regionen Europas bringt. Deshalb müssen alle Strategien des Green Deals mit ei-

ner Folgenabschätzung und mit Maßnahmen zur Begleitung des Übergangs verbunden

werden.

.. Wettbewerbsfähiges und stabiles Europa

Stabilitätskriterien für die Wirtschafts- und Währungsunion durchsetzen

Die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) und die Einführung des Euro sind Meilen-

steine der europäischen Integration. Wir treten ein für eine echte Stabilitäts- und Wachs-

tumsunion.

• Wir wollen die Fiskalregeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts und des Fiskalvertrags

nach der Corona-Pandemie zügig wieder in Kraft setzen und sie weiterentwickeln, ohne

sie aufzuweichen.

• Wir wollen Ermessensspielräume beim Defizitverfahren einschränken und das Prinzip

der Konditionalität stärken. Verstöße gegen die Stabilitätskriterien müssen konsequent

sanktioniert werden.

• Die Europäische Union hat mit dem Aufbauinstrument „Next Generation EU“ in Verbin-

dung mit dem Mehrjährigen Finanzrahmen bis angemessen und solidarisch

auf die Corona-Krise reagiert. Europa kann nur gemeinsam stark sein. Daher haben wir

uns für die Unterstützung der von der Krise besonders betroffenen Länder im Süden Eu-

ropas eingesetzt.

• Die damit verbundene europäische Schuldenaufnahme ist befristet und einmalig. Sie ist

kein Einstieg in eine Schuldenunion – und darf es nie werden. Denn für eine verantwort-

liche Finanz- und Haushaltspolitik in den Mitgliedstaaten müssen Haftung und Verant-

wortung in einer Hand bleiben.

• Die Verträge sprechen eine klare Sprache: Jeder Mitgliedstaat haftet für seine eigenen

Schulden. Wir lehnen es weiterhin ab, mitgliedstaatliche Schulden oder Risiken zu ver-

gemeinschaften. Denn wir wollen eine echte Stabilitätsunion und keine Schulden- und

Haftungsunion.

• Unser Europa steht für eine solide Haushaltspolitik. Haushaltsmittel müssen vor allem

für Maßnahmen eingesetzt werden, die einen europäischen Mehrwert schaffen. Sie müs-

sen noch stärker auf europäische Zukunftsaufgaben konzentriert werden.

Europäische Wirtschaftspolitik besser abstimmen, Währungsunion stärken

Um die Wirtschafts- und Währungsunion zu stärken, müssen die nationalen Wirtschaftspo-

litiken besser koordiniert und aufeinander abgestimmt werden.

• Wir wollen eine stärkere Rolle für den EU-Wirtschafts- und Währungskommissar, insbe-

sondere zur Durchsetzung der Stabilitätskriterien. Die länderspezifischen Empfehlungen

sollten auf Schlüsselbereiche zielen – vor allem auf Strukturreformen und Haushaltskon-

solidierung. Die Strukturfonds sollen dafür eingesetzt werden, Reformprozesse und In-

novationen zu unterstützen.

• Europäische Finanzmarktregulierung (Taxonomie), Nachhaltigkeitsberichterstattung

und Lieferkettengesetzgebung bedürfen gerade für mittelständische Firmen präziser

globaler Wettbewerbsanalysen.

• Wir setzen uns für eine EU-Regelung für Lieferketten ein. Diese muss die Standards des

deutschen Lieferkettensorgfaltsgesetzes im EU-Binnenmarkt europaweit durchsetzen,

aber nicht verschärfen. So verhindern wir unterschiedliche und damit unpraktikable Re-

gelwerke und schaffen faire Wettbewerbsbedingungen.

• Bei der A-Bescheinigung für die Entsendung von Arbeitnehmern ins EU-Ausland setzen

wir uns für eine praxistaugliche Lösung ein, die vor Missbrauch schützt und gleichzeitig

unbürokratisch und möglichst digital handhabbar ist.

• Wir bekennen uns zur Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank (EZB). Geld- und

Finanzpolitik müssen getrennt bleiben. Wir lehnen deshalb eine monetäre Staatsfinan-

zierung ab. Das übergeordnete Ziel der EZB bleibt die Wahrung der Geldwert- und Fi-

nanzstabilität.

• Unsere Währung muss für das digitale Zeitalter gut gerüstet sein. Wir befürworten einen

digitalen Euro als schnelles, einfaches und sicheres Zahlungsmittel. Er darf Bargeld nur

ergänzen und die Preis- und Finanzstabilität nicht gefährden. Denn Bargeld ist gelebte

Freiheit. Daher halten wir am Bargeld als Zahlungsmittel weiterhin fest.

Europäische Finanzarchitektur krisensicher machen

Europa muss auf Wirtschafts- oder Finanzkrisen besser vorbereitet sein, damit diese schnel-

ler und besser überwunden werden können. Dafür braucht es mehr Stabilität in ganz Eu-

ropa.

• Wir wollen den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), die Bankenunion und die

Kapitalmarktunion unter Stabilitätsaspekten weiterentwickeln und vollenden.

• Für den Umgang mit Staaten, die von einer Wirtschafts- und/oder Finanzkrise betroffen

sind, benötigen wir geordnete Verfahren bis hin zu einem Insolvenzverfahren für Staa-

ten.

• Zur Vollendung der Bankenunion müssen bestehende Risiken im Bankensystem zwin-

gend reduziert werden. Bankenrettungen aus Steuermitteln und eine Vergemeinschaf-

tung der Haftungsübernahme im Rahmen der europäischen Einlagensicherung lehnen

wir ab.

• Bei allen Änderungen auf europäischer Ebene müssen die Besonderheiten unseres be-

währten Drei-Säulen-Systems aus Privatbanken, öffentlich-rechtlichen Banken und Ge-

nossenschaftsbanken erhalten bleiben. Insbesondere dürfen die Kreditversorgung des

Mittelstands und die Finanzierung von Wohneigentum nicht aufgrund überzogener re-

gulatorischer Anforderungen unnötig eingeschränkt werden. So sorgen wir dafür, dass

Krisen schnell und besser überwunden werden können.

Fairen Welthandel stärken

In Deutschland hängt jeder vierte Arbeitsplatz vom Export ab, in der deutschen Industrie

sogar mehr als jeder Zweite. Wir setzen auf einen freien Welthandel mit fairen internatio-

nalen Wettbewerbsbedingungen statt auf Protektionismus und Abschottung.

• Wir wollen gemeinsam mit unseren Partnern den Multilateralismus durch eine Reform

der Welthandelsorganisation stärken und den Abschluss von Freihandelsabkommen

durch die Europäische Union vorantreiben. Insgesamt brauchen wir eine Verzahnung

von Handelsschutzmaßnahmen mit wettbewerbsrechtlichen Instrumenten.

• Wir wollen, dass europäische Handelspolitik konsequent auf Verbesserungen beim

Marktzugang für Güter und Dienstleistungen hinarbeitet, um Hemmnisse für europäi-

sche Unternehmen auf Drittmärkten abzubauen. Dabei müssen Marktöffnungen gegen-

seitig im gleichen Maß gewährt und Markenpiraterie eingedämmt werden.

• Wir wollen Anreize schaffen, dass unsere hohen Standards, zum Beispiel beim Umwelt-,

Verbraucher- und Arbeitnehmerschutz, international zum Standard werden. Denn unser

Ziel ist multilateraler, fairer und regelbasierter Handel, der Wohlstandsperspektiven für

alle eröffnet, den Kampf gegen den Klimawandel verstärkt, Kinderarbeit ächtet und auf

eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in anderen Ländern hinwirkt.

• Wir wollen Sanktionsmechanismen bei Verstößen gegen Nachhaltigkeits- und Klima-

schutzaspekte etablieren und weiter stärken.

• Wir wollen besonders mit unseren transatlantischen Partnern in der Handelspolitik welt-

weit unsere gemeinsamen Grundwerte und gemeinsame Standards etablieren.

• Wir machen uns für die überfällige Ratifizierung des Wirtschaftsabkommens der Europä-

ischen Union mit Kanada (CETA) stark. Wir plädieren auch für die vollständige Umset-

zung des Handelsabkommens der EU mit dem Mercosur-Raum, sofern sichergestellt

werden kann, dass gerade in der Landwirtschaft Produktions- und Produktstandards un-

seren Maßstäben entsprechen.

• Wir streben einen raschen Neustart der Verhandlungen zwischen der EU und den USA

an: Wir wollen ein transatlantisches Handels-, Wirtschafts- und Investitionsabkommen

mit den USA, das auch ökologisch weltweit Maßstäbe setzt.

Für eine moderne europäische Industriepolitik eintreten

Die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie ist angesichts der Ver-

schärfung der globalen Rahmenbedingungen und der Rolle Chinas wichtiger denn je. Unser

Ziel ist es, dass Europa in den wichtigen industriellen Zukunftsfeldern wie Künstlicher In-

telligenz, Quantentechnologie, Halbleiter, Wasserstoff oder Blockchain weltweit einen

Spitzenplatz einnimmt.

• Wir brauchen dafür eine ambitionierte europäische Technologie- und Industriestrategie.

Wir wollen in Europa die Fähigkeiten weiter fördern, Schlüsseltechnologien zu entwi-

ckeln und herzustellen. Strategische Förderprojekte der EU müssen die vorhandenen

Stärken an europäischen Standorten, etwa der Mikroelektronik oder der Luft- und Raum-

fahrt, im Sinne der globalen Wettbewerbsfähigkeit weiter ausbauen.

• Wir wollen das europäische Wettbewerbs- und Beihilferecht anpassen, um Verzerrungen

beim Handel und im Wettbewerb infolge von Staatssubventionen und Interventionen in

anderen Teilen der Welt auszugleichen. Hierfür muss die Europäische Union die Ver-

handlungen mit anderen großen Industriestaaten vorantreiben.

• Wir müssen Wertschöpfungsketten innerhalb von Europa schließen und uns so unabhän-

giger von anderen Teilen der Welt machen. Wir brauchen neue Souveränität für Europa

in allen systemrelevanten Wirtschaftsbereichen.

• Wir wollen das EU-Vergaberecht im Sinne des Bürokratieabbaus modernisieren.

.. Unser Europa der Ordnung und Sicherheit

Europas Grenzen schützen

Was wir in Europa brauchen, ist eine Sicherheitsunion. Mehr Sicherheit in und durch Europa

bedeutet auch mehr Sicherheit für Deutschland. Offene Grenzen in Europa sind ein Gewinn

für uns alle. Doch auch bei offenen Binnengrenzen und Reisefreiheit im Schengen-Raum

muss die innere Sicherheit in der Europäischen Union gewährleistet bleiben. Dafür müssen

die europäischen Außengrenzen wirksam geschützt werden. Nur gemeinsam als Europäi-

sche Union können wir Drogenschmuggler, Menschenhändler, international agierende Ban-

den, Gefährder und Terroristen wirksam bekämpfen. Um Europa als Raum der Freiheit, der

Sicherheit und des Rechts garantieren zu können, bedarf es auch einer effektiven Polizeiar-

beit innerhalb der Grenzen Europas.

• Wir wollen die Europäische Grenzschutzagentur FRONTEX zu einer echten Grenzpolizei

und Küstenwache mit hoheitlichen Befugnissen ausbauen. Ihre personellen Kapazitäten

werden wir deutlich aufstocken.

• Wir wollen die relevanten, für die Grenzpolizei zugänglichen Datenbanken wie das

Schengen-Informationssystem und EURODAC so gestalten, dass alle Informationen ab-

rufbar zur Verfügung stehen.

• Wir wollen, dass die Einreise an den Außengrenzen umfassend elektronisch überwacht

wird. Die bereits beschlossene Einrichtung des Ein- und Ausreiseregisters für Drittstaats-

angehörige EES werden wir daher ebenso vorantreiben wie das Reiseinformations- und

Genehmigungssystem ETIAS.

• Angesichts der weiterhin akuten terroristischen Bedrohungen wollen wir die enge Zu-

sammenarbeit der Polizeien und Nachrichtendienste weiter intensivieren.

• Wir wollen, dass die in unterschiedlichen Informationssystemen vorhandenen Daten so

verknüpft werden können, dass die Polizei- und Sicherheitsbehörden auf die von ihnen

benötigten Informationen schnell zugreifen können – zur Prävention von Anschlägen

ebenso wie zur Strafverfolgung nach terroristischen Taten.

• Wir wollen auch, dass die relevanten Daten zwischen den Polizei- und Sicherheitsbehör-

den so umfassend ausgetauscht werden können, dass schnelle polizeiliche Reaktionen

möglich sind.

• Wir brauchen ein europaweites Tracking von Gefährdern, eine gemeinsame Gefährder-

bewertung und nationale Gefährderlisten, die europaweit automatisch zusammenge-

führt werden, ohne dass eine konkrete Abfrage des jeweiligen Täters erfolgen muss.

• Wir wollen EUROPOL als europäische Verbindungs- und Koordinierungsstelle so aus-

statten und weiterentwickeln, dass es in wichtigen Bereichen zu einer Art europäischem

FBI wird. Das gilt insbesondere im Bereich der Cyberkriminalität und im Kampf gegen

Terrorismus. Die operativen polizeilichen Befugnisse verbleiben bei den Mitgliedstaa-

ten.

Menschen in Not helfen, Migration wirksam ordnen und steuern

Die Europäische Union und Deutschland helfen Menschen, die in große Not kommen, weil

sie politisch verfolgt werden oder aufgrund der Genfer Flüchtlingskonvention. Wir beken-

nen uns zum Grundrecht auf Asyl und den rechtlichen und humanitären Verpflichtungen

Deutschlands und Europas. Gezielte Zuwanderung ist dann ein Gewinn und eine Chance für

unser Land, wenn sie von gelungener Integration begleitet ist – in unseren Arbeitsmarkt

ebenso wie in unsere Gesellschaft. Das erwarten wir von Zuwanderern und darin wollen wir

sie unterstützen. Wie erfolgreiche Einwanderungsgeschichten aussehen, zeigen die BioN-

Tech-Gründer auf eindrucksvolle Weise. Sie sind nur eines von vielen Beispielen, die zeigen,

wie wir von den klügsten Köpfen aus aller Welt profitieren können. Das gilt auch für die

gesteuerte und gezielte Zuwanderung in den Arbeitsmarkt. Migration ist aber nur dann eine

Chance, wenn sie geordnet erfolgt und sich an klaren Regeln orientiert. Das gilt für die Ein-

wanderung von Fachkräften ebenso wie für die Aufnahme von Schutzsuchenden und Ge-

flüchteten. Eine Zuwanderung in die Sozialsysteme lehnen wir ab.

Unsere Politik steht daher im Zeichen einer wirksamen Ordnung und Steuerung von Mig-

ration. Das bedeutet: Wir wollen keine illegale Migration und Ausreisepflichten durchset-

zen. Dies ist die Voraussetzung dafür, dass wir notleidenden Menschen dauerhaft helfen

können. Wir vereinen Weltoffenheit und Konsequenz, Humanität und Ordnung.

• Wir haben Asylverfahren und Rückführungen gerechter, strukturierter und effizienter

gestaltet. Wir setzen unsere Anstrengungen fort, damit die Zahl der nach Deutschland

und Europa flüchtenden Menschen nicht nur dauerhaft niedrig bleibt, sondern sich wei-

ter reduziert. Hierfür ist klar zwischen Menschen in Not und denen zu unterscheiden, die

unser Land wieder verlassen müssen, weil sie nicht schutzbedürftig sind.

• Wir wollen weitere sichere Herkunftsstaaten festlegen. Mit der Einstufung als sicherer

Herkunftsstaat können Bürgerinnen und Bürger aus einem solchen Staat, die in Deutsch-

land Asyl beantragen, leichter und schneller in ihre Heimat zurückgeführt werden. An-

reize würden abgebaut, damit sich diese Menschen ohne Aussicht auf Asyl nicht auf den

Weg nach Deutschland machen. Gleichwohl scheiterte die Einstufung weiterer Staaten

mit verschwindend geringen Anerkennungsquoten bei Asylanträgen im Bundesrat am

Widerstand einiger Länder, obgleich der Bundestag eine Ausweitung bereits beschlossen

hatte. Deshalb wollen wir die Möglichkeiten des europäischen Asylrechts nutzen, um ein

neues Konzept der sicheren Herkunftsstaaten, den „kleinen“ sicheren Herkunftsstaat, zu

schaffen. In einem gewöhnlichen Gesetzgebungsverfahren zur Einstufung eines Staates

wird der Staat sowohl im Sinne des Grundgesetzes als auch im Sinne der europäischen

Asylverfahrensrichtlinie als sicherer Herkunftsstaat eingestuft. Eine Einstufung als „klei-

ner“ sicherer Herkunftsstaat im Sinne der Asylverfahrensrichtlinie wäre hingegen ohne

Zustimmung des Bundesrats und damit ohne Mitwirkung der Länder möglich. Davon un-

berührt bleibt die im Grundgesetz garantierte Prüfung auf Asyl nach Art. a.

• Wir lehnen eine Ausweitung des Familiennachzugs über die heute bestehenden Rege-

lungen hinaus ab.

• Bleiberechtsmöglichkeiten Ausreisepflichtiger wollen wir stärker einschränken, um die

Anreize für illegale Zuwanderung weiter zu senken; insbesondere sollen Aufenthaltser-

laubnisse bei Geduldeten an echte Integrationsvoraussetzungen geknüpft werden.

• Wir wollen Ausreisepflichten besser durchsetzen und dafür unter anderem Gewahrsam-

seinrichtungen an den Verkehrsflughäfen schaffen, um Sammelabschiebungen zu er-

leichtern. Auf Verstöße gegen eine Wiedereinreisesperre folgt unmittelbar die Abschie-

behaft.

• Wir wollen Straftäter konsequent abschieben. Wer in Deutschland straffällig wird, hat

sein Gastrecht verwirkt.

• Den Druck auf Identitätstäuscher und Mitwirkungsverweigerer werden wir noch einmal

deutlich erhöhen. Dazu werden wir die rechtlichen Möglichkeiten ausbauen und verfüg-

bare technische Mittel nutzen.

• Falschangaben im Asylverfahren müssen künftig auch strafbar sein, wenn sie gegenüber

dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge erfolgen.

• Zudem müssen Datenträger und insbesondere Mobiltelefone auch zur Klärung von Si-

cherheitsbedenken ausgelesen werden dürfen. Wer den Staat über seine Identität

täuscht und seine Abschiebung verhindert, kann keinen Anspruch auf eine Duldung er-

halten.

• Auch werden wir die Regelungen des Ausreisegewahrsams und der Abschiebungshaft

praxistauglicher ausgestalten.

Europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik grundlegend reformieren

Die Versorgung von Schutzsuchenden ist weder eine alleinige Herausforderung Deutsch-

lands noch der Staaten an den EU-Außengrenzen. Sie ist eine gemeinsame europäische Her-

ausforderung. Vorrangiges Ziel muss es sein, Menschen in ihrer Heimat oder in deren Nähe

Lebensperspektiven zu eröffnen.

• Die Europäische Union muss mit den Hauptherkunftsländern die Zusammenarbeit wei-

ter intensivieren und Fluchtursachen – wie etwa Armut – bekämpfen. Dazu ist insbeson-

dere eine umfassende Partnerschaft mit unserem Nachbarkontinent Afrika und eine ak-

tive Stabilisierungspolitik im Nahen und Mittleren Osten notwendig.

• Das Gemeinsame Europäische Asylsystem muss grundlegend reformiert werden. Der

Vorschlag der Europäischen Kommission einer fairen und solidarischen Verteilung der

Kosten und Lasten innerhalb der Mitgliedstaaten der Europäischen Union geht in die

richtige Richtung.

• Wir sprechen uns für die Einrichtung von europäisch verwalteten Entscheidungszentren

an den EU-Außengrenzen aus, in denen geprüft werden soll, ob ein Asylanspruch vorliegt

oder nicht. Perspektivisch kann sich daraus eine europäische Behörde entwickeln, die

auch die Mitgliedstaaten unterstützt und Koordinationsaufgaben übernimmt.

• Wir brauchen gemeinsame Standards im europäischen Asylrecht und eine europaweite

Harmonisierung der Aufnahmebedingungen – hinsichtlich Verfahren, Unterbringung

und Versorgung. Dies senkt die Anreize, die manche Mitgliedstaaten für Asylsuchende

attraktiver machen als andere.

In Europa das schützen, was uns wichtig ist

Im Rahmen der „Europäischen Säule sozialer Rechte“ sollen die Mitgliedstaaten dabei un-

terstützt werden, insbesondere global agierende Konzerne stärker in die soziale Verantwor-

tung zu nehmen und Strukturen von Sozialpartnerschaften zu schaffen und auszubauen.

Denn gerechte Löhne entstehen nur durch Tarifverträge, die von den Sozialpartnern der

Mitgliedstaaten ausgehandelt werden.

• Wir stehen dafür, dass sich die EU auf Grundstandards bei Arbeitnehmerrechten sowie

Gesundheits-, Umwelt- und Verbraucherschutzstandards konzentriert. Eine europäische

Arbeitslosen-, Renten- oder Gesundheitsversicherung lehnen wir ab. Die sozialen Siche-

rungssysteme sind in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten.

• Wir wollen die Anerkennung von Berufsqualifikationen vereinfachen und die Portabilität

von betrieblicher Altersvorsorge zwischen EU-Mitgliedstaaten verbessern, um die Ar-

beitnehmermobilität weiter zu fördern.

.. Für ein modernes, innovatives und digitales Europa

Europa digital an die Spitze führen

Auch für Europa brauchen wir ein Modernisierungsjahrzehnt. Denn nur, wenn wir vereint in

nachhaltige europäische Zukunftsprojekte und -technologien investieren, sichern wir Wett-

bewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze von morgen hier bei uns in Europa.

• Wir wollen eine echte Digital- und Datenunion mit einem modernen Wettbewerbsrecht

auf Basis der Sozialen Marktwirtschaft, hochklassiger digitaler Infrastruktur, europäi-

scher Speicher- und Rechenkapazitäten und eines einheitlichen Datenschutzrechts.

• Wir wollen als weltweiter Vorreiter für einen fairen und gerechten Wettbewerb in der

Digitalwirtschaft eine europäische digitale Marktordnung entwickeln und einführen –

mit einem modernisierten Wettbewerbsrecht und gleichen Regeln für alle. Zu einer

Marktordnung gehört auch eine faire und angemessene „Standgebühr“.

• Wir wollen, dass digitale Ökosysteme, in denen Politik, Wissenschaft, Forschung und

Wirtschaft für die Entwicklung und Finanzierung neuer digitaler Produkte zusammenar-

beiten, auch in Europa etabliert werden. Wir setzen uns für einen deutlichen Ausbau der

Rahmenbedingungen für solche gemeinsamen Initiativen auf europäischer Ebene ein,

zum Beispiel bei Künstlicher Intelligenz oder Quantencomputern.

Innovationskraft Europas bündeln

Wir wollen das Ziel der Lissabon-Strategie mit Leben füllen: Europa soll zum innovativsten

Wirtschaftsraum der Welt werden. Europa und der gemeinsame Binnenmarkt tragen ganz

wesentlich zu unserem Wohlstand bei. Sie bilden das Rückgrat unserer global handelnden

Wirtschaft und vieler gut bezahlter Arbeitsplätze in Deutschland.

• Wir wollen den Binnenmarkt in allen Bereichen mit besonderem Blick auf Digitales, Ener-

gie und Kapital weiter stärken und vertiefen. Zudem muss sich auch auf europäischer

Ebene eine strategische Außenwirtschaftspolitik etablieren.

• Wir brauchen Strukturreformen für mehr Wettbewerbsfähigkeit und private Investitio-

nen, die Wachstum, Beschäftigung und Innovation schaffen.

• Wir wollen die anwendungsnahe Forschung und globale Wasserstoffstrategien aus-

bauen, eine europäische Plattformwirtschaft etablieren und europäische Industriestan-

dards weltweit durchsetzen.

• In der Personalisierten Medizin wollen wir auf den Forschungserfolgen der Corona-Impf-

forschung aufbauend alle Ressourcen im Kampf gegen Krebs und Alzheimer bündeln und

eine europäische Gesundheitsunion gründen. Sie soll europäische Spitzenforschung

bündeln und intensivieren.

• Künstliche Intelligenz wollen wir für den Alltag nutzen: Menschen sollen innerhalb Euro-

pas ohne Sprachbarrieren miteinander kommunizieren und gleichzeitig die Vielfalt ge-

nießen können. Wir wollen die Forschung und Entwicklung der automatisierten Sprach-

erkennung und -übersetzung in den kommenden Jahren zum Durchbruch verhelfen und

gleichzeitig ein Leitprojekt für die künstliche Intelligenz auf den Weg bringen.

Europäische Forschung und Bildung stärken

Forschung und Bildung der jüngeren Generationen werden europaweit über unseren zu-

künftigen Wohlstand entscheidend sein. Die Hochschulen sind ein wichtiges Bindeglied

zwischen dem Europäischen Bildungs- und dem Europäischen Forschungsraum.

• Auf europäischer Ebene wollen wir einen einheitlichen, gemeinsamen Rechtsrahmen für

bestehende sowie zukünftige Europäische Hochschulen schaffen. Dadurch können die

Anerkennung der Abschlüsse und der Wissenschaftsaustausch deutlich verbessert wer-

den.

• Wir wollen das Rahmenprogramm für „Horizont Europa“ zusammen mit dem öffentli-

chen und privaten Sektor so umsetzen, dass die weltweit besten und innovativsten For-

schenden ihre Projekte in Europa verwirklichen können. „Horizont Europa“ ist das größte

und ambitionierteste Forschungsprogramm der europäischen Geschichte. Damit wur-

den die besten Voraussetzungen geschaffen, um exzellente Grundlagenforschung des

Europäischen Forschungsrats zu unterstützen, europaweite Karrierepfade weiter zu öff-

nen und Forschungseinrichtungen europaweit besser zu vernetzen.

Schnelle und emissionsarme Mobilität voranbringen

Von zentraler Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land und die Stär-

kung Europas ist eine leistungsfähige Infrastruktur: Straßen, Zugverbindungen, aber bei-

spielsweise auch leistungsfähige Stromtrassen sind die Grundlage für die Begegnung von

Menschen, den Austausch von Gütern und die Vernetzung unserer Länder. Deutschland

und Europa brauchen eine entschlossene und kraftvolle Antwort auf globale Herausforde-

rungen wie die Initiative Chinas zur Entwicklung einer neuen Seidenstraße.

• Deshalb wollen wir dieses Jahrzehnt nutzen, um mit unseren mittel- und osteuropäi-

schen Nachbarn eine so enge infrastrukturelle Vernetzung zu erreichen, wie wir sie zum

Beispiel zwischen Deutschland, Frankreich und den Beneluxstaaten in den letzten Jahr-

zehnten zum Wohle unserer Länder und ganz Europas entwickelt haben. Dazu werden

wir uns mit europäischer Unterstützung für ein Programm „grenzüberschreitende Ver-

netzung und Infrastrukturausbau“ einsetzen, das verkehrs- und klimapolitisch neue Ak-

zente setzt und auch die militärische Mobilität verbessert.

• Europa hat die Chance, der erste Kontinent CO-neutraler Mobilität zu werden. Wir wol-

len ihr zum Durchbruch verhelfen und damit weltweites Vorbild sein. Dafür wollen wir

den Wettbewerb der besten Ideen technologieoffen befördern.

• Wir setzen uns für einen besseren europäischen Hochgeschwindigkeitsschienenverkehr

als bequemen, sicheren, flexiblen und ökologisch nachhaltigen Verkehrsträger ein.

Schnelle, aufeinander abgestimmte Verbindungen nach Warschau und Prag sollen zu-

künftig genauso selbstverständlich sein wie die stark genutzte Verbindung zwischen Pa-

ris und den deutschen Metropolen. Hier kommt auch Nachtzügen eine besondere Be-

deutung zu.

.. Ein handlungsfähiges und bürgernahes Europa

Europa institutionell fortentwickeln

Um den Herausforderungen der Zeit gewachsen zu sein, muss Europa das richtige Rüstzeug

zur Hand bekommen. Nur mit besser funktionierenden Institutionen und Abläufen kann

Europa die Zukunft gestalten.

• Wir wollen unser Europa gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern für die Heraus-

forderungen der Zukunft stärken. Deshalb ist die Konferenz zur Zukunft Europas für uns

ein Aufbruch zu grundlegenden Reformen der EU. Wir wollen sie für eine europäische

Souveränitätsoffensive nutzen. Vertragsänderungen sind dabei kein Ziel an sich, aber ein

mögliches Instrument, um Europa handlungsfähiger zu machen.

• Wir wollen mehr Mehrheitsentscheidungen in Europa unter verstärkter Nutzung der

Brückenklauseln für schnellere Entscheidungen und entschlossenes Handeln. Wo keine

gemeinsame Lösung möglich ist, sollen Mitgliedstaaten die Möglichkeit öfter nutzen, im

Rahmen der Verträge voranzugehen und enger zusammenzuarbeiten.

• Wir wollen Europa stark und verantwortlich machen, wo Europa gemeinsam mehr errei-

chen kann. Europäische Gesetzgebung ist gut, wenn grenzüberschreitender oder ge-

samteuropäischer Mehrwert entsteht.

• In manchen Bereichen sind wir noch nicht so weit: So hat die Pandemiebekämpfung das

Fehlen von gemeinsam abgestimmten Maßnahmen auf europäischer Ebene aufgezeigt.

Gleichzeitig muss das, was in den Kommunen, Regionen und Mitgliedstaaten besser ge-

leistet werden kann, auch dort verantwortet werden. Subsidiarität ist unser Leitgedanke

für Europa.

• Wir wollen gemeinsam mit unseren Europäischen Partnern die Pandemievorsorge und -

bereitschaft in der Europäischen Union weiter verbessern. Deshalb setzen wir uns dafür

ein, die Arbeiten an der Gesundheitsunion zügig abzuschließen. Durch die nachhaltige

Stärkung des Europäischen Zentrums für die Prävention und Kontrolle von Krankheiten

sowie der Europäischen Arzneimittelagentur, in guter Zusammenarbeit mit unseren na-

tionalen Strukturen, wollen wir einen klaren EU-Mehrwert schaffen. Ein wesentlicher

Baustein wird die Sicherstellung der Versorgung mit Impfstoffen und krisenrelevanten

Arzneimitteln und Medizinprodukten sein. Daher werden wir den geplanten Aufbau ei-

ner Europäischen Gesundheitskrisenagentur (HERA) konstruktiv begleiten und uns mit

unseren Partnern dafür einsetzen, die Abhängigkeit der EU von Drittstaaten zu reduzie-

ren.

Europäische Demokratie stärken

Die Achtung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie die Werte der liberalen Demo-

kratie gehören zu den Grundfesten der Europäischen Union. Hierzu gehört auch die Trans-

parenz der europäischen Gesetzgebung für die Bürgerinnen und Bürger, die demokrati-

scher und insgesamt bürgernäher werden muss.

• Wir setzen uns für neue Dialogformate zur Rechtsstaatlichkeit und zur konsequenten

Ahndung von Verstößen ein – bis hin zur Streichung von EU-Mitteln und dem Entzug des

Stimmrechts.

• Wie die nationalen Parlamente muss auch das Europäische Parlament das Recht haben,

eigene Gesetzentwürfe einzubringen. So werden wir das Herzstück der europäischen

Demokratie, das gemeinsam gewählte Europäische Parlament, weiter stärken.

• Wir setzen uns für die Einführung eines europäischen Wahlrechts mit einer Sperrklausel

zur nächsten Europawahl ein. Für ein arbeitsfähiges Parlament darf es keine Zersplitte-

rung des Parlaments durch Kleinstparteien geben.

• Um Exekutive und Parlament enger zu verbinden, drängen wir auf eine Stärkung des

Spitzenkandidatenprinzips bei der Besetzung der Kommissionsspitze.

• Wir setzen uns darüber hinaus für eine Verkleinerung der Europäischen Kommission ein.

Europäische Handlungsfähigkeit muss das entscheidende Leitprinzip sein.

• Wir werden die europapolitische Koordinierung der Bundesregierung weiter ausbauen,

vereinfachen und stärken. Denn Deutschlands Stärke ist fest mit Europas Handlungsfä-

higkeit verbunden. Deshalb wollen wir damit die Positionen Deutschlands zum Wohle

Europas klar formulieren und wirksam vertreten.

• Für eine bessere Rechtssetzung und den Abbau von Bürokratiekosten weiten wir die Fol-

genabschätzung auf europäischer Ebene aus.

Europa für die Jugend erlebbar machen

Wir setzen uns dafür ein, dass die Jugend Europas die Vorteile der Europäischen Union un-

mittelbar erleben kann.

• Austauschprogramme wollen wir ausbauen.

• Das Interrail-Ticket im Rahmen des „DiscoverEU“-Programms soll es künftig für jeden

-Jährigen kostenlos geben.

• Wir wollen den Mitteleinsatz für ErasmusPlus verdoppeln. Denn der europäische Bil-

dungsraum und der Aktionsplan für digitale Bildung sind für die wirtschaftliche Erholung

Europas und für künftiges Wachstum von entscheidender Bedeutung. Das Programm

ErasmusPlus leistet hierzu einen wichtigen Beitrag.

• Damit Europa im Großen und im Kleinen erlebbarer wird, fördern wir die grenzüber-

schreitende Zusammenarbeit. So können mehr persönliche Begegnungen ermöglicht

werden – in Schule, Ausbildung, Studium und Beruf.

• Zur Stärkung der europäischen Öffentlichkeit wollen wir zudem die Rechtsform eines

europäischen Vereins einführen, um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Zivil-

gesellschaft, Kultur und Sport voranzutreiben.

. Neuer Wohlstand – mit nachhaltigem Wachstum zum klimaneutralen

Industrieland

Unser Unions-Versprechen: Wir werden unsere Wirtschaft wieder in Schwung bringen und für

sichere und zukunftsfähige Arbeitsplätze sorgen. Dabei verbinden wir nachhaltiges Wachstum,

Klimaschutz und soziale Sicherheit miteinander. Wir wollen Interessen zusammenführen und

nicht gegeneinander ausspielen. Mehr denn je wird dieser Grundsatz unsere Politik, unser Han-

deln und Entscheiden leiten.

Die Corona-Pandemie hat auch in Deutschland zu einem massiven Wirtschaftseinbruch geführt.

Wir konnten die Wirtschaft stabilisieren und Arbeitsplätze sichern, weil wir in einer großen ge-

meinsamen Kraftanstrengung schnell und entschlossen gehandelt haben. Gleichzeitig hat die

Pandemie gezeigt, dass unser Land in einigen Bereichen nicht schnell, nicht agil und nicht mutig

genug ist. Zu oft stellen wir den Fleißigen, den Tüchtigen und den Mutigen – im Handwerk, im

Mittelstand und in den freien Berufen sowie in der Kultur- und Kreativszene – unnötige Hürden

in den Weg, anstatt ihnen den Weg frei zu machen und ihrem Können und ihren Ideen zu ver-

trauen. Der Weg vom Problem zur Lösung führt zu oft und zu lange durch ein Dickicht voller

Vorschriften und Bedenken.

Es reicht nicht aus, nur an ein paar Stellschrauben zu drehen. Wir brauchen ein Modernisie-

rungsjahrzehnt in Deutschland. Wir müssen die Weichen neu stellen. Dabei werden wir noch

stärker auf die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft setzen. Sie verbindet Freiheit mit Sicher-

heit, Eigenverantwortung mit Gemeinwohl, wirtschaftliche Dynamik mit sozialem Ausgleich.

Sie setzt auf Machen statt Meckern, auf Offenheit statt Abschottung, auf Erwirtschaften statt

Verteilen, auf Ideen statt Verbote.

Auf diese Prinzipien setzen wir auch im Kampf gegen den Klimawandel. Wir wollen jetzt, in die-

sem Jahrzehnt, die entscheidenden Schritte gehen, damit Deutschland bis ein klimaneut-

rales Industrieland wird. Unser christliches Menschenbild verpflichtet uns zur Bewahrung der

Schöpfung und zum verantwortlichen Handeln gegenüber unseren Mitmenschen, gegenüber der

Umwelt und gegenüber den zukünftigen Generationen. Wir wollen weiter Industrieland bleiben

und hochqualifizierte industrielle Arbeitsplätze erhalten – gemeinsam mit der Wirtschaft und

den Sozialpartnern und ohne Überforderung der Verbraucherinnen und Verbraucher.

Soziale Marktwirtschaft als Erfolgsmodell fortschreiben

Die Soziale Marktwirtschaft ist die Wirtschaftsordnung unserer freiheitlichen Demokratie.

Sie ist Fundament unseres Erfolgs als innovative, leistungsfähige und nachhaltige Volks-

wirtschaft. Sie verbindet Chancen für den Einzelnen mit sozialer Sicherheit in unserer Ge-

sellschaft. Sie ist die Ordnung, die wie keine andere Ökonomie, Ökologie und Soziales in

Einklang bringt. Auf ihrer Grundlage haben Generationen von Frauen und Männern mit Bil-

dung, Fleiß und Leistung, Verantwortungsbereitschaft und Engagement Deutschland zu ei-

ner der wohlhabendsten Nationen der Welt gemacht; zu einem weltweit bewunderten öko-

nomischen und ökologischen Vorbild; zur Heimat hunderttausender Unternehmen, die mit

ihrer Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft zum gesellschaftlichen Wohlstand und

zur sozialen Sicherheit beitragen. Diese Erfolgsgeschichte wollen wir fortschreiben und die

Leitplanken der Sozialen Marktwirtschaft erneuern.

• Auch in Zukunft werden wir Wirtschaftskompetenz mit praktizierter Solidarität und ef-

fizientem Schutz der Umwelt und des Klimas verbinden.

• Die nachhaltige, soziale, ökologische und digitale Marktwirtschaft ist unsere Soziale

Marktwirtschaft des . Jahrhunderts.

• Wir setzen auf Vertrauen in die Menschen, auf Freiheit statt Bevormundung, auf Frei-

räume statt Gängelung.

• Wir setzen auf funktionierenden Wettbewerb, der Menschen die Chance gibt, das Beste

aus ihren Fähigkeiten zu machen.

• Gerade auch im Zeitalter der Globalisierung und Digitalisierung setzen wir auf die Ord-

nung des Marktes durch den Staat. Ein starker Staat ordnet die Wirtschaft und bestimmt

die Regeln, nimmt aber selbst nicht am Geschehen teil.

.. Unser Entfesselungspaket für die Wirtschaft

Ganz gleich, ob Selbstständige und kleine, mittlere oder große Unternehmen: In unserem

Modernisierungsjahrzehnt müssen wir es schaffen, dass sie sich mehr auf ihr Kerngeschäft

konzentrieren und neue Ideen umsetzen können. Ein modernes Deutschland ist auch eines,

das Erfinderreichtum und Unternehmertum mehr Freiräume lässt.

Wir werden daher ein umfangreiches Entfesselungspaket auf den Weg bringen, das Unter-

nehmen von Steuern und Bürokratie entlastet sowie Planungs- und Genehmigungsverfah-

ren beschleunigt. Unser Ziel: Die Macherinnen und Macher sollen ihre Tatkraft zuallererst

dafür einsetzen, erfolgreich zu wirtschaften und nicht für die Erfüllung bürokratischer

Pflichten. Denn das bringt unser Land voran.

Neue Belastungen verhindern

Für uns ist klar: Damit die Wirtschaft wieder in Schwung kommt und wir gemeinsam neuen

Wohlstand schaffen können, dürfen Unternehmen keine neuen Belastungen auferlegt wer-

den.

• Wir wollen die Lohnzusatzkosten auf einem stabilen Niveau von maximal Prozent hal-

ten.

• Wir bleiben auch in Zukunft beim Grundsatz „Entlasten statt Belasten“. Gerade nach der

Pandemie sind Steuererhöhungen der falsche Weg. Sie stehen dem notwendigen Auf-

schwung unserer Wirtschaft entgegen.

• Wir werden den Solidaritätszuschlag für alle schrittweise abschaffen und gleichzeitig

kleine und mittlere Einkommen bei der Einkommensteuer entlasten.

• Wir treten entschieden allen Überlegungen zur Einführung neuer Substanzsteuern wie

der Vermögensteuer oder der Erhöhung der Erbschaftssteuer entgegen. Beides würde

vor allem auch die wirtschaftliche Substanz Deutschlands gefährden und Arbeitsplätze

kosten.

Unternehmensbesteuerung wettbewerbsfähig gestalten

Deutschland droht mit einer der höchsten Unternehmensbelastung der Welt zurückzufal-

len. Weltspitze bei der Steuerbelastung und Weltspitze bei der Wettbewerbsfähigkeit – das

passt auf Dauer nicht zusammen. Wir werden daher mit einer Unternehmenssteuerreform

die Besteuerung modernisieren und wettbewerbsfähig machen.

• Unser Ziel ist eine wettbewerbsfähige Unternehmensbesteuerung. Wir wollen die Steu-

erlast für Gewinne, die im Unternehmen verbleiben, perspektivisch auf Prozent de-

ckeln. Das schafft Investitions- und Innovationskraft für die anstehenden Herausforde-

rungen. Dabei wollen wir Rechtsformneutralität herstellen, ob für Einzelunternehmer,

Personengesellschaft oder Kapitalgesellschaft.

• Wir wollen die Thesaurierungsbegünstigung und die Anrechnung der Gewerbesteuer

verbessern und die Niedrigbesteuerungsgrenze im Außensteuerrecht reduzieren.

• Wir verbessern die steuerliche Verlustverrechnung. Dazu erhöhen wir die Höchstbe-

tragsgrenzen beim Verlustrücktrag und beim Verlustvortrag deutlich.

• Wir verbessern die Abschreibungsregeln. Dazu wollen wir die degressive Abschreibung

für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens wiedereinführen und die Ab-

schreibungsregeln für digitale Zukunftstechnologien verbessern, wie zum Beispiel Inves-

titionen in Serveranlagen, Künstliche Intelligenz, D-Druck oder die Fabrik ..

Überflüssige Bürokratie abbauen

Wir werden Unternehmen von Bürokratiekosten in Milliardenhöhe entlasten. Der Abbau

überflüssiger Bürokratie wirkt wie ein Konjunkturprogramm und stärkt den Standort

Deutschland.

• Wir werden die Schwellenwerte für die Abgabe von Umsatzsteuervoranmeldungen er-

höhen, die Ist-Versteuerung ausweiten und die Informations- und Statistikpflichten be-

grenzen. Bei den Ausfuhrkontrollen wollen wir eine feste Bearbeitungsfrist von Tagen

einführen. Im Arbeits- und Sozialrecht wollen wir die Schwellenwerte, die sich an der

Betriebsgröße orientieren, so weit wie möglich vereinheitlichen und vereinfachen.

• Wir werden ein bürokratiefreies Jahr nach Gründung einrichten und im zweiten Grün-

dungsjahr bürokratische Belastungen auf ein Minimum reduzieren. Die Ausnahmen sol-

len vor allem für ausgewählte steuerrechtliche Regeln und Dokumentationspflichten gel-

ten. Damit schaffen wir mehr Freiraum für Gründerinnen und Gründer.

• Wir werden die steuerlichen Betriebsprüfungen beschleunigen und modernisieren, da-

mit sie zeitnah, effizient und unbürokratisch erfolgen. Dies entlastet die Steuerpflichti-

gen, deren steuerliche Berater sowie die Finanzverwaltung und schafft umfassende

Rechtssicherheit.

• Wir werden die steuer- und sozialabgabenfreien Sachzuwendungen für Arbeitnehmer

ausweiten und vereinfachen, um auch hier bürokratische Pflichten abzubauen.

• Um vor allem Mittelstand und Familienunternehmen zu entlasten, sollen Erfolgskon-

trolle, Praktikabilität und Erfüllungsaufwände von Gesetzen durch einen Praxis-Check –

bei frühzeitiger Beteiligung der Wirtschaft – geprüft werden. Innovative und weniger

stark beschränkende Regelungen sollten in begrenzten Testräumen zunächst erprobt

werden können.

• Die von uns eingeführte Bürokratiebremse, das „One in, one out“-Prinzip, ist erfolgreich.

Danach müssen neue Bürokratiekosten, die sich auf die Wirtschaft auswirken, an anderer

Stelle wieder eingespart werden. Mit der Ausweiterung zu einer „One in, two out“-Regel

sorgen wir für einen Entfesselungsschub.

• Wir wollen Meldepflichten für die amtliche Statistik reduzieren. Für Unternehmen be-

deuten umfangreiche Statistikmeldungen einen hohen regelmäßigen Zeitaufwand, der

zahlreiche Ressourcen bindet. Der Meldeaufwand beträgt für die betroffenen Unterneh-

men insgesamt mehrere Millionen Stunden. Gerade für viele Kleinst- und Kleinunterneh-

men sind die Meldepflichten eine überproportionale Belastung. Wir wollen daher die Be-

richtspflichten für die amtliche Statistik um Prozent reduzieren.

• Wir wollen auch EU-Vorgaben entbürokratisieren und diese grundsätzlich eins-zu-eins,

das heißt, ohne zusätzliche Verschärfungen, umsetzen

• Wir brauchen mehr Mut zu Pragmatismus als immer auf die -Prozent-Lösung zu set-

zen – auch bei der Definition von Standards sowie bei Verordnungen und Richtlinien. Zu

hohe Anforderungen – bei öffentlichen Apps, beim digitalen Stromzähler oder bei Infra-

strukturvorhaben – führen dazu, dass Lösungen in Deutschland zunehmend teuer und

kompliziert sind, zu lange dauern und sich damit am Ende nicht durchsetzen.

Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen

Planungs- und Genehmigungsverfahren ziehen sich oft über Jahre hin und sind ein Hinder-

nis für neue Investitionen in Betrieben und Infrastrukturen. Wir werden sie beschleunigen

und so für einen Modernisierungsschub sorgen.

• Sämtliche Akten und Urkunden bei Planungsprozessen müssen digitalisiert werden. Wir

wollen dabei die Chancen der Blockchain-Technologie nutzen.

• Wir werden eine neue Beteiligungskultur schaffen, die mehr Transparenz in die Planung

großer Bauprojekte bringt und alle Akteure früh einbindet.

• Den Verwaltungsrechtsweg von Planungsverfahren werden wir verkürzen und das Ver-

bandsklagerecht straffen sowie zeitlich bündeln. Zugleich treiben wir unsere Initiative

zur Entschlackung des EU-Planungs- und Umweltrechts weiter voran.

• Wir setzen uns für einheitliche Standards bei umweltfachlichen und technischen Fragen

sowie für eine bessere Vernetzung der Behörden untereinander ein, damit die fachlichen

Maßstäbe nicht erst in einem langwierigen Verfahren entwickelt werden. Zudem sollten

Änderungen nach einem bestimmten Stichtag nicht mehr berücksichtigt werden müs-

sen. Dies würde die Planbarkeit von Infrastrukturprojekten verbessern und die Zeit vom

Planungsbeginn bis zum Bau verkürzen.

• Wir werden auf EU-Ebene für eine Beschleunigung der Planungsverfahren eintreten und

uns im Rahmen der Aarhus-Konvention dafür einsetzen, schnelle Planungsverfahren zu

ermöglichen.

Vergaberecht modernisieren

Wir müssen es im Modernisierungsjahrzehnt schaffen, dass öffentliche Aufträge schneller,

effizienter und einfacher vergeben werden.

• Wir werden eine bundesweit einheitliche vergaberechtliche Regelung schaffen. Die un-

terschiedlichen Wertgrenzen für beschränkte Ausschreibungen, freihändige Vergaben

und Verhandlungsvergaben und Direktaufträge in den Ländern müssen vereinheitlicht

und auf ein angemessenes Maß zurückgeführt werden.

• Betriebe müssen sich schnell und einfach auf öffentliche Aufträge bewerben können.

Deshalb werden wir die E-Vergabe vereinheitlichen und die Vergabe öffentlicher Auf-

träge für Liefer-, Bau- und Dienstleistungen auf elektronischem Weg stärker vorantrei-

ben.

.. Sichere Arbeit mit Zukunft

Der deutsche Arbeitsmarkt hat sich trotz der Corona-Pandemie als sehr robust erwiesen.

Wir haben insbesondere mithilfe des Kurzarbeitergelds hunderttausende Arbeitsplätze ge-

sichert. Nun müssen wir diejenigen, die trotzdem ihren Job verloren haben, schnell wieder

in Beschäftigung bringen. Dabei spielt nicht nur die Arbeitsvermittlung, sondern auch das

lebensbegleitende Lernen eine entscheidende Rolle. Fort- und Weiterbildung sind der

Schlüssel, um die vor uns liegenden Herausforderungen zu meistern. Unser Ziel bleibt die

Vollbeschäftigung.

Sozialpartnerschaft stärken

Die Sozialpartnerschaft, die Tarifautonomie und die Mitbestimmung haben wesentlich dazu

beigetragen, dass Deutschland eine weltweit führende Industrienation geworden ist. Wir

vertrauen auch in Zukunft auf die Sozialpartnerschaft.

• Wir wollen, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf eine verlässliche Mitbe-

stimmung setzen können und möglichst viele Beschäftigte durch Betriebs- und Perso-

nalräte vertreten werden. Hier sind zuallererst die Tarifpartner in der Pflicht. Ihre Auf-

gabe ist es, für gute Löhne und Arbeitsbedingungen zu sorgen und tragfähige Lösungen

für den Wandel der Arbeitswelt zu finden.

• Wir werden den Tarifpartnern möglichst großen Spielraum in der Gestaltung von Ar-

beitsregelungen lassen. Regelungen auf tariflicher, betrieblicher und vertraglicher Ebene

werden den differenzierten Bedürfnissen eher gerecht. Wir werden die Tarifpartner da-

bei flankierend unterstützen und dort, wo es nötig ist, auch gesetzgeberisch eingreifen.

• Die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen leistet einen wichtigen Bei-

trag zur Erhöhung der Tarifgeltung in Branchen mit geringer Tarifbindung. Dieses Instru-

ment werden wir stärken.

Betriebsräte stärken

Betriebsräte leben von der Legitimation durch die Belegschaft. Gerade wegen des digitalen

Wandels und der Zunahme ortsungebundener Arbeitsplätze ist es wichtig, Betriebsräte

durch elektronische Verfahren online wählen zu lassen.

• Wir werden die Möglichkeit von Online-Wahlen schaffen, wenn der Wahlvorstand diese

befürwortet – auch um die Wahlbeteiligung zu erhöhen.

• Wie mit dem Betriebsrätemodernisierungsgesetz begonnen, werden wir auch in den

kommenden Jahren in einer digitalen Arbeitswelt unsere Mitbestimmungskultur erhal-

ten und Mitbestimmungsrechte sichern.

Vielfalt des deutschen Arbeitsmarktes sichern

Beschäftige und Unternehmen brauchen möglichst viele Gestaltungsspielräume, um ge-

meinsam gute Lösungen zu finden.

• Werk- und Dienstverträge sind ein elementarer Bestandteil unseres funktionierenden

Arbeitsmarkts. Sie unterstützen Spezialisierung, Aufgabenverteilung, Innovation, Quali-

tät, Selbstständigkeit und Arbeitsverhältnisse. Ihrer missbräuchlichen Anwendungen

treten wir durch wirksame Arbeitsschutzkontrollen entschieden entgegen.

• Wir werden die Zeitarbeit erhalten. Besonders für Geringqualifizierte und Langzeitar-

beitslose ist sie eine wichtige Brücke zur Arbeit, und auch für hochprofessionelle Fach-

kräfte immer häufiger eine frei gewählte Art der Arbeit. Konjunkturelle Schwankungen

machen die Zeitarbeit zu einem wichtigen Flexibilisierungselement auf dem Arbeits-

markt, das nahezu vollständig tarifvertraglich geregelt ist.

• Befristete Arbeitsverhältnisse sollen die Ausnahme sein. Wir lehnen die Ausweitung von

Kettenbefristungen ab. Die sachgrundlose Befristung soll auch weiterhin in den Unter-

nehmen die Ausnahme bleiben und darf für den Beschäftigten grundsätzlich zwei Jahre

nicht überschreiten. Missbrauch werden wir verhindern.

• Minijobs bedeuten Flexibilität für Arbeitgeber und Arbeitnehmer vieler mittelständi-

scher Betriebe. Wir werden die Minijobgrenze von Euro auf Euro pro Monat er-

höhen und diese Grenze mit Blick auf die Entwicklung des Mindestlohns regelmäßig

überprüfen.

Arbeitswelt der Zukunft gestalten

Die Arbeitswelt ist im Wandel, insbesondere wegen der fortschreitenden Digitalisierung.

Dies stellt neue Anforderungen an ein modernes Arbeitsrecht. Wir wissen zudem aus Erfah-

rung, wie wichtig es ist, dass Unternehmen ihre Beschäftigten auch in schwierigen Zeiten

halten und auf Auftragsspitzen schnell reagieren können.

• Wir wollen das Arbeitszeitgesetz reformieren und die Spielräume des EU-Rechts nutzen.

Anstelle der täglichen soll eine wöchentliche Höchstarbeitszeit treten. Die Gesundheit

und Sicherheit der Beschäftigten müssen dabei im Sinne des Arbeitnehmerschutzes ge-

währleistet bleiben. Dabei werden wir Missbrauch und Entgrenzung verhindern. Eine Ab-

weichung von der bisherigen Tageshöchstarbeitszeit kommt deshalb nur für nicht ge-

fahrgeneigte Berufe in Betracht.

• Wir werden Personalpartnerschaften erleichtern und rechtssicherer machen. So können

sich zwei Unternehmen im Rahmen einer Kooperation freie Personalkapazitäten mit Zu-

stimmung der Betriebsräte untereinander zur Verfügung stellen.

• Wir werden Scheinselbstständigkeit verhindern und gleichzeitig mehr Rechtssicherheit

für Selbstständige und ihre Auftraggeber schaffen. Daher haben wir in einem ersten

Schritt noch das Statusfeststellungsverfahren für Selbstständige vereinfacht und

beschleunigt. Die Auswirkungen werden wir genau beobachten und falls nötig Anpas-

sungen vornehmen. Die personelle Ausstattung der Clearingstelle wollen wir verbessern.

• Neue Arbeitsformen (wie zum Beispiel Gig-, Click- und Crowdworking) sind in einer sich

rasant verändernden Arbeitswelt auf dem Vormarsch. Wir werden die Entwicklungen in

diesem Bereich aufmerksam begleiten und bei möglichen Fehlentwicklungen gesetzge-

berisch eingreifen.

• Wir werden die Schaffung von Co-Working-Spaces gerade im ländlichen Raum unterstüt-

zen, um digitales Arbeiten nachhaltig, dezentral und zukunftsfähig zu organisieren.

• Wir werden in den Jobcentern eine persönliche Begleitung mit niedrigem Betreuungs-

schlüssel ermöglichen und eine Offensive im Bereich der beruflichen Aus- und Weiter-

bildung starten. So können die Stärken und Fähigkeiten von Langzeitarbeitslosen besser

erkannt und gefördert werden. Qualifizierungsmaßnahmen sind dabei einer schnellen

Vermittlung in eine Helfertätigkeit vorzuziehen.

Fachkräfte sichern

Damit wir auch in Zukunft die Fachkräfte haben, die unser Land braucht, setzen wir unter

anderem auf gute berufliche Ausbildung, die zunehmende Beschäftigung von Frauen, Älte-

ren und Menschen mit Behinderungen auf dem ersten Arbeitsmarkt, die Qualifizierung von

Langzeitarbeitslosen sowie den gesteuerten Zuzug gut ausgebildeter und leistungsbereiter

Menschen aus den Mitgliedstaaten der EU und aus außereuropäischen Staaten. Deutsch-

land ist noch zu wenig Zielland für die klugen Köpfe der Welt.

• Wir wollen die Potenziale der Binnenmarktmigration heben mit gezielten Sprach- und

Qualifizierungsangeboten in ihren EU-Heimatländern.

• Wir wollen unsere Auslandsinstitutionen stärker zu aktiven Botschaftern unseres Landes

machen. Deutsche Unternehmen, Außenhandelskammern, deutsche Botschaften und

Generalkonsulate, Goethe-Institute, Schulen im Ausland und den Deutschen Akademi-

schen Austauschdienst wollen wir dazu ermutigen, überall für Deutschland zu werben

und über Möglichkeiten des Studiums und der Ausbildung in unserem Land zu informie-

ren.

• Im Rahmen eines Pilotprojekts sollen „Fachkräfteeinwanderungs-Attachés“ an ausge-

wählten deutschen Botschaften in Drittstaaten ernannt werden. Sie sollen intensiv über

die qualifizierte Zuwanderung nach Deutschland informieren und zuwanderungswillige

Fachkräfte, beispielsweise im IT-Bereich, unterstützen.

• Wir werden Möglichkeiten fördern, damit Schüler der Deutschen Auslandsschulen, die

keine deutsche Staatsangehörigkeit haben, für ein Jahr nach Deutschland kommen und

hier bei uns die Schule besuchen können („Deutschland-Jahr-Stipendium“).

• Damit das Fachkräfteeinwanderungsgesetz seine volle Wirkung entfalten kann, werden

wir die Anerkennung von Abschlüssen und die Zertifizierung von Qualifikationen ver-

bessern und das Antragsverfahren digitalisieren. Informationen zum Anerkennungsver-

fahren wollen wir frühzeitig vermitteln.

• Für eine gezielte und gesteuerte Zuwanderung in den Arbeitsmarkt setzen wir weiterhin

am Fachkräftebedarf von Mittelstand und Industrie an und berücksichtigen Qualifika-

tion, Alter, Sprachkenntnisse, den Nachweis eines konkreten Arbeitsplatzangebotes und

die Sicherung des Lebensunterhaltes. Davon zu trennen ist die Hilfe für Menschen in

Not. Das Asylrecht ist ein individuelles Schutzrecht und kein Ersatzeinwanderungsrecht.

.. Deutschland als klimaneutrales Industrieland bis

Die Pariser Klimaziele sind die Grundlage für unsere internationale Verantwortung als In-

dustrieland. Zum Erreichen brauchen wir innovative Technologien, wirtschaftliche Investi-

tionen und ein koordiniertes Handeln von Politik, Industrie und Gesellschaft. Nur wenn

Technologien, Investitionen und Projekte in die Dekarbonisierung sich letztlich als wirt-

schaftlich erweisen, wird die Jahrhundert-Transformation gelingen. Nur wenn Investitionen

in die Dekarbonisierung zu mehr Wettbewerbsfähigkeit führen, werden neue Arbeitsplätze

und Wertschöpfungsketten entstehen.

• Wir setzen verbindlich die Treibhausgasneutralität Deutschlands bis um. So schaf-

fen wir unseren deutschen Beitrag, um international den , Grad-Pfad zu beschreiten.

Dabei setzen wir auf neue Technologien und Innovationen. Zusätzlich streben wir zum

Erreichen der Pariser Klimaziele internationale Klimakooperationen an, um den Anstieg

der globalen Durchschnittstemperatur zu begrenzen.

• Unser Ziel ist, die Treibhausgasemissionen Deutschlands bis um Prozent gegen-

über dem Referenzjahr zu reduzieren, um dann auf einem konkret beschriebenen

Pfad im Jahr Prozent Minderung und im Jahr Treibhausgasneutralität zu

erreichen. Deutschland wird hier als Industrieland eine große Verantwortung überneh-

men, damit bis weltweit CO-Neutralität erreicht wird.

•

In bestimmten Bereichen können Prozessemissionen kontinuierlich gesenkt, jedoch

nicht vollständig vermieden werden. Wir werden Forschung, Entwicklung und Pilotpro-

jekte unterstützen, um sicherzustellen, dass sie über sogenannte negative Emissionen in

anderen Bereichen ausgeglichen werden können.

Emissionshandel ausbauen – Verbraucherinnen und Verbraucher entlasten

Auf dem Weg zur Klimaneutralität setzen wir auf effiziente marktwirtschaftliche Instru-

mente als Leitinstrumente innerhalb eines Instrumentenmixes. Heute schon und in Zu-

kunft.

•

Wir setzen auf das Instrument des Emissionshandels und kompensieren entstehende

Mehrbelastungen mit gezielten Entlastungen in den Bereichen Wohnen und Mobilität.

Aufbauend auf dem europäischen Emissionshandel für Energie und Industrie wollen wir

den europäischen Emissionshandel im Luftverkehr stärken und in weiteren Sektoren wie

Mobilität und Wärme sowie dem Schiffverkehr so schnell wie möglich etablieren.

•

Davon ausgehend streben wir einen umfassenden europäischen Emissionshandel mit

einheitlichem Preis und globaler Anschlussfähigkeit an.

• Wir wollen den Aufwuchspfad der CO-Bepreisung straffen und so schnell wie möglich

zu einem Europäischen Emissionshandel für Mobilität und Wärme übergehen.

• Die Einnahmen aus dem Emissionshandel werden wir in vollem Umfang an die Bürgerin-

nen und Bürger und an die Betriebe durch Stromverbilligung zurückgeben. Als erstes

schaffen wir die EEG-Umlage ab.

• Klimaneutralität wird ein Wettbewerbsvorteil unserer Wirtschaft werden. Investitionen

in Klimatechnologien und Energieeffizienz zur CO-Reduktion sollen künftig steuerlich

besser abgesetzt werden können. Im Rahmen einer Klimaeffizienzreform wollen wir auf

das Klimapaket aufbauen und energiebezogene Steuern, Umlagen und Entgelte stärker

auf CO-Ausstoß ausrichten.

Nachhaltigkeit wettbewerbsfähig machen

Für uns ist klar: Maßnahmen zum Klimaschutz dürfen nicht an unseren Grenzen haltma-

chen.

•

Bei allen Maßnahmen werden wir darauf achten, dass Produktionsprozesse nicht in

Drittstaaten mit geringeren Klimaschutzstandards verlagert und Emissionen dort wei-

terhin ausgestoßen werden (Carbon-Leakage-Schutz).

• Um unsere Wirtschaft im weltweiten Wettbewerb vor Wettbewerbsverzerrungen zu

schützen, streben wir international höhere Standards und angepasste Preise an. Zudem

wollen wir in internationalen Klimakooperationen mit großen Volkswirtschaften ambiti-

onierte Standards etablieren. Ergänzend dazu wollen wir gemeinsam mit unseren euro-

päischen Partnern einen WTO-konformen CO-Grenzausgleich (Carbon Border Adjust-

ment Mechanism) einführen.

• Wir sehen zudem in Carbon Contracts for Difference ein wichtiges Instrument, um un-

sere Unternehmen beim Klimaschutz zu unterstützen.

Klimaschutz mit Innovationen und neuen Technologien vorantreiben

Wir werden beim Klimaschutz entscheidend weiterkommen, wenn wir auf Innovationen

und neue Technologien setzen. Dabei wollen wir sowohl Unternehmen als auch Verbrau-

cherinnen und Verbraucher unterstützen.

• Wir werden Verbraucherinnen und Verbraucher bei Investitionen in besonders ressour-

censchonenden digitalen Technologien unterstützen. Sie müssen bei Konsum- und Pro-

duktionsentscheidungen auf einen Blick nachvollziehen können, welche CO-Bilanz ein

Produkt hat.

• Gemeinsam mit unseren europäischen Partnern wollen wir die Möglichkeiten zur Ab-

scheidung und Speicherung von CO (CCS) sichern und fördern. Hierfür sind intakte

Kohlenstoffkreisläufe (CCU) und damit die Technologien zur feststofflichen Speicherung

(CCUS) ebenso wie der Aufbau einer CO-Infrastruktur erforderlich.

• Wir werden die Digitalisierung nutzen, um kosteneffizienter CO zu verringern und Star-

tups sowie kleine und mittlere Unternehmen fördern, die digitale Lösungen für Energie-

und Ressourceneffizienz entwickeln. Wir wollen insbesondere die Clean-Tech-Forschung

fördern.

.. Unser Energiekonzept für die Zukunft

Eine sichere, bezahlbare und klimafreundliche Energieversorgung ist für unser Industrie-

land Pflicht, nicht Kür.

Für einen intelligenten Energiemix sorgen

Wir werden den Ausbau der Erneuerbaren Energien entscheidend voranbringen und daher

deutlich schneller ausbauen, damit der stark steigende Energiebedarf gedeckt wird. Nur so

wird die Energiewende in allen Bereichen gelingen, und nur so werden die Pariser Klimaziele

erreicht werden. Wir setzen auf einen intelligenten und diversifizierten Energiemix, der

nachhaltig und sicher ist. Dazu gehört die Energiegewinnung aus Sonne und Wind genauso

wie nachhaltige Biomasse, Wasserkraft und Geothermie im ländlichen Raum. Hierbei wird

die Akzeptanz der Bevölkerung ebenso entscheidend für den Ausbau der Erneuerbaren

Energien sein wie Planungssicherheit und wenig Bürokratie.

• Mit einem Sonnenpaket werden wir den Ausbau der Photovoltaik fördern. Genehmi-

gungsverfahren für Photovoltaikanlagen wollen wir möglichst einfach über eine Online-

plattform gestalten. Wir wollen, dass beim Bau von Freiflächen-Photovoltaikanlagen der

Landwirtschaft keine zusätzlichen Flächen für naturschutzrechtlichen Ausgleich entzo-

gen werden, wenn Mindestkriterien für Naturschutz und biologische Vielfalt auf der An-

lagenfläche erfüllt werden.

• Wir fördern den naturverträglichen Ausbau von Wind onshore und offshore sowie das

Repowering von Anlagen. Wir wollen im Rahmen der Europäischen Offshore-Strategie

und des nationalen Wind-See-Gesetzes auch grenzüberschreitende Energiekooperatio-

nen eingehen. Hierzu streben wir an, dass Flächen explizit für Erneuerbare Energien aus-

gewiesen werden. Dazu wollen wir prüfen, ob vermehrt Flächen entlang von Verkehrs-

wege im Rahmen von Vorrangflächen für die Nutzung durch Erneuerbare Energien ein-

gerichtet werden können.

• Wir brauchen Energiespeicher, um die Schwankungen der Erneuerbaren Energie in wind-

und sonnenschwachen Zeiten auszugleichen. Wir werden die dafür notwendige Techno-

logieentwicklung und -umsetzung weiter fördern und prüfen, inwieweit wir den gespei-

cherten Strom von allen Umlagen und Entgelten befreien können.

• Besonders unsere Handwerksbetriebe sind mit ihrer Expertise für die Energiewende ent-

scheidend. Wir werden sie dabei unterstützen, genügend Fachkräfte auszubilden und zu

gewinnen. Hier kommt es besonders auf Aus- und Weiterbildung im Bereich neuer Tech-

nologien an.

• Stromnetze sind die Lebensadern der Energiewende. Sie sind Garanten für die Versor-

gungsicherheit Deutschlands. Wir wollen prüfen, wie wir im Bereich der Übertragungs-

netze für mehr Kostenwettbewerb und beschleunigte Investitionen sorgen können. Wir

wollen den Bau der notwendigen Stromleitungen beschleunigen. Wo immer möglich, sol-

len Trassen klug gebündelt und anwohnerverträglich realisiert werden.

• Wir wollen die Forschung und Entwicklung von neuen Energieerzeugungsverfahren tech-

nologieoffen unterstützen. Wir müssen zu große Stromimportabhängigkeiten vermei-

den.

• Wir müssen für bezahlbaren Strom sorgen. Deshalb werden wir die regulatorischen Kos-

ten senken. Mit Blick auf die Wettbewerbssituation unserer Industrie brauchen wir einen

wettbewerbsfähigen Industriestrompreis.

• Unser Marktstammdatenregister wollen wir zu einem digitalen, öffentlichen Echtzeit-

Energiekataster weiterentwickeln. So wollen wir Investitionssicherheit schaffen und Ge-

nehmigungen vereinfachen. Angelehnt an das Prinzip des Grundbuches wird transpa-

rent, welche Energieprojekte aktuell am Netz sind und welche wann und wo zukünftig

entstehen.

Energieeffizienz fördern

Zur Effizienzgewinnung setzen wir vor allem auf technologische Weiterentwicklung und In-

novationen – bei Produkten ebenso wie bei Verfahren. Hierzu gehören Quartiersansätze,

die Wärmeeffizienz, der Ausbau und die Modernisierung der Wärme- und Stromnetze, die

Digitalisierung und Betriebsoptimierungen ebenso wie der Ausbau von Speicherkapazitä-

ten und energetische Baustandards.

• Um die energetische Sanierung von Wohn- und Gewerbeimmobilien noch besser zu för-

dern, werden wir die KfW-Programme attraktiver gestalten.

• Die Steuerförderung der Gebäudesanierung wollen wir auf vermietete Immobilien und

auf Gewerbeimmobilien ausdehnen.

• Wir werden gewerbliche Investitionen, die einen Beitrag zur Energieeffizienz und CO-

Reduzierung leisten, durch eine schnellere Abschreibung begünstigen.

Deutschland zum Wasserstoff-Land Nr. machen

Viele der für die Transformation notwendigen Technologien existieren bereits. Eine wich-

tige Rolle spielt dabei CO-neutraler Wasserstoff – als vielseitiger Energieträger, flexibler

Energiespeicher und wichtiger Grundstoff für chemische Prozesse. Wasserstoff ermöglicht

eine Dekarbonisierung auch da, wo Erneuerbare Energie nicht direkt eingesetzt werden

kann. Bedeutende industrielle Prozesse, etwa in der Stahl- und Zementindustrie, lassen sich

nur mit Wasserstoff klimaneutral gestalten. Und auch im Bereich der Mobilität, kurz- und

mittelfristig für den Lkw- und Schiffsverkehr, können wir durch den Einsatz von Wasserstoff

erheblich zur Reduzierung von CO beitragen. Deshalb gilt es nun, die umfassende Wert-

schöpfungskette zur Wasserstofferzeugung inklusive der erforderlichen Netzinfrastruktur

aufzubauen.

• Wir werden die nationale Wasserstoff-Agentur stärken, um die Wasserstoffstrategie um-

zusetzen und internationale Kooperationen zum Import von Wasserstoff, den Infrastruk-

turausbau sowie die Umnutzung bestehender Systeme voranzutreiben.

• Wir wollen Innovationszyklen beschleunigen, Power-to-X-Technologien zielgerichtet

fördern und einen Marktrahmen für klimaneutrale Gase mit der hierfür nötigen Infra-

struktur auf Basis der vorhandenen Gasleitungen und -speicher sowie CO-Transparenz

in Europa schaffen.

• Wir werden Deutschlands Position mit Forschung zur Serienfertigung von Elektrolyseu-

ren, Brennstoffzellen und durch die Einrichtung von Wasserstoff-Technologie- und Inno-

vationszentren ausbauen.

• Mit dem Aufbau eines Europäischen Wasserstoffnetzwerks wollen wir sicherstellen, dass

die zukünftige Nachfrage auf dem europäischen und globalen Wasserstoffmarkt bedient

werden kann. Dazu wollen wir das Förderkonzept „H Global“ weiterentwickeln.

• Wir werden Wasserstoff aus Erneuerbaren Energien gewinnen. Neben diesem sogenann-

ten grünen Wasserstoff werden wir in der Übergangszeit auch den blauen Wasserstoff

akzeptieren. Mit dem Aufbau eines starken europäischen Heimatmarktes für nachhal-

tige Wasserstofftechnologien fördern wir Deutschland nicht nur als Industriestandort.

Wir tragen auch dazu bei, für Wasserstofftechnologien international große Anwen-

dungsmöglichkeiten zu schaffen, sodass ein globaler Wasserstoffmarkt entstehen kann.

• Wir werden die Gasnetze in Deutschland schneller ausbauen und für die Einspeisung von

Wasserstoff ertüchtigen.

.. Nachhaltiges Wirtschaften zum Schutz unserer Ressourcen

Nachhaltiges Wachstum heißt, den wirtschaftlichen Fortschritt vom Ressourcenverbrauch

zu entkoppeln. Die Schließung von Stoffkreisläufen sorgt für neue wirtschaftliche Potenzi-

ale und schützt unsere natürlichen Lebensgrundlagen.

Wegwerfgesellschaft beenden, Kreislaufwirtschaft stärken

Kreislaufwirtschaft muss sich lohnen. Sie schont natürliche Ressourcen, spart Energie und

Emissionen, schafft Arbeitsplätze und sichert Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit unse-

rer Wirtschaft. Unser Ziel sind Rohstoffe „Made in Germany“. Wir wollen die Rohstoffe, die

unsere Industrie benötigt, vorrangig im eigenen Land gewinnen und Recyclingrohstoffe

einsetzen. Das hilft dem Klimaschutz und macht uns unabhängiger von Importen aus dem

Ausland.

• Wir werden Anreize setzen, weniger Abfall zu produzieren, abfallarme Produkte zu ent-

wickeln und die Möglichkeiten einer stofflichen Wiedernutzung von Recyclingrohstoffen

zu verbessern.

• Mit der Förderung von Innovationen in Sortiertechnologien werden nutzbare Rezyklate,

also aus Recyclingprozessen gewonnene Produkte entstehen, die am Markt gegenüber

Primärmaterialien bestehen. Wir werden uns dafür einsetzen, den Einsatz von Rezykla-

ten in der EU wie auch in Deutschland zu fördern. Um die Nutzung von Rezyklaten, ins-

besondere im Kunststoffbereich deutlich zu verbessern, wollen wir auch verbindliche

Ziele für ihren Einsatz in bestimmten Bereichen prüfen.

• Wir wollen Recycling maximieren und Rohstoffsicherheit garantieren. In immer mehr

Branchen werden Engpässe bei Rohstoffen – von seltenen Erden bis hin zu Holz oder

Vorleistungsprodukten wie Chips – zu einem Hemmnis für unsere wirtschaftliche Ent-

wicklung und Versorgungssicherheit. Deshalb entwickeln wir eine Rohstoffsicherungs-

strategie für Deutschland.

• Wir setzen uns für einen Einsatz von nachhaltig abgebauten Rohstoffen ein, die mög-

lichst lange genutzt werden können. Damit leisten wir einen wichtigen weltweiten Bei-

trag für den Ressourcen- und Klimaschutz. Wir wollen vor allem das Batterierecycling im

Hinblick auf seltene Erden fördern und da, wo sie ökologische Vorteile bringen, Mehr-

wegprodukte fördern.

• Wir wollen Doppelregulierungen und Inkonsistenzen, die Stoffkreisläufen entgegenste-

hen, abbauen und vermeiden – in Deutschland und in der EU. Dazu gehört ein Deponie-

verbot für unbehandelte Siedlungsabfälle und vor allem kunststoffhaltige Abfälle. Zu-

dem wollen wir die Forschung zu Re-Oil-Verfahren unterstützen und auch das chemische

Recycling fördern.

• Wir wollen Abfälle wiederverwerten und Exporte von Abfällen – insbesondere von Plas-

tik- und Kunststoffabfällen – zur bloßen Entsorgung verbieten. Es ist uns wichtig, dass

wir ebenfalls zu Kunststoffalternativen weiterforschen, auch um die Vermeidung von

Mikroplastik weiter voranzutreiben.

Dem Wald von Morgen neue starke Wurzeln geben

Deutschland ist Waldland Nummer in Europa. Unsere Wälder sind die grüne Lunge unse-

res Landes und unser wichtigster Klimaschützer. Sie produzieren Sauerstoff und speichern

große Mengen von CO. Ebenso sind sie wichtiger Wirtschaftsfaktor, sorgen für Wert-

schöpfung und Arbeitsplätze vor allem in ländlichen Regionen und sind unverzichtbar für

die Biodiversität und unsere Erholung. Durch die Klimaveränderung ist der Wald geschädigt

und bedroht. Wir haben in der Dürre der vergangenen Jahre und durch die nachfolgende

Borkenkäferplage sehr viele wertvolle Wälder verloren.

• Bund und Länder haben ein ,-Milliarden-Euro-Paket für die Wiederbewaldung, die An-

passung der Wälder an den Klimawandel und für die Unterstützung der nachhaltigen

Forstwirtschaft geschnürt. Dieses Paket muss auch den Kleinwaldbesitzern zugänglich

sein. Damit helfen wir den Waldeigentümerinnen und Waldeigentümern beim Aufbau

klimastabiler Mischwälder mit standortangepassten Baumarten.

• „Schützen durch Nützen“ ist unser Grundsatz für eine nachhaltige Bewirtschaftung un-

serer wertvollen Wälder. Wir stehen zu unserer multifunktionalen Forstwirtschaft, denn

nur sie sichert Schutz-, Nutz- und Erholungsfunktion der Wälder gleichermaßen. Nach-

haltig bewirtschaftete Wälder und besonders die Verwendung von Holzprodukten mit

langen Lebenszyklen verlängern die CO-Speicherleistung des Waldes.

• Damit wir die Klimaschutzziele erreichen, müssen wir neben der wichtigen Verringerung

der Emissionen die CO-Minderung von Wald und Holz stärken. Deshalb werden wir die

Klimaschutzleistungen des Waldes unter Einbezug der Holzprodukte finanziell honorie-

ren und eine CO-Bindungsprämie einführen. So kann die Klimaleistung des Waldes dau-

erhaft und verlässlich abgegolten werden und ein zentraler Baustein zur Honorierung

weiterer Ökosystemleistungen des Waldes sein, die wir voranbringen wollen. Auch wer-

den wir den Einsatz von Holz als Bau-, Werk- und Brennstoff voranbringen und Hemm-

nisse abbauen. Dazu werden wir eine Holzbauoffensive starten.

• In der Europäischen Union setzen wir uns dafür ein, dass der Waldschutz ein wichtiger

Bestandteil des Green Deals wird und überall in Europa mehr für die Wälder getan wird.

• Wir engagieren uns beim Schutz der internationalen Wälder und gegen illegalen Holz-

einschlag. Der Erhalt des Regenwaldes und weiterer wertvoller Naturwälder von welt-

weiter Bedeutung ist uns ein großes Anliegen.

Wasser als Ursprung allen Lebens und Wirtschaftens schützen

Der Kampf gegen den Klimawandel ist auch ein Kampf für ausreichend Wasser. Wir müssen

sicherstellen, dass für alle in unserem Land – Privathaushalte, Landwirte und Unternehmen

– ausreichend Wasser vorhanden ist.

• Wir werden ein Förderprogramm auflegen, das regionale Wasserkreisläufe stärkt.

• Über Aufklärungskampagnen und modernes Wassermanagement werden wir das Allge-

meingut Wasser schützen. Das Wasser muss stärker in der Fläche gehalten werden, um

unsere Böden, die Land- und Forstwirtschaft und die Ökosysteme widerstandsfähiger für

Dürrezeiten zu machen.

• Der Nutzung von Regenwasser wollen wir eine deutlich größere Aufmerksamkeit schen-

ken und hierzu das Konzept von Schwammstädten, etwa durch Anpassungen bei Stra-

ßenrändern zur Versickerung im Zuge von Modernisierungen, in Beispielkommunen tes-

ten.

• Wir werden die Vorgaben der europäischen Wasserrahmenrichtlinie umsetzen. Wir stre-

ben an, freifließende Flüsse mit natürlichen Flussläufen als naturnahe Referenzflüsse

auszuweisen. Hochwasserprävention an Flüssen und Küsten dient dem Schutz unseres

Lebens und unserer Lebensgrundlagen. Daher werden wir uns für naturnahen Binnen-

und Außendeichbau und den Schutz unserer Auen einsetzen.

• Wir werden noch stärker gegen die Verunreinigung unserer Gewässer mit Spurenstoffen

und Medikamenten vorgehen. Wir werden die Strategie zur Prävention von Gewässer-

verunreinigung und den Dialog zu Spurenstoffen, Mikroplastik und Medikamentenver-

unreinigungen fortführen. Wir werden die Vorkommen an Trink-, Mineral-, Heil- und

Grundwasser weiterhin besonders schützen.

• Im Sinne des ganzheitlichen Meeres-, Küsten- und Gewässerschutzes unterstützen wir

auch künftig die Zusammenarbeit von Bund und Ländern bei der Altlastenbeseitigung.

.. Vorfahrt für intelligente Mobilität

Mobilität ist ein Ausdruck individueller Freiheit. Für uns als Wirtschaftsnation ist sie von

großer Bedeutung und ein wichtiges Kapitel unseres Modernisierungsjahrzehnts. Wir wer-

den die Rekordinvestitionen in die Infrastruktur verstetigen.

Schiene ausbauen

Eine starke Schiene und der Öffentliche Personennahverkehr sind ein bedeutender Faktor

für die Dekarbonisierung des Verkehrs.

• Wir werden den Schienenverkehr mit dem Deutschlandtakt stärken. Mit einem attrakti-

ven Angebot der Deutschen Bahn wollen wir maximale Synergien bei Güter- und Perso-

nenverkehr in unserem Schienensystem nutzen.

• Deutschland muss weiterhin ein Mobilitäts- und Logistikdrehkreuz in Europa sein. Um

das Schienennetz zukunftsfest zu machen, Lücken zu schließen, Strecken zu elektrifizie-

ren und mehr Kapazitäten zu schaffen, werden wir mehr in den bedarfsgerechten Infra-

strukturausbau investieren – insbesondere in die Digitalisierung von Schiene und Fahr-

zeugen (ETCS-Ausbau).

• Wir werden dafür sorgen, dass Deutschland europaweite Verbindungen zu Tages- und

Nachtzeiten unterstützt und hierfür den Bahnverkehrswegebau massiv beschleunigen.

Nachtzüge gehören für uns zum Mobilitätsmix der Zukunft. In diesem Zusammenhang

werden wir weiter in den Lärmschutz investieren.

• Um das Stauaufkommen auf den Autobahnen zu reduzieren und Klimaziele zu erreichen,

wollen wir mehr Güterverkehr von der Straße auf die Schiene und auf die Wasserstraße

verlagern. Dazu werden wir in saubere Fahrzeuge und leistungsfähige Infrastruktur in-

vestieren, auch in neue Ladestationen für Binnenschiffe in Häfen (Landverstromung).

• Wir werden den kombinierten Verkehr mit multi-modalen Terminals ausbauen und das

Bundesprogramm „Zukunft Schienengüterverkehr“ ausweiten. Wir müssen hier auch die

Steuern und Abgaben in den Blick nehmen. Dazu werden wir die Mittel für Maßnahmen

zur Verbesserung des Schienengüterverkehrs des vordringlichen Bedarfs im Bedarfsplan

Schiene erhöhen und weiterhin die Trassenpreise reduzieren.

• Für den nächsten Bedarfsplan und bei der standardisierten Bewertung wollen wir stärker

als bisher auch längerfristige Prognosen, Umstiegseffekte und Anwohnerinteressen ge-

wichten.

Automobilstandort Deutschland sichern

Unsere Automobilindustrie ist weltweit führend, auch bei der Erforschung und Entwicklung

innovativer Technologien, um ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltige Mobilitätsan-

gebote zu entwickeln. Wir wollen, dass in Deutschland weiterhin die besten Autos der Welt

produziert werden – und zwar mit allen Antriebsformen.

• Wir stehen vor einem Modernisierungsjahrzehnt für die Automobilindustrie. Immer

mehr deutsche Automobilhersteller kündigen an, aus der Herstellung von Verbrenner-

motoren auszusteigen. Wir werden den Umstieg in emissionsfreie Mobilität für alle at-

traktiv gestalten und dazu einen Fahrplan vorlegen. Damit sorgen wir dafür, dass alle

Interessen berücksichtigt werden – von Verbraucherinnen und Verbrauchern, Unterneh-

men inklusive der Zuliefererindustrie, von Beschäftigten und im Sinne eines nachhalti-

gen Einsatzes von Rohstoffen und Ressourcen.

• Wir setzen dabei neben der Elektromobilität auch auf synthetische Kraftstoffe im Stra-

ßenverkehr und wollen sie – wie auch Wasserstoff – perspektivisch auch im Schwerlast-

verkehr einsetzen. Nutzfahrzeuge und schwere LKW könnten andere Antriebstechnolo-

gien erfordern. Hier müssen wir technologieoffen bleiben. Ein zusätzlicher Baustein soll

die Verlängerung des Flottenerneuerungsprogramms für LKW sein.

• Taxiunternehmen, Fahr- und Lieferdienste wollen wir bei der Umstellung auf Null-Emis-

sions-PKW durch Sonderabschreibungen, auch bei Ladesäulen, unterstützen.

• Ein Dieselfahrverbot lehnen wir ebenso ab wie ein generelles Tempolimit auf Autobah-

nen. Stattdessen setzen wir auf innovative, moderne Verkehrssteuerung.

• Für den weiteren Ausbau des elektrifizierten Verkehrs ist der Ausbau der Ladeinfrastruk-

tur entscheidend. Zur weiteren Beschleunigung wollen wir sie künftig in alle gewerbli-

chen und öffentlichen Neubauimmobilien integrieren und diese auch in Parkhäusern ver-

bessern. Unser Ziel ist es, das Ladesäulennetz so auszubauen, dass die Lademöglichkei-

ten ein Grund für den Wechsel auf Elektromobilität sind. Wir wollen, dass Schnelllade-

säulen bundesweit im Fernverkehr möglichst innerhalb von zehn Minuten erreicht wer-

den können und zudem das Bezahlsystem sowie die Anschlüsse vereinfacht und standar-

disiert werden.

Luft- und Schifffahrt zukunftsfest machen

Die deutsche Luftverkehrswirtschaft verbindet uns mit der Welt. Sie soll zum Technologie-

führer für das klimaneutrale Fliegen werden. Zudem werden wir unsere Schifffahrt stärken

und zukunftsfest machen.

• Wir wollen, dass die Luftfahrt ein preislich wettbewerbsfähiger Verkehrsträger ist und

der Luftverkehrsstandort Deutschland erhalten bleibt. Wir werden die Verbindungen auf

der Schiene zu den Drehkreuzflughäfen bzw. internationalen Flügen ausbauen und das

Umsteigen zwischen Flug und Zug für Kunden verbessern. Die Verkehrsträger sollen so

vernetzt werden, dass ihre jeweiligen verkehrlichen, ökonomischen und ökologischen

Vorteile optimal genutzt werden können.

• Wir werden das Luftfahrtforschungsprogramm ausbauen und ein Technologie-Demonst-

rator-Programm einrichten.

• Uns ist wichtig, dafür zu sorgen, dass am Standort Deutschland synthetische Kraftstoffe

(SAF) entwickelt und produziert werden. Flüge, bei denen alternative Kraftstoffe einge-

setzt werden, wollen wir von der Luftverkehrssteuer befreien.

• Ebenso wollen wir die positiven Aspekte des Fliegens und die Innovationskraft der Luft-

fahrt wieder stärker herausstellen und als Schlüsseltechnologie gezielt fördern. Die Ent-

wicklung von Flugtaxen ist zwar noch eine Vision für die Zukunft, aber sie wird zuneh-

mend realistischer.

• Wir werden die maritime Wirtschaft und den Werftenstandort Deutschland stärken. Die

deutsche Schiffbauindustrie, Schifffahrt und Häfen müssen international wettbewerbs-

fähig bleiben.

• In der Binnenschifffahrt übernehmen wir mit einer stärkeren Förderung von alternativen

Kraftstoffen wie E-Fuels und Wasserstoff die Technologieführerschaft. Wir werden die

Nutzung von Ammoniak oder Methanol zur Marktreife bringen und in der Schifffahrt

anwenden. Zudem werden wir die LNG-Technik ausbauen und ein Importterminal für

verflüssigte Gase realisieren.

.. Eine Landwirtschaft, die stark und nachhaltig ist

Eine starke und nachhaltige Landwirtschaft einschließlich Obst-, Gemüse-, Garten-, Wein-

bau sowie Imkerei und Fischerei ist in einem lebenswerten Deutschland unverzichtbar. Un-

sere Bäuerinnen und Bauern sichern nicht nur unsere Ernährung, sondern gestalten unsere

Kulturlandschaft und sind die Grundlage unserer starken Lebensmittelwirtschaft. Ohne

Landwirtschaft gibt es kein klimaneutrales Deutschland und keine Artenvielfalt.

Landwirtschaft stärken

Wir stehen an der Seite unserer Bäuerinnen und Bauern. Unsere Landwirtschaft verdient

mehr Wertschätzung und braucht mehr Wertschöpfung. Wir wollen sie aus dem Hamster-

rad der permanenten Effizienzsteigerung unter Industriebedingungen befreien. In unserem

Modernisierungsjahrzehnt setzen wir auf Nachhaltigkeit und eröffnen allen Sparten der

Landwirtschaft neue Wege, Perspektiven und Chancen.

• Wir begleiten die Landwirtschaft verlässlich beim ökologischen Wandel.

• Für Bäuerinnen und Bauern – und insbesondere die künftige Generation – schaffen wir

attraktive und vielseitige Einkommensmöglichkeiten.

• Für uns gehört Landwirtschaft unverzichtbar zu unserem Land, in die Mitte der Gesell-

schaft. Wir wenden uns strikt gegen ungerechtfertigte Feindseligkeit, pauschale Verur-

teilungen und Mobbing von Landwirtinnen, Landwirten und deren Kindern.

• Wir setzen weiterhin auf realistische Darstellungen und Aufklärung über die Leistungen

der Landwirtschaft schon in der Schule sowie den Dialog zwischen Landwirtschaft und

Gesellschaft.

Mehr Tierwohl mit finanzieller Wertschätzung verknüpfen

Unsere Tierhaltung gehört – im Hinblick auf die Qualität und Sicherheit ihrer Erzeugnisse,

die Tierwohlstandards sowie die ressourcenschonende Produktion – zu den besten der

Welt. Daran müssen wir festhalten und sie weiter umbauen – für noch mehr Tierwohl.

• Wir werden Innovationen schnell umsetzen und Investitionen in Tierwohl fördern. Wir

werden ein Tierwohlstall-Förderungsgesetz erlassen, emissionsarme Modellställe entwi-

ckeln und unsere Landwirte beim Umbau der Nutztierhaltung auf Grundlage der Emp-

fehlungen der Borchert-Kommission unterstützen.

• Mit den Ergebnissen der Borchert-Kommission ist mehr Tierschutz zu haben. Damit wird

der Umbau möglich. Wir werden das Finanzierungsmodell über staatliche Verträge absi-

chern und den Landwirten Planungssicherheit gewährleisten.

• Wir werden die Investitionsbereitschaft in der Landwirtschaft stärken und wollen mit ei-

nem Bestandsschutz von Jahren bei neuen Stallbauinvestitionen für Verlässlichkeit

und Sicherheit sorgen.

• Wir verbessern kontinuierlich den Tierschutz und gehen mit dem Ausstieg aus dem Kü-

kentöten voran.

• Wir brauchen verlässlichere Regelungen für Tiertransporte. Unser Ziel ist, Fleisch statt

lebende Tiere zu transportieren. Auch bei Zuchttieren muss sichergestellt sein, dass aus

der EU kein langer Tiertransport in Drittstaaten genehmigt wird, bei dem die Einhaltung

der Tierschutzvorgaben nicht absolut sichergestellt ist. Wir wollen Zuchttiertransporte

so schnell wie möglich ganz durch den Export von Zuchtmaterial ersetzen. Tierschutz

darf nicht an EU-Grenzen Halt machen.

• Um unsere Weidetierhaltung zu sichern, setzen wir uns dafür ein, dass der strenge

Schutzstatus des Wolfs im europäischen Naturschutzrecht überprüft und angepasst

wird, da der günstige Erhaltungszustand der Wolfspopulation in einer Reihe von Bundes-

ländern schon erreicht ist. In diesen Bundesländern soll die Option für ein aktives Wolfs-

management eröffnet werden, das die Wolfspopulation langfristig sichert, aber das An-

wachsen der Population auf ein insgesamt akzeptables Niveau einreguliert.

Mit neuen Techniken ökologisch produktiver wirtschaften

Digitalisierung und neue molekularbiologische Züchtungstechnologien können die Land-

wirtschaft umweltfreundlicher und wettbewerbsfähiger machen, Ernten stabil halten bei

weniger Pflanzenschutzmitteleinsatz und geringerem Wasserverbrauch im Klimawandel. Es

geht auch um unsere Verantwortung in der Welt.

• Wir wollen einen verantwortungsvollen, auf klaren Regeln basierenden Einsatz der

neuen Züchtungstechnologien ermöglichen. Wir setzen uns deshalb für eine Moderni-

sierung des europäischen Rechtsrahmens ein.

• Die Digitalisierung der Landwirtschaft werden wir weiter fördern und dabei sicherstel-

len, dass Betriebe aller Größen davon profitieren können. Die Forschungsergebnisse aus

den Experimentierfeldern „Smart Farming“ sollen schnell und breit in der Praxis ankom-

men.

• Wir arbeiten mit Nachdruck an einer leistungsfähigen Dateninfrastruktur auf der gesam-

ten Fläche, werden Open-Data-Lösungen schaffen und eine staatliche digitale Plattform

für öffentliche Agrardaten aufbauen, um der Landwirtschaft Zugang zu den von ihnen

benötigten öffentlichen Daten zu gewährleisten.

• Auch werden wir den Agrardatenraum in GAIA-X entwickeln. Ziel ist es, die Interopera-

bilität von Daten der Landmaschinen herstellerübergreifend zu ermöglichen, damit

Landwirte ihre Prozesse optimieren können. Wir wollen außerdem sicherstellen, dass die

Hoheit über die Daten, die auf den Höfen und Betrieben erhoben werden („digitale Feld-

früchte“), beim Landwirt verbleibt.

Nachhaltige Landwirtschaft ermöglichen und honorieren

Unser Ziel ist, den Landbau ökologisch verträglich und ökonomisch tragfähig weiterzuent-

wickeln – in Kooperation mit der Landwirtschaft und nicht gegen sie. Auf mehr als Pro-

zent der Agrarflächen führen Bäuerinnen und Bauern schon heute spezielle Maßnahmen

zum Schutz der Biodiversität aus. Die Landwirtschaft hat zwischen und ihren

Ausstoß klimarelevanter Gase um rund Prozent reduziert und damit das Etappenziel für

erfüllt. Gleichzeitig ist die Landwirtschaft – zusammen mit der Forstwirtschaft – der

einzige Sektor, der eine Senke für Treibhausgase sein kann. Die Klimaleistungen und die

Beiträge der Landwirtschaft zum Natur- und Artenschutz müssen bei zukünftigen politi-

schen Entscheidungen berücksichtigt und auch honoriert werden. Dabei müssen alle For-

men des nachhaltigen Landbaus profitieren – ökologisch wie konventionell.

•

Mit der neuen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ist ein Systemwechsel erfolgt hin zu

mehr ökologischer Nachhaltigkeit. Uns ist wichtig, dass die GAP gleichzeitig einkom-

menswirksam bleibt. Wir werden kleine und mittlere Betriebe mit höheren Direktzahlun-

gen für die ersten Hektare angemessen fördern und die Umweltmaßnahmen (Eco-

Schemes und Agrarumweltprogramme) attraktiv ausgestalten.

•

Den Ökolandbau werden wir weiter verlässlich fördern und die Forschungsförderung

verstärken, insbesondere um die Ertragsunterschiede zum konventionellen Landbau zu

verringern. Die wachsende Nachfrage der Verbraucher soll möglichst mit heimischer

Ware gedeckt werden können, weshalb wir auch die regionalen ökologischen Lebensmit-

telhersteller bei der Entwicklung der ländlichen Räume berücksichtigen.

• Unser Ziel ist es, Nachhaltigkeit in der Land- und Forstwirtschaft sichtbar, messbar und

bezahlbar zu machen. So können Landwirte mit Kohlenstoffspeicherung im Boden und

besonders nachhaltigen Bewirtschaftungsformen wie zum Beispiel Agroforstsystemen,

Agri-Photovoltaik, moorverträglicher Landwirtschaft wie Anbau von Torfmoosen und

Paludikulturen auf renaturierten Feuchtflächen, mit heimischen Eiweißpflanzen als Al-

ternative zu Importsoja für das Tierfutter oder Rohstoffen für die Bioökonomie, Geld

verdienen.

• Natur-, Klima-, Arten- und Moorschutzleistungen werden wir durch Kooperationen und

Anreize fördern.

• Wichtig ist uns auch der Schutz der Bienen und Insekten, denn sie sind als Bestäuber

systemrelevant für die Landwirtschaft und die Sicherung unserer Ernährung. Alle gesell-

schaftlichen Bereiche, nicht nur die Landwirtschaft, müssen einen Beitrag zum Insekten-

schutz leisten.

Anpassung der Landwirtschaft im Klimawandel und Risikoabsicherung unterstützen

Die Landwirtschaft, der Garten- und Weinbau sowie die Fischerei sind genauso wie der

Wald vom Klimawandel betroffen. Immer stärker ist sein Einfluss auf die Ernten zu erken-

nen. Trockenheit, Spätfröste und Starkregenereignisse nehmen zu. Wir werden die Bran-

chen bei der Anpassung begleiten und die Betriebe unterstützen, sich gegen Risiken abzu-

sichern.

• Wir werden die Entwicklung angepasster Anbaumethoden im Rahmen der Ackerbaustra-

tegie des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, ressourcenschonende

Bewässerungstechnologien und ein verbessertes Wassermanagement fördern.

• Mit Zuschüssen zu Mehrgefahrenversicherungen werden wir die Betriebe in ihrer Fähig-

keit stärken, sich selbst gegen Dürre und andere Klimarisiken abzusichern. Das gilt als

Erstes für unsere Obst-, Gemüse- und Weinbaubetriebe.

• Die Gartenbaubetriebe unterstützen wir insbesondere bei der CO-Einsparung und bei

der Entwicklung klimafreundlicher Torfersatzprodukte. Marktverzerrungen im Rahmen

der CO-Bepreisung wollen wir vermeiden.

• Auch die Anpassung der Fischerei im Klimawandel werden wir aktiv begleiten, ihre Wett-

bewerbsfähigkeit wie ökologische Nachhaltigkeit stärken und die regionale Erzeugung

von Fisch als klimafreundliches und hochwertiges Nahrungsmittel sichern.

Das Unternehmertum Landwirtschaft stärken

Wir wollen einen neuen Aufbruch in der Landwirtschaft. Landwirtinnen und Landwirte sol-

len ermutigt werden, junge Menschen ihre Chance in grünen Berufen sehen.

• Wir werden die Junglandwirte-Prämie erhöhen und die Vielfalt der Landwirtschaft als

Berufsfeld in einem Ideenwettbewerb sichtbar machen. Dazu gehören verschiedene For-

men des Landbaus, über Landtourismus, die Erzeugung und Vermarktung regionaler

Spezialitäten bis hin zu neuen Herstellungsverfahren, wie Insektenfarming.

• Wir werden günstige Rahmenbedingungen für Agrar-Startups schaffen und streben die

Einrichtung eines Agri-FoodTech-Wagniskapitalfonds an.

• Bei neuen Anforderungen an die Landwirtschaft wollen wir dafür sorgen, dass an anderer

Stelle bestehende Anforderungen überprüft werden.

Gute Ernährung einfach machen

Essen und Trinken sind Grundbedürfnisse und zugleich ein wichtiges gesellschaftliches Ele-

ment in unserem täglichen Miteinander. Wir wollen, dass allen auch in der heutigen Arbeits-

, Medien- und Konsumwelt ein möglichst gesundes und nachhaltiges Leben gelingt. Dafür

braucht es Ernährungskompetenz und Motivation sowie gut zugängliche, passende Ange-

bote.

• Wir werden gute Rahmenbedingungen für eine gesundheitsförderliche, ausgewogene

und nachhaltige Ernährung schaffen. Es soll für Jede und Jeden beim Einkauf und beim

Essen außer Haus einfach möglich sein, eine gesunde Wahl zu treffen.

• Kinder bedürfen eines besonderen Schutzes. Die Weichen für das Essverhalten werden

in frühen Jahren gelegt. Ernährungsbildung, Sport sowie Zugang zu gutem Kita- und

Schulessen sollen für jedes Kind gewährleistet sein.

• Es sind uns schon – auch im Dialog mit der Wirtschaft – wichtige Schritte gelungen, um

eine gesündere Ernährung einfacher zu machen. So werden zum Beispiel Zucker, Fett

und Salz in verarbeiteten Lebensmitteln reduziert. Das gilt insbesondere für an Kinder

gerichtete Produkte.

• Mit dem Nutri-Score wurde eine erweiterte visuelle Nährwertkennzeichnung in

Deutschland eingeführt. Das national Erreichte wollen wir nun auch auf europäischer

Ebene umsetzen.

• Unsere in Deutschland breit aufgestellte ernährungswissenschaftliche Forschung wer-

den wir weiter ausbauen. Sie soll noch aktiver Ernährungswissen aufarbeiten und in die

Breite kommunizieren. Unser Ziel ist, ernährungsmitbedingten Volkskrankheiten wie

starkes Übergewicht, Diabetes oder Krebs noch besser vorbeugen zu können.

Mehr Transparenz für nachhaltige Erzeugung beim Lebensmittelkauf herstellen

Wir wollen mehr Transparenz beim Lebensmitteleinkauf. Die Verbraucherinnen und Ver-

braucher sollen klar erkennen können, was in den Lebensmitteln steckt, woher sie kommen

und wie sie erzeugt wurden. So bringen wir sie auch wieder näher mit der Landwirtschaft

zusammen.

• Unser Ziel ist eine verpflichtende europäische Haltungs-/Tierwohlkennzeichnung und

auch auf EU-Ebene eine aussagekräftige, für die Verbraucherinnen und Verbraucher bes-

ser erkennbare Herkunftskennzeichnung für mehr Lebensmittel.

• Immer mehr Menschen legen Wert auf regionale Lebensmittel. Sie sind für viele ein

Stück Heimat. Wer sich mit regionalen, saisonalen Lebensmitteln ernährt, tut nicht nur

etwas für die Umwelt, sondern unterstützt auch die heimische Landwirtschaft und stärkt

regionale Wirtschaftskreisläufe. Wir wollen deshalb, dass Regionalität besser sichtbar

wird. Wir werden das sogenannte Regionalfenster als Kennzeichnung weiterentwickeln

und mehr Klarheit bei regionalen Lebensmitteln schaffen.

• Zudem wollen wir ergänzend zum Öko-Siegel ein Nachhaltigkeitssiegel für konventio-

nelle Agrarprodukte entwickeln.

Unsere nachhaltige Lebensmittelerzeugung sichtbarer machen und international absichern

• Zusammen mit der Branche werden wir eine Nationale Lebensmittel-Agentur auf den

Weg bringen. Sie soll für heimische regionale Produkte, unsere hohen Standards und un-

sere Art zu produzieren, im In- und Ausland werben. So wollen wir mehr Wertschätzung

für unsere Lebensmittel und unsere Landwirtschaft erreichen.

• Marktpreise müssen fair sein und den Erzeugern ein auskömmliches Einkommen ermög-

lichen. Die Markt- und Produktionsrisiken dürfen nicht beim Erzeuger alleine liegen. Wir

wollen eine faire Lieferkette mit Marktverantwortung von Verarbeitungsebene und Han-

del fördern.

• Begleitend brauchen wir faire Handelsabkommen, die die hohen Standards der EU-Land-

wirtschaft respektieren und schützen. Für Importe in den Binnenmarkt müssen die glei-

chen Produktstandards gelten wie für heimische Lebensmittel. In Handelsabkommen

soll zunehmend die Prozessqualität einbezogen werden: das heißt, die Umwelt-, Tier-

wohl- und Arbeitsschutzstandards bei der Lebensmittelerzeugung.

Lebensmittelverschwendung bekämpfen

Unsere Nahrungsmittel sind unsere Lebensgrundlage. Sie dürfen aus ethischen, ökologi-

schen und auch wirtschaftlichen Gründen nicht achtlos verschwendet werden. Millionen

Tonnen weggeworfene Lebensmittel pro Jahr – Kilogramm pro Person sind entschieden

zu viel.

• Unser klares Ziel ist die Halbierung bzw. deutliche Reduzierung der Lebensmittelver-

schwendung bis .

• Der Nationalen Strategie zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung werden wir

noch mehr Nachdruck verleihen und alle Beteiligten, insbesondere auch junge Men-

schen, sensibilisieren.

• Wir werden Lebensmittelspenden an die Tafeln, soziale Einrichtungen und Organisatio-

nen, die Lebensmittel retten, vereinfachen – soweit nötig auch durch gesetzliche Ände-

rungen.

• Wir werden die Anpassung des Mindesthaltbarkeitsdatums prüfen und die Entwicklung

von Apps und anderen digitalen Hilfsmitteln, zum Beispiel zur automatischen Preissen-

kung für Produkte nahe am Ablaufdatum, und innovative Verpackungslösungen, die zum

Beispiel die Genießbarkeit anzeigen, fördern.

.. Modernes Recht für mündige Verbraucherinnen und Verbraucher

Unser Leitbild für das Verbraucherschutzrecht sind mündige Verbraucherinnen und Ver-

braucher. Wir wollen nicht, dass sie bevormundet werden, sondern trauen ihnen zu, eigen-

verantwortlich und mündig zu entscheiden. Aufklärung und Information stehen für uns da-

bei im Vordergrund. Verbraucherschutz ist eine Querschnittsaufgabe. Wir schaffen einen

klaren Rechtsrahmen und faire Regelungen: ob es um das Bauen und Wohnen, um das Rei-

sen, um Geldanlagen, Gesundheitsdienstleistungen oder um die Ernährung geht. So stärken

wir das Verbrauchervertrauen und erreichen mehr Übersichtlichkeit bei Regulierung und

Normklarheit.

Verbraucherrecht vereinfachen

Verbraucherinnen und Verbraucher müssen auf einfachem Wege zu ihrem guten Recht

kommen – auch mithilfe der Verbraucherschutzorganisationen. Daher werden wir die Ver-

braucherzentrale Bundesverband und die Stiftung Warentest weiter verlässlich fördern.

• Im Verbraucherrecht sind Regelungen oft zu kompliziert, sodass sie ihre Wirkung verfeh-

len. Die Datenschutz-Grundverordnung zum Beispiel ermöglicht zwar einen souveränen

Umgang mit persönlichen Daten, der einzelne Bürger kann dies jedoch nur mit viel Auf-

wand nutzen – etwa bei Einverständniserklärungen für die Daten- oder Cookie-Nutzung.

Deshalb werden wir das gesamte bürgerliche Vertragsrecht, insbesondere den elektro-

nischen Rechtsverkehr, modernisieren.

• Wir werden die Verbraucherschlichtung auf weitere Branchen mit passgenauen bran-

chenspezifischen Lösungen ausweiten. Sie ist ein geeignetes Instrument, um Rechts-

streitigkeiten zu vermeiden.

•

Verbraucherinnen und Verbraucher sollen Schäden mit sehr geringer Schadenshöhe

(sog. Streuschäden) ersetzt bekommen, deren gerichtliche Verfolgung sich nicht lohnt.

•

Bei stornierten Flügen und Reisen kommen Verbraucherinnen und Verbraucher nur

schwer an ihr Geld. Wir wollen deshalb im Reisevertragsrecht die Zahlungsfristen und

insbesondere die Vorausleistungen neu regeln.

Digitale Instrumente für Verbraucherrechte nutzen

Die Digitalisierung soll Verbraucherinnen und Verbrauchern das Leben einfacher machen:

sei es bei Entschädigungen für Verspätungen, bei Vertragskündigungen oder Rückerstat-

tungen.

• Nach dem Vorbild der Fluggastrechte-App wollen wir für viele Bereiche bundesweit ein-

setzbare Apps und digitale Hilfsmittel entwickeln lassen. Damit können sie schnell rele-

vante Informationen und Serviceleistungen erhalten, um ihre Rechte durchzusetzen.

• Wir wollen einen Rechtsrahmen für sogenannte smart contracts schaffen. Beim Eintritt

eines Schadensfalls, zum Beispiel bei einer Flugverspätung, wird automatisiert die Ent-

schädigung auf das Kundenkonto überwiesen – schnell, einfach und ohne jedes Formu-

lar.

Für Sicherheit in der digitalen Welt sorgen

• Verbraucherinnen und Verbraucher sollen die Vorteile der digitalen Welt sicher nutzen

können. Mit Einführung eines einheitlichen IT-Sicherheitskennzeichens, das die IT-Si-

cherheit von Produkten für Verbraucher sichtbar macht, ist IT-Produktsicherheit zu ei-

nem echten Verkaufsargument geworden. Auf diesem Weg wollen wir weitergehen.

• Wir wollen einen klaren Rechtrahmen auf europäischer wie auf Bundesebene für digitale

Plattformen schaffen. Haftung, Sicherheit, Gewährleistung, Software-Updates, Nutzer-

bewertungen und Produktrankings sind hierfür wichtige Gesichtspunkte.

•

Verbraucherinnen und Verbraucher sollen ohne Bedenken Online-Geschäfte tätigen,

Steuern zahlen oder sich bei Ämtern anmelden können. Dafür wollen wir eine sichere

digitale europäische Identität schaffen. So entsteht eine Alternative zu den Plattforman-

meldungen und Identifikationsangeboten der großen Anbieter wie Google, Apple, Face-

book oder Amazon. Wir wollen ein Identitätsdiebstahlsregister einführen, bei dem Ver-

sandhändler und Inkasso-Dienstleister vor einem Tätigwerden die Bestelladressen ab-

gleichen.

• Wir sorgen für mehr Datentransparenz bei digitalen Angeboten. Wir wollen einfache,

verständliche Allgemeine Geschäftsbedingungen. Verbraucherinnen und Verbraucher

sollen wissen, was mit ihren Daten geschieht, wenn sie damit vermeintlich „kostenlose“

Dienste bezahlen und aktiv über die Nutzung ihrer Daten entscheiden. So wollen wir zum

Beispiel volle Transparenz darüber herstellen, welche Daten im Rahmen von SmartHome

und digitalen Assistenten erhoben und wie sie verwendet werden. Die Datenkompetenz

in der Verbraucherbildung und -aufklärung wollen wir weiter stärken.

•

Wir wollen allen ermöglichen, schnell und sicher im Internet unterwegs zu sein und

gleichzeitig eine mündige Entscheidung über die Nutzung der eigenen Daten zu treffen.

Dafür müssen Einverständniserklärungen und Cookie-Einwilligungen einfacher und kla-

rer erteilt werden können. Neue Möglichkeiten eröffnet ein freiwilliger Datenspende-

pass.

• Wir werden den Wechsel zwischen Anbietern erleichtern, indem Schnittstellen und tech-

nische Standards für die Datenmitnahme geschaffen werden. Wir wollen die Interopera-

bilität von Messenger-Diensten verbessern.

. Neue Fairness und soziale Sicherheit – für den gesellschaftlichen Zusam-

menhalt

Unser Unions-Versprechen: Wir arbeiten dafür, dass wir eine Gesellschaft bleiben, die zusam-

menhält: Junge und Ältere, Starke und Schwächere. Unser christliches Menschenbild gibt uns

hierfür den Kompass an die Hand: Individuelle Freiheit und gemeinschaftliche Verantwortung

sind keine Gegensätze, sondern sie bedingen einander. Mit den Prinzipien der Sozialen Markt-

wirtschaft sorgen wir dafür, dass jeder Mensch in unserem Land eine gute medizinische und

pflegerische Versorgung erhält und dass jedem geholfen wird, der Hilfe braucht. Wir sorgen für

eine verlässliche Rente und einen Neustart bei der privaten Vorsorge, damit sie sich mehr lohnt.

Die Pandemie hat gezeigt, wie stark unser Gesundheitssystem ist und wie wichtig vor allem die

Frauen und Männer sind, die in den Krankenhäusern, Pflegeheimen und vielen anderen Orten

ihren mitmenschlichen Dienst tun. Wir haben aber auch gesehen, dass wir mehr tun müssen,

damit unser Gesundheitswesen auch nach der Krise weiter zu den besten der Welt zählt. Ange-

sichts der demografischen Entwicklung ist es eine große Herausforderung, unsere sozialen Si-

cherungssysteme zukunftssicher zu machen und die unterschiedlichen sozialen Angebote besser

miteinander zu verbinden, um Hilfen wie aus einer Hand anzubieten.

Mit unserem Modernisierungsjahrzehnt sorgen wir dafür, dass Deutschland auch in Zukunft ei-

nes der verlässlichsten und stabilsten Sozialversicherungssysteme der Welt hat. Dabei gilt das

Prinzip der Sozialen Marktwirtschaft, dass der Gemeinschaft, auch den Schwächeren, ein Leben

in Würde ermöglicht. Das ist gelebte Solidarität, und damit unterscheiden wir uns von vielen

anderen Nationen auf der Welt. Damit sich jeder, unabhängig von seinem früheren Einkommen,

darauf verlassen kann, dass er gut versorgt wird, wenn er einen Unfall hat, wenn er krank, pfle-

gebedürftig, arbeitslos oder erwerbsunfähig wird.

.. Finanzielle Sicherheit im Alter

Die Rente ist mehr als ein Einkommen im Alter. Sie ist Lohn für Lebensleistung. Für uns

gelten dabei drei klare Prinzipien. Erstens: Leistung muss ich lohnen. Wer ein Leben lang

gearbeitet oder Kinder erzogen hat, muss mehr haben als jemand, der nicht gearbeitet hat,

und er sollte nicht auf Sozialhilfe angewiesen sein. Deshalb haben wir mit der Grundrente

dafür gesorgt, dass kleine Renten nach langer Erwerbstätigkeit bedarfsgerecht aufgestockt

werden. Zweitens: Rente muss ein Leben in Würde ermöglichen. Sie muss immer mehr sein

als nur Armutsbekämpfung. Und drittens: Die Rente muss nachhaltig, sicher und solide fi-

nanziert sein.

Vertrauen und Verlässlichkeit sichern

Die beste Rentenpolitik ist eine gute Wirtschaftspolitik. Denn je mehr Menschen sozialver-

sicherungspflichtig arbeiten, desto besser ist es für die Rente. Das haben die letzten zehn

Jahre gezeigt, die im ganzen Land zu deutlichen Rentensteigerungen geführt haben.

• Wir werden die Rentnerinnen und Rentner weiterhin verlässlich an der allgemeinen Ein-

kommensentwicklung beteiligen.

• Um das Vertrauen in die Altersvorsorge weiter zu stärken und Rentnerinnen und Rent-

ner zu entlasten, werden wir eine Doppelbesteuerung von Renten verhindern und da-

her die Vorgaben des Bundesfinanzhofs schnellstmöglich umsetzen.

• Freiwillige Beiträge in der Gesetzlichen Rentenversicherung in jeglicher gewünschten

Höhe werden wir zulassen, maximal bis zur jeweiligen Beitragsbemessungsgrenze.

Sozialbeirat zum Alterssicherungsbeirat weiterentwickeln

Wir stehen für eine zukunftsfeste Alterssicherung auf drei Säulen: der gesetzlichen Renten-

versicherung, der betrieblichen und der privaten Vorsorge. Die gesetzliche Rentenversiche-

rung wird dabei für die meisten Menschen die zentrale Säule bleiben. Wir wollen ein Ren-

tenrecht, das Generationengerechtigkeit sichert und Leistungen sowie Lasten fair und

nachvollziehbar verteilt. Um das Vertrauen der aktiven Generation von heute in das System

der gesetzlichen Rentenversicherung von morgen zu stärken, brauchen wir eine klare Per-

spektive, die auch für die nächsten Jahre trägt.

• Wir werden, wie von der Rentenkommission der Bundesregierung unter Beteiligung der

Sozialpartner und der Wissenschaft vorgeschlagen, den bisher nur für die gesetzliche

Rentenversicherung zuständigen Sozialbeirat zu einem Alterssicherungsbeirat weiter-

entwickeln.

• Der Alterssicherungsbeirat soll alle drei Säulen der Altersvorsorge in den Blick nehmen

und eine Empfehlung für die Festlegung der verbindlichen und perspektivischen Halteli-

nien bei Rentenniveau und Beitragssatz abgeben.

• Dabei steht die Union für Verlässlichkeit: Wir behalten das Vorsorgeniveau im Auge und

schützen die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler vor Überforderung.

Beschäftigte besser schützen, Leistungen anerkennen

Unsere Lebenserwartung wächst erfreulicherweise immer weiter. Das Renteneintrittsalter

steigt daher in kleinen Schritten auf Jahre im Jahr an. Wir wollen den Menschen

helfen, das tatsächliche Regelrenteneintrittsalter zu erreichen.

• Wir wollen die medizinische und berufliche Rehabilitation als wichtige Instrumente stär-

ken und die Leistungsfähigkeit der Versicherten – nach Krankheit oder Unfall – wieder-

herstellen. Die Träger in den gesetzlichen Sozialversicherungszweigen müssen daher die

Zusammenarbeit – zum Beispiel in regionalen, trägerübergreifenden Reha-Kompetenz-

Zentren – noch mehr intensivieren, um die Zusammenarbeit und das hohe Niveau der

Rehabilitation weiter zu verbessern.

• Ein Unfall oder eine schwere Krankheit kann jeden treffen. Daher haben wir in den letz-

ten Jahren die Erwerbsminderungsrente deutlich verbessert. Mit Blick auf die Menschen,

die bereits eine Erwerbsminderungsrente beziehen, wollen wir, dass diese beim Wechsel

von der Erwerbsminderungsrente in die Altersrente auch von den Verbesserungen der

Jahre und profitieren.

Selbstständige besser absichern

Um den sozialen Schutz von Selbstständigen zu verbessern, wollen wir eine Altersvorsor-

gepflicht für alle Selbstständigen einführen, die nicht bereits anderweitig abgesichert sind.

• Selbstständige sollen zwischen der gesetzlichen Rentenversicherung und anderen insol-

venzsicheren und zugriffsgeschützten Vorsorgearten wählen können. Wir werden Lö-

sungen entwickeln, die auf bereits heute selbstständig Tätige Rücksicht nehmen und

Selbstständige in der Existenzgründungsphase nicht überfordern.

• An den berufsständischen Versorgungswerken halten wir fest.

Vor Armut im Alter besser schützen

Wir werden verdecke Altersarmut bekämpfen.

• Wir wollen, dass Bezieher staatlicher Transferleistungen im Rentenalter grundsätzlich in

ihrem Wohneigentum bleiben und eine angemessene Notlagenreserve als Anerkennung

der Lebensleistung behalten können. Dafür sollen die gesetzlichen Regelungen zur Ver-

mögensverwertung und zum Schonvermögen in der Grundsicherung im Alter angepasst

werden.

• Wir wollen Aussiedler und Spätaussiedler sowie jüdische Kontingentflüchtlinge besser-

stellen und rentenrechtliche Benachteiligungen beseitigen.

Betriebliche Altersvorsorge stärken

Wir wollen, dass noch mehr Menschen betrieblich für ihr Alter vorsorgen und damit an der

guten wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes teilhaben. Eine auskömmliche Alterssi-

cherung hängt auch von der zusätzlichen Vorsorge ab.

• Wir werden die Mitnahme der Ansprüche aus einer betrieblichen Altersvorsorge beim

Jobwechsel weiter verbessern.

• Mit dem Betriebsrentenstärkungsgesetz und der stärkeren Förderung von Geringverdie-

nern haben wir deutliche Impulse gesetzt, damit noch mehr Menschen die betriebliche

Altersversorgung nutzen. Wir wollen die Wirkungen und die Voraussetzungen für das

Sozialpartnermodell evaluieren und mögliche Hindernisse bei der weiteren Verbreitung

abbauen.

• Gerade mit Blick auf Geringverdiener wollen wir ein Konzept einer „Betrieblichen Al-

tersvorsorge für alle“ entwickeln, um diese wichtige Säule der Altersvorsorge weiter zu

stärken und noch attraktiver zu machen.

Private Vorsorge neugestalten

Bei der privaten, staatlich geförderten Altersvorsorge brauchen wir einen Neustart. Wir

wollen sie effizienter, transparenter und dadurch attraktiver und einfacher machen.

• Wir werden Kriterien für ein Standardvorsorgeprodukt festlegen. Dieses Produkt ist ver-

pflichtend für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, es sei denn, sie widersprechen

der Einbeziehung (Opt-Out).

• Das Standardprodukt soll ohne Abschlusskosten und mit möglichst niedrigen Verwal-

tungskosten auskommen.

• Dabei soll es eine attraktive und unbürokratische Förderung durch den Staat geben.

• Neben Produkten mit einer Leistungsgarantie sollen auch Produkte ohne Leistungsga-

rantie angeboten werden.

• Wir verbinden mit diesen Maßnahmen die Erwartung, dass mehr Menschen privat vor-

sorgen. Sollte sich diese Erwartung nicht erfüllen, werden wir das Produktportfolio um

ein staatlich organisiertes Standardvorsorgeprodukt erweitern und prüfen, ob wir zu ei-

nem stärkeren Maß an Verbindlichkeit kommen müssen.

Generationenvertrag weiterdenken

Wir wollen ein Konzept entwickeln, um in Deutschland eine neue Form der kapitalgedeck-

ten Altersvorsorge zu etablieren.

• Dafür kann eine Generationenrente für eine Altersvorsorge von Geburt an ein guter

Baustein sein. Wir werden prüfen, wie man die Generationenrente mit einem staatli-

chen Monatsbeitrag zur Anlage in einem Pensionsfonds - mit Schutz vor staatlichem

Zugriff – ausgestalten kann. Unser Ziel ist es, mit einem attraktiven Instrumentenmix,

Altersarmut wirksam zu vermeiden.

.. Soziale Sicherheit in allen Lebenslagen

Prinzip des Forderns und Förderns erhalten

Soziale Sicherheit in Deutschland soll nicht nur Armut verhindern, sondern jedem ein Leben

in Würde ermöglichen. Dazu stehen wir. Ein bedingungsloses Grundeinkommen wird es mit

uns aber nicht geben.

• Wir starten eine Offensive zur beruflichen Aus- und Weiterbildung in der Grundsiche-

rung für Arbeitsuchende, um zum Beispiel Sprachkompetenzen und Ausbildungsfähig-

keit zu verbessern. Wir werden jedem ein Angebot machen, damit die Betroffenen wie-

der für sich selbst und andere sorgen können. Wir stehen zum Fördern und Fordern. Des-

halb werden wir auch die Sanktionsmechanismen im SGB II beibehalten.

• Damit mehr geringqualifizierte Arbeitslose an einer Aus- und Weiterbildungsmaßnahme

teilnehmen, werden wir die Rahmenbedingungen verbessern.

• Die Anrechnung von Einkommen im SGB II wollen wir neu ausgestalten, um damit mehr

Anreize zur Aufnahme einer Beschäftigung zu setzen und einen schrittweisen Ausstieg

aus Hartz IV zu fördern. Ziel muss sein, möglichst viele Menschen aus Hartz IV wieder in

Arbeit zu bringen.

• Hinzuverdienstregeln für Jugendliche und junge Erwachsene bis zum . Lebensjahr und

während der Ausbildung zum ersten berufsqualifizierenden Abschluss in Bedarfsge-

meinschaften werden wir im Rahmen des Jugendschutzes ebenfalls deutlich ausweiten.

• Wir werden das SGB-II-Leistungsrecht so vereinfachen, dass sich damit der Verwaltungs-

aufwand und die Zahl der Gerichtsverfahren deutlich reduziert. Die dadurch gewonne-

nen Personalressourcen werden wir für eine stärkere Betreuung der Leistungsempfänger

zur Verfügung stellen.

• Insbesondere Personen, die auf ein langes Arbeitsleben zurückschauen können, empfin-

den einen Wohnungswechsel bei Beantragung von Grundsicherungsleistungen als zu-

tiefst ungerecht. Deshalb wollen wir vertraute Wohnsituationen schützen.

Inklusion im Alltag leben

Menschen mit Behinderungen haben das Recht auf eine barrierefreie Gestaltung ihrer Um-

welt, damit sie am alltäglichen Leben in allen Bereichen ganz selbstverständlich teilhaben

und sich einbringen können.

• Wir wollen erreichen, dass Menschen mit Einschränkungen, ältere Menschen oder zeit-

weise Erkrankte das tun können, was für alle selbstverständlich ist: den ÖPNV benutzen,

einen Geldautomaten aufsuchen oder die Nachrichtensendung verfolgen. Dafür werden

wir das Behindertengleichstellungsgesetz weiterentwickeln.

• Unser Ziel ist ein inklusiver erster Arbeitsmarkt. Das Potenzial von Fachkräften mit Be-

hinderungen bleibt vielfach noch immer ungenutzt. Gemeinsam mit den Schwerbehin-

dertenvertretungen wollen wir das betriebliche Eingliederungsmanagement stärken so-

wie Frühwarnsysteme und effiziente Präventivmaßnahmen ausbauen.

• Werkstätten für behinderte Menschen sind wichtig, weil sie dort am Arbeitsleben teil-

nehmen können. Für ein zukunftsfähiges Entgeltsystem werden wir die Berechnung des

Werkstattlohns neu regeln und gleichzeitig die derzeitige Deckelung des Arbeitsförde-

rungsgeldes aufheben. Damit haben die Werkstattbeschäftigten mehr Geld in der Tasche

und die Werkstätten werden finanziell entlastet.

• Wir setzen uns dafür ein, dass jeder Mensch ein Recht auf digitalen Zugang hat, auch

Menschen, die in Einrichtungen leben. Eine barrierefreie Medienvielfalt in Deutschland

spielt für uns eine zentrale Rolle. Menschen mit Behinderungen sollen ihr Recht auf in-

formatorische Selbstbestimmung wahrnehmen können.

.. Leistungsfähiges Gesundheitswesen

Unser Leitbild ist eine medizinische und pflegerische Kultur, die dem ganzen Menschen

dient. In der Corona-Pandemie hat unser Gesundheitssystem gezeigt, welche Stärken es hat

und an welchen Schwächen wir arbeiten müssen. In einem zukunftsfähigen Gesundheits-

wesen setzen wir deshalb auf stärkere vernetzte Zusammenarbeit der einzelnen Akteure

und nutzen das Potenzial der Digitalisierung. Zur Finanzierung der gesetzlichen Kranken-

versicherung setzen wir weiter auf einkommensabhängige paritätische Beiträge, Eigenbe-

teiligung und einen Steueranteil für versicherungsfremde Leistungen (wie beispielsweise in

der Pandemiebekämpfung), der dynamisiert und an die tatsächlichen Kosten der versiche-

rungsfremden Leistungen und deren Entwicklung gekoppelt wird.

Gesundheitswesen zukunftsfähig gestalten

Eine umfassende Versorgung der Bürgerinnen und Bürger und den Erhalt unseres sehr gu-

ten Gesundheitssystems erreichen wir mit der bewährten Selbstverwaltung, der freien

Arzt- und Therapiewahl sowie mit dem Zusammenspiel von gesetzlichen und privaten Kran-

kenversicherungen. Eine Einheitsversicherung und Schritte dahin lehnen wir ab.

• Wir werden Bürokratie reduzieren, damit Ärztinnen und Ärzte sowie Pflegepersonal

mehr Zeit für Patientinnen und Patienten haben und Gesundheits- und Pflegeberufe at-

traktiver werden.

• Mit dem Fahrplan für die Einführung einer elektronischen Patientenakte haben wir die

jahrelange Stagnation der Digitalisierung im Gesundheitswesen überwunden. Wir wer-

den an die e-Health-Strategie den Prozess „Digitale Gesundheit “ anschließen und

diesen zu einer ressortübergreifenden eHealth-Roadmap „Digitale Gesundheit “

weiterentwickeln, die konkrete Handlungsempfehlungen für die digitalisierte Gesund-

heitsversorgung der Zukunft bis zum Jahr vorgibt. Die Patientinnen und Patienten

der Zukunft werden – unter Wahrung des Schutzes ihrer Daten – ihre gesamte Kranken-

geschichte an einem Ort speichern und Ärzte und andere Leistungserbringer darauf zu-

greifen lassen können.

• Digitale Versorgungsketten sollen Informationslücken zwischen Praxis und Krankenhaus

beseitigen. Dabei spielt die Erstattungsfähigkeit digitaler Gesundheitsanwendungen

eine zentrale Rolle.

• Wir wollen weitere Millionen Euro für eine Innovationsoffensive für Robotik und Di-

gitalisierung in der Pflege bereitstellen. Die Digitalisierung, der Einsatz von Smart-

Home-Technologien sowie der Einsatz modernster Roboter sind eine enorme Chance für

eine hohe Lebensqualität im Alter und die Entlastung der Pflegekräfte.

Krankenhäuser und ambulante Versorgung stärken

Deutschlands Krankenhäuser sind in Stadt und Land ein wichtiger Anker der medizinischen

Versorgung. Im Einklang mit Rehabilitationseinrichtungen, niedergelassenen Ärzten und

Pflegeeinrichtungen haben sie bei der Bewältigung der Pandemie den Menschen in unse-

rem Land einen großen Dienst erwiesen. Die Krankenhäuser sind zusammen mit der leis-

tungsfähigen ambulanten Versorgung das Rückgrat unseres Gesundheitswesens.

• Wir wollen, dass die Ziele einer bedarfsgerechten und flächendeckenden Grund- und Re-

gelversorgung in der Krankenhausplanung und insbesondere in der Krankenhausfinan-

zierung wesentlich stärker berücksichtigt werden, gerade mit Blick auf den ländlichen

Raum.

• Gleichzeitig wollen wir im Interesse der Patientensicherheit für komplexe Behandlungen

eine stärkere Bündelung entsprechender klinischer Angebote.

• Die mit dem Krankenhauszukunftsgesetz in der Pandemie begonnene Offensive des

Bundes für mehr digitale Investitionen in den Krankenhäusern wollen wir weiterführen

und verstärken. Mit dem virtuellen Krankenhaus wollen wir medizinisches Spezialwissen

überall im Land gleichermaßen verfügbar machen. Televisiten und digitale fachliche Be-

ratungen zwischen mehreren Ärzten eröffnen neue Perspektiven zur besseren Patien-

tenversorgung vor Ort und können Erkrankten eine Verlegung ersparen.

• Wir sorgen dafür, dass alle Bürgerinnen und Bürger einen digitalen, wohnortnahen und

möglichst barrierefreien Weg, zum Beispiel zur Haus-, Fach-, Zahnarzt- und Notfallver-

sorgung, zu Apotheken, Hebammen, Physiotherapeuten, Gesundheitshandwerken und

Sanitätshäusern haben. Wir setzen uns verstärkt für den flächendeckenden Ausbau des

psychotherapeutischen Behandlungsangebots für Kinder und Jugendliche ein.

• Die Kompetenzen der Heil- und Hilfsmittelerbringer werden wir stärker nutzen.

Ausbildung im Gesundheitswesen verbessern

Wer die Versorgung von morgen sichern will, muss heute genügend ausbilden.

• In den Gesundheitsberufen und in der Pflege werden wir die Aus- und Weiterbildung

stärken und die Reform der Berufsgesetze vollenden.

• Die auf den Weg gebrachte Abschaffung des Schulgeldes in den Gesundheitsberufen und

die Einführung einer allgemeinen Ausbildungsvergütung wollen wir zügig umsetzen.

Selbstbestimmung und Patientensouveränität stärken

Patientensouveränität ist die Grundlage für eine gute Gesundheitsversorgung. Deshalb

wollen wir sie stärken. Auch im hohen Alter oder bei schwerer Krankheit muss der Mensch

im Mittelpunkt stehen.

• Wir wollen eine lebensbejahende Beratung für Menschen, die unheilbar und mit be-

grenzter Lebenserwartung erkrankt sind. Statt Sterbehilfe zu kommerzialisieren, werden

wir dafür sorgen, dass wir den Zugang zur Hospiz- oder Palliativversorgung garantieren.

Öffentlichen Gesundheitsdienst modernisieren

Die Pandemie hat die herausragende Bedeutung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes

(ÖGD) für einen wirksamen Schutz der Gesundheit der Bevölkerung deutlich werden las-

sen. Die Corona-Krise hat aber auch allen vor Augen geführt, dass eine nachhaltige Verstär-

kung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes als eine unverzichtbare Säule des Gesundheits-

wesens dringend geboten ist.

• Bund und Länder haben einen „Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst“ geschlos-

sen, um den ÖGD in seiner ganzen Aufgabenvielfalt und auf allen Verwaltungsebenen

zu stärken und zu modernisieren. Der Bund stellt für die Umsetzung des Paktes insge-

samt Mittel in Höhe von vier Milliarden Euro bis zur Verfügung, um den Personal-

aufbau und die Digitalisierung in den unteren Gesundheitsbehörden zu unterstützen.

Diesen Weg wollen wir weitergehen. Dazu werden wir rechtzeitig die notwendigen Mit-

tel bereitstellen.

• Wir werden das Robert-Koch-Institut stärken und zum deutschen Public-Health-Institut

ausbauen. Neben seiner wissenschaftlichen Arbeit muss es in Zukunft noch viel stärker

bei der Bekämpfung von epidemischen Gesundheitsgefahren tätig sein und sich noch

stärker mit den Gesundheitsbehörden der Länder und Kommunen, aber auch internatio-

nal vernetzen. Dafür braucht es die notwendigen personellen und finanziellen Ressour-

cen.

• Für besonders versorgungskritische Wirkstoffe werden wir Maßnahmen wie eine staat-

liche Lagerhaltung oder Notfallkapazitäten schaffen, um eine Produktion auf Abruf zu

ermöglichen.

Keine Drogen legalisieren, Suchtprävention stärken

Eine Legalisierung illegaler Drogen lehnen wir ab. Zu groß sind die gesundheitlichen Folgen

für den Einzelnen und die Auswirkungen auf Familie, Umfeld und Gesellschaft. Wer legali-

siert, der stellt gerade nicht Gesundheits- und Jugendschutz in den Mittelpunkt der Dro-

genpolitik, entzieht sich seiner Verantwortung und lässt Betroffene sowie ihre Angehörigen

mit den Problemen allein. Das ist nicht unser Weg.

• Was wir brauchen, sind Aufklärung sowie frühe und massentauglichere Sanktionen, die

der Tat auf dem Fuße folgen und unmittelbar zur Wahrnehmung von Beratungs- und

Therapieangeboten veranlassen.

• Bei legalen Suchtmitteln setzen wir auf verantwortungsvollen Umgang. Dafür braucht es

mehr Aufklärung, bessere Hilfsangebote und einen starken Jugendschutz, um den Ge-

fahren des Rauchens und des Alkoholmissbrauchs wirkungsvoll zu begegnen.

Deutschland wieder zur Apotheke der Welt machen

Deutschland galt einst als „Apotheke der Welt“. An diese Erfolgsgeschichte wollen wir mit

modernen Clustern anknüpfen.

• Wir werden die Gesundheits- und Pflegewirtschaft als herausragenden Wirtschaftsfak-

tor in Deutschland weiter stärken und dabei sicherstellen, dass gut bezahlte und zu-

kunftssichere Arbeitsplätze geschaffen werden sowie Wertschöpfung in neuen Techno-

logien entsteht.

• Wir wollen eine Souveränitätsoffensive bei der Medikamentenproduktion. Wir wollen ei-

nen freien Handel ohne einseitige Abhängigkeiten – insbesondere bei der Produktion

von Arzneimitteln und medizinischer Ausstattung. Unser Ziel ist es, Deutschlands und

Europas Unabhängigkeit zu stärken und die Wertschöpfungsketten souveränitätskriti-

scher medizinischer Produkte in die EU zurückzuholen. Dafür wollen wir mit unseren

Pharma-Unternehmen dafür sorgen, dass kritische Schutzkleidung, medizinische Geräte

sowie alle wichtigen Medikamente in mindestens einer Variante in Europa produziert

werden.

• Wir fördern neue Antiinfektiva und Impfstoffe durch geeignete Anreize von Forschung

bis Erstattung.

• Die schnelle Verfügbarkeit neuer Therapieoptionen und Arzneimittel für schwerkranke

Patienten in Deutschland soll erhalten und durch die richtigen Anreize im Vergütungs-

system gestärkt werden.

• Bei den „Benannten Stellen“, die für die Überprüfung neuer Medizinprodukte in der Eu-

ropäischen Union zuständig sind, werden wir darauf hinwirken, dass der Ausbau be-

schleunigt wird und dadurch innovative Medizinprodukte schnellstmöglich bei den Pati-

enten ankommen.

• Wir werden prüfen, welche Maßnahmen in Betracht kommen, damit in Krisenfällen ver-

sorgungsrelevante Arzneimittel in ausreichender Menge in der EU zur Verfügung stehen,

zum Beispiel durch eine entsprechende Änderung des europäischen Vergaberechts.

• Wir werden prüfen, ob das deutsche Vergaberecht dahingehend geändert werden kann,

dass Arzneimittelhersteller verpflichtet werden können, bei der Herstellung insbeson-

dere von versorgungsrelevanten Arzneimitteln in der EU hergestellte Wirkstoffe zu ver-

wenden.

Für mehr Lebensqualität forschen

Von den Ergebnissen der Gesundheitsforschung profitieren Menschen in unserem Land

und weltweit unmittelbar und direkt.

• Um Innovationen für Patientinnen und Patienten entwickeln zu können, müssen for-

schende Pharmaunternehmen die Möglichkeit haben, pseudonymisierte Versorgungs-

daten zu erhalten.

• Schnellere Genehmigungsverfahren stärken den Pharma- und Forschungsstandort

Deutschland. In der Pandemie hat sich gezeigt, wie zügig die Prüfung und Genehmigung

klinischer Studien seitens der Zulassungsbehörden für Arzneimittel und Impfstoffe in

Deutschland ohne Abstriche an der Qualität gelingen kann, wenn die Ressourcen gebün-

delt werden. Diese zügige Bearbeitung entsprechender Anträge wollen wir auch für die

Zeit nach der Pandemie erhalten und werden daher das Paul-Ehrlich-Institut und das

Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte finanziell und personell verstär-

ken.

• Wir werden das Tempo für die Entwicklung neuer Medikamente erhöhen, indem wir ein-

heitliche Vorgaben schaffen – etwa beim Datenschutz, bei länderübergreifenden Stu-

dien oder der Einführung verbindlicher Musterverträge für klinische Prüfungen. Investo-

ren und Forscher können sich darauf verlassen, dass in Deutschland auch weiterhin der

Patentschutz gilt.

• Wir werden die wissenschaftliche Erforschung jener Krankheiten gezielt unterstützen

(beispielsweise Demenz-Erkrankungen oder HIV), die gegenwärtig als unheilbar gelten.

• Künstliche Intelligenz (KI) ist eine Schlüsseltechnologie. Wir setzen uns für ein Werte-

system ein, das Chancen von KI für die Gesundheitsversorgung nutzt und zugleich Risi-

ken minimiert. Wir wollen zudem, dass Wertschöpfung von KI in Deutschland entsteht

und somit auch neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

.. Gute Pflege für mehr Sicherheit und Halt

Für uns hat die Menschenwürde eine besondere Bedeutung, wenn die geistigen und kör-

perlichen Kräfte im Alter nachlassen und der Mensch in vielfältiger Hinsicht auf die Unter-

stützung seiner Mitmenschen angewiesen ist. Angesichts steigender Zahlen alter und pfle-

gebedürftiger Menschen in unserer Gesellschaft bedarf es eines solidarischen Miteinan-

ders. Deshalb haben wir beispielsweise die Bezahlung von Pflegekräften verbessert. Prä-

vention und Rehabilitation werden wir stärker in den Mittelpunkt unserer Maßnahmen stel-

len, um den Eintritt von Pflegebedürftigkeit möglichst lange zu verhindern.

Versorgung stärken

Wir wollen die Rahmenbedingungen in der Pflege weiter verbessern, indem wir diese als

gesamtgesellschaftliche Aufgabe wahrnehmen.

• Wir werden sowohl für die Pflegebedürftigen als auch für das Pflegefachpersonal und

pflegende Angehörige bessere Möglichkeiten für gut organisierte, leistungsfähige, bere-

chenbare, zuverlässige und bedarfsgerechte Angebotsstrukturen schaffen.

• Wir wollen die Trägervielfalt in der Pflege als Ausdruck einer pluralen Gesellschaft stär-

ken. Auch hier erhoffen wir uns vom Wettbewerb bessere Angebote.

• Wir wollen die Pflegebereiche als Berufsgruppe an der Selbstverwaltung im Gesund-

heitsrecht beteiligen, indem wir uns für die Einrichtung einer Bundespflegekammer ein-

setzen.

• Auch in der Pflege gilt es, die vielfältigen Chancen der Digitalisierung zum Wohle pfle-

gebedürftiger Menschen zu nutzen. So kann Digitalisierung in der Pflege durch die Wei-

terentwicklung technischer Assistenz- und Warnsysteme älteren Menschen mehr Sicher-

heit und Eigenständigkeit geben. Pflegekräfte sollen durch den digitalen Fortschritt

spürbar entlastet werden, indem beispielsweise digitale Infrastrukturen ausgebaut und

Pflegedokumentationen erleichtert werden.

Pflegeversicherung weiterentwickeln

Die von der Union eingeführte Pflegeversicherung hat sich bewährt und wird auch in Zu-

kunft von uns stetig weiterentwickelt, um einen verlässlichen Beitrag zur Absicherung des

Pflegerisikos und eine hohe Betreuungs- und Pflegequalität zu gewährleisten.

• Betriebliche Pflegezusatzversicherungen sorgen dafür, dass Menschen das Pflegerisiko

im Alter zusätzlich wirksam absichern können. Wir werden prüfen, wie wir das Instru-

ment der betrieblichen Pflegezusatzversicherung stärken und staatlich fördern können,

damit möglichst viele Menschen davon profitieren können.

• Um mit Blick auf den demografischen Wandel künftig unverhältnismäßig steigenden

Beiträgen in der Pflegeversicherung entgegenzuwirken, wollen wir den Pflegevorsorge-

fonds bis verlängern.

Ambulante und stationäre Pflege verbessern

Wir sind der festen Überzeugung, dass es nicht zu den Aufgaben eines Staates gehört, den

einen geeigneten Ort für Pflege zu definieren. Vielmehr liegt die Entscheidung über den

Wohn- und Pflegeort bei der pflegebedürftigen Person selbst. Der Pflegebedürftige soll ei-

genständig und selbstbestimmt oder gemeinsam mit Familienangehörigen entscheiden,

wie und wo er wohnt. Wir wollen dieses Selbstbestimmungsrecht stärken und die Unter-

stützungsleistungen durch die Pflegeversicherung dorthin leiten, wo der Pflegebedürftige

lebt.

• Wir setzen uns für eine Dynamisierung des Pflegegeldes ein und befürworten die Einfüh-

rung einer Regeldynamisierung für alle Leistungen auf Grundlage der Lohnentwicklung.

• Wir stehen neuen Wohn- und Betreuungsformen aufgeschlossen gegenüber und werden

deren Einführung unterstützen. Wir sehen Mehrgenerationenhäuser als wichtige Anlauf-

stellen eines generationenübergreifenden Zusammenlebens. Denn diese bieten Unter-

stützung bei der Vermittlung von haushaltsnahen Dienstleistungen und im Bereich der

familiären Pflege.

• Familiäre Pflege muss eine noch gezieltere und flexiblere Unterstützung erfahren. Des-

halb setzen wir uns dafür ein, die bisherigen Leistungen für Angebote der Kurzzeit- und

Verhinderungspflege sowie Betreuungsleistungen zu einem Budget zusammenzufassen.

• Stationäre Pflegeeinrichtungen sollen die Möglichkeit haben, passgenaue Unterstüt-

zungsleistungen für pflegebedürfte Menschen in ihrem Umfeld zu erbringen, die nicht

Bewohnerinnen und Bewohner der jeweiligen Einrichtung sind.

• Pflege findet in den Quartieren der betroffenen Menschen statt. Deshalb werden wir die

Länder und Kommunen darin unterstützen, quartiersbezogene und sektorenübergrei-

fende Versorgungskonzepte umzusetzen.

Pflegekräfte qualitätsvoll ausbilden

Eine hohe Pflegequalität ist für die Betroffenen von zentraler Bedeutung. Dafür brauchen

wir gut ausgebildete Pflegekräfte.

• Zusammen mit den Ländern wollen wir eine bundesweite Harmonisierung der Assistenz-

ausbildung in der Pflege erreichen.

• Es ist wichtig, attraktive Arbeitsbedingungen für alle in der Pflege Beschäftigten zu

schaffen, die insbesondere auch eine verlässliche Gestaltung der Dienstpläne umfassen.

• Wir wollen die Willkommenskultur für ausländische Pflegefachkräfte stärken und setzen

uns für eine generelle Schulgeldfreiheit für Gesundheits- und Pflegeberufe ein, um dem

wachsenden Bedarf an Pflege- und Gesundheitsleistungen gerecht zu werden.

• Wir wollen die Ausbildung in der Pflege weiter stärken, indem wir eine bundesweite Ver-

gütung der Auszubildenden in der Pflegefachassistenzausbildung einführen.

.. Deutschlands Verantwortung für globale Gesundheit

Die Pandemie zeigt, wie wichtig die internationale Zusammenarbeit bei Fragen der Gesund-

heit und der Gesundheitssicherheit ist. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) leistet ei-

nen wichtigen Beitrag zur weltweiten Bekämpfung der Pandemie. Gleichzeitig hat sich ge-

zeigt, dass die WHO ihr zentrales Mandat in der globalen Gesundheit aufgrund mangelnder

Ressourcen aktuell nur unzureichend erfüllen kann.

• Daher wollen wir sie nachhaltig stärken, finanziell, technisch und politisch. Deutschland

ist im Verlauf der Corona-Krise bereits zum größten staatlichen Geldgeber der WHO

avanciert und tritt vernehmbar für eine schlagkräftige WHO ein, zu der auch alle Mit-

gliedstaaten ihren Beitrag leisten.

• Verschiedene Reformprozesse sind bereits angestoßen. Deutschland wird die Initiative

zu einem internationalen Pandemievertrag zur Stärkung der globalen Gesundheitssi-

cherheit weiter aktiv unterstützen.

• Deutschland ist auf dem Weg, ein international anerkannter Standort für Global Health

zu werden, immer mehr Institutionen siedeln sich bei uns an. Diese Entwicklung wollen

wir weiter befördern.

. Neue Generationengerechtigkeit bei Finanzen und Steuern – aus Ver-

antwortung für unsere Kinder und Enkel

Unser Unions-Versprechen: Wir werden dafür sorgen, dass alle Menschen, die jeden Tag hart

arbeiten und viel leisten, entlastet werden. Leistung muss sich lohnen. Wir werden auch Frei-

räume für unsere Unternehmen schaffen und dazu beitragen, dass sie wettbewerbsfähig blei-

ben. Gleichzeitig wollen wir so schnell wie möglich ohne neue Schulden auskommen. Das ist

praktizierte Generationengerechtigkeit.

Wir stehen dabei vor der Herausforderung, dass die finanziellen Spielräume durch die Corona-

Pandemie auf allen Ebenen begrenzt sind. Diese Spielräume durch höhere Steuern oder neue

Schulden wieder zu vergrößern, würde den dringend benötigten wirtschaftlichen Aufschwung

und damit Arbeitsplätze gefährden und wäre ungerecht gegenüber kommenden Generationen.

Nur ein finanziell solider Staat ist handlungsfähig und kann die Zukunft gestalten.

Wir brauchen ein neues, modernes Verständnis vom Staat. Er muss sich stärker zurückziehen

und nicht alles bis ins Detail regeln wollen. Freiheit und Eigenverantwortung sind zwei Seiten

ein und derselben Medaille. Zudem gilt, dass mehr Geld vom Staat nicht alle Probleme löst. Denn

oft fehlt es eben nicht daran. Beim Digitalpakt oder Ausbau der Infrastruktur wurden Gelder

nicht abgerufen. Andere Programme gehen an Bedürfnissen und Problemen vorbei. Deshalb

werden wir noch stärker bestehende und künftige Ausgaben auf ihre Effizienz hin überprüfen

und, wenn nötig, streichen.

.. Mit soliden Finanzen sicher in die Zukunft

Corona hat uns gezeigt, wo wir die richtigen Grundlagen geschaffen haben, um auch in Kri-

senzeiten umfassend handlungsfähig zu bleiben. Unsere klare solide Finanzpolitik hat uns

einen Spielraum ermöglicht, den andere Staaten so nicht hatten. Dadurch konnten wir in

der Corona-Krise schlagkräftig handeln und Beschäftigte wie Unternehmen zielgenau un-

terstützen, als dies notwendig war. Dieses stabile Fundament werden wir erneuern und wei-

terentwickeln.

Solide Finanzen sind nicht nur wichtig für die Stabilisierung privater Investitionen und ein

gutes Wirtschaftswachstum in Deutschland. Es ist auch ein Gebot der Generationengerech-

tigkeit: Eine solide Finanz- und Haushaltspolitik muss stets die kommenden Generationen

im Blick behalten. Es ist unser Ziel, die Handlungsspielräume für unsere Kinder und Enkel

zu vergrößern, anstatt ihnen Schulden und damit Belastungen aufzubürden.

• Wir bekennen uns zur grundgesetzlichen Schuldenbremse. Sie hat in der Krise ihre Funk-

tionsfähigkeit und Flexibilität bewiesen. Grundgesetzänderungen zur Aufweichung der

Schuldenbremse lehnen wir ab.

• Wir wollen so schnell wie möglich wieder ausgeglichene Haushalte ohne neue Schulden

erreichen und die gesamtstaatliche Schuldenquote auf unter Prozent reduzieren.

• Wir werden mit Ende der Corona-Pandemie einen Kassensturz für die öffentlichen Haus-

halte einschließlich der Sozialversicherungen vollziehen. Das mündet in einen Fahrplan

für Investitionen in Wachstum, gezielte Entlastungen und ausgeglichene Haushalte. Un-

sere Überzeugung ist: Nachhaltiges Wachstum schafft neue Spielräume.

• Wir werden den Bundeshaushalt zukunftsfest aufstellen und das Haushaltswesen auch

auf Bundesebene nachhaltig modernisieren. Unser Ziel ist eine langfristig und generati-

onengerecht angelegte Haushaltsführung im Bund. Dazu kann eine doppische Haus-

haltsführung beitragen.

• Immer wieder werden Fördermittel des Bundes nicht abgerufen oder verfehlen ihre Wir-

kung. Wir werden deshalb Ausgaben regelmäßig auf ihre Wirksamkeit und Notwendig-

keit prüfen und entbehrliche Ausgaben streichen. So kann das vorhandene Geld für wich-

tigere Zukunftsaufgaben eingesetzt und mit jedem Euro mehr erreicht werden.

.. Faire, leistungsgerechte und wettbewerbsfähige Steuern

Wir wollen die Wirtschaft nach der Pandemie wieder in Schwung bringen. Auf diesem Weg

wäre es falsch, Steuern zu erhöhen. Wir stehen weiter für eine verantwortungsvolle und

solide Finanzpolitik. Wir versprechen nichts, was wir nicht einhalten können. Wir stellen die

Weichen konsequent auf Wachstum, damit sich neue Spielräume ergeben.

• Deutschland droht mit einer der höchsten Unternehmensbelastung der Welt zurückzu-

fallen. Weltspitze bei der Steuerbelastung und Weltspitze bei der Wettbewerbsfähigkeit

– das passt auf Dauer nicht zusammen. Im Rahmen unseres umfangreichen Entfesse-

lungspakets werden wir mit einer Unternehmenssteuerreform die Besteuerung moder-

nisieren und wettbewerbsfähig machen.

Leistung muss sich lohnen

Wer sich anstrengt, wer etwas wagt, soll auch dafür belohnt werden. Das ist praktizierte

Leistungsgerechtigkeit. Wir wollen deshalb Spielräume, soweit sie sich eröffnen, nutzen,

um die Menschen zu entlasten, die jeden Tag Leistung erbringen, damit sie mehr Netto vom

Brutto haben. Dabei nehmen wir alle hart arbeitenden Menschen in den Blick. Egal ob Ver-

käuferin, Ärztin, IT-Spezialist oder Handwerker – wir wollen, dass alle sich vom verdienten

Geld mehr leisten können.

•

Wir werden den Solidaritätszuschlag für alle schrittweise abschaffen und gleichzeitig

kleine und mittlere Einkommen bei der Einkommensteuer entlasten.

•

Wir werden auch künftig die Wirkungen der sogenannten kalten Progression ausglei-

chen, indem wir den Einkommensteuertarif regelmäßig an die allgemeine Preisentwick-

lung anpassen.

Familien mit Kindern finanziell entlasten

Wir wollen gezielt Familien finanziell stärken. Sie sind die Leistungsträger unserer Gesell-

schaft.

• Wir halten am Ehegattensplitting fest und wollen unabhängig davon zusätzlich Ansätze

entwickeln, um Kinder positiv zu berücksichtigen. Wir haben die finanzielle Situation von

Familien spürbar verbessert, indem wir den Kinderfreibetrag und das Kindergeld zum

. Januar deutlich erhöht haben. Perspektivisch streben wir den vollen Grundfrei-

betrag für Kinder an und finden damit den Einstieg in ein Kindersplitting.

• Wir haben auch den steuerlichen Entlastungsbetrag für Alleinerziehende auf . Euro

verdoppelt. Wir wollen ihn perspektivisch auf . Euro weiter erhöhen.

• Wir werden die steuerliche Berücksichtigung haushaltsnaher Dienstleistungen verbes-

sern. Sie entlasten Familien im Alltag und schaffen mehr Zeit für Familie und Beruf. So

verringern wir auch Schwarzarbeit und tragen zur sozialen Absicherung der häufig weib-

lichen Beschäftigten bei.

Steuererklärung vereinfachen

Wir setzen uns für ein einfaches und verständliches Steuerrecht ein. Die Kommunikation

zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und ihrem Finanzamt muss schneller und einfacher

werden.

• Wir werden dafür sorgen, dass die Steuererklärung, alle Anträge und der Schriftwechsel

online erfolgen können. Ein digitaler Steuerbescheid muss künftig die Regel sein.

• Die Steuererklärung muss in einfachen Fällen auch mit einer App erledigt und abgegeben

werden können.

• Steuerrechtliche Regelungen sollten grundsätzlich digital umsetzbar sein.

• Wir werden die Steuererklärung für alle vereinfachen, vor allem für ältere Menschen, die

Renten und Pensionen beziehen. Dafür wollen wir die vorausgefüllte Steuererklärung

verbessern. Hierzu soll bereits ab Frühjahr für den Veranlagungszeitraum eine

einfache Anwendung zur Verfügung stehen.

Steuern weltweit fair gestalten

Wir stehen für Steuergerechtigkeit. Auch in Zukunft sollen alle angemessen zur Finanzie-

rung öffentlicher Leistungen beitragen. Niemand darf sich seiner Verantwortung für die

Gesellschaft entziehen und sich ärmer rechnen, als er ist. Das gilt insbesondere für multi-

nationale Konzerne.

• Wir werden weiter Steuerschlupflöcher schließen, Steuerhinterziehung sowie schädliche

Formen des Steuerwettbewerbs wirksam unterbinden und aggressive Steuergestaltun-

gen bekämpfen.

• Wir werden dabei nur dann erfolgreich sein, wenn wir uns mit unseren internationalen

Partnern abstimmen. Die OECD hat sich mit ihrem Aktionsplan gegen Gewinnkürzungen

und Gewinnverlagerungen grenzüberschreitend agierender Konzerne (BEPS) als inter-

nationaler Standardsetzer bewährt. Wir setzen weiter auf diese Institutionen, um insbe-

sondere einen international breit abgestimmten Konsens zur fairen Besteuerung global

tätiger Konzerne herbeizuführen.

• Wir setzen uns auf OECD-Ebene ebenfalls für eine faire Besteuerung der digitalen Wirt-

schaft ein. Große digitale Konzerne sollen ihre Steuern auch dort zahlen, wo sie ihre Um-

sätze erzielen.

• Wir brauchen eine gemeinsame Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage, damit Un-

ternehmen in Europa möglichst nach gleichen Regeln besteuert werden. Dabei müssen

die Besonderheiten der deutschen Unternehmenslandschaft und -besteuerung ange-

messen berücksichtigt werden, um Wettbewerbsnachteile deutscher Unternehmen zu

vermeiden. Dies schließt auch ein abgestimmtes Steuerverfahrensrecht mit ein.

• Wir werden den Umsatzsteuerbetrug weiter eindämmen und Steuerschlupflöcher schlie-

ßen.

• Wir setzen uns für eine europäische Finanztransaktionsteuer mit breiter Bemessungs-

grundlage ein. Sie darf jedoch Kleinanleger und die private Altersvorsorge nicht belas-

ten.

.. Vermögensbildung für jeden

Teilhabe geht vor Umverteilung. Wir wollen, dass die Menschen in unserem Land Erfolg ha-

ben und sich Wohlstand aufbauen können. „Wohlstand für alle“ im . Jahrhundert heißt für

uns: Vermögensaufbau für alle Menschen attraktiv gestalten – unabhängig von Beschäfti-

gungsverhältnis und Einkommen.

Beteiligung am Unternehmenserfolg verbessern

Die Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am eigenen Unternehmen ist

ein originär christlich-soziales Anliegen. Sie entspricht der Idee der Subsidiarität, stärkt die

Bindung zwischen Beschäftigten und Unternehmen und fördert die Sozialpartnerschaft.

• Unser Ziel ist es, die Mitarbeiterkapitalbeteiligung weiter zu verbessern.

• Für beteiligte Beschäftigte und Unternehmen muss ein klarer rechtlicher Rahmen mittels

Betriebsvereinbarungen geschaffen werden.

• Wir setzen uns für eine Harmonisierung der Regeln für die Mitarbeiterkapitalbeteiligung

in der EU ein.

Vermögensbildung stärken und vermögenswirksame Leistungen ausweiten

Gerade in Zeiten niedriger Zinsen sind unterschiedliche Anlageformen gefragt, um attrak-

tive Renditen zu erzielen und Vermögen für das Alter aufzubauen. Wir fördern verschiedene

Formen:

• Wir werden den Sparer-Pauschbetrag und die Arbeitnehmersparzulage erhöhen.

• Wir werden die vermögenswirksamen Leistungen stärken und den Höchstbetrag, den

Arbeitnehmer von ihrem Arbeitgeber erhalten können, erhöhen.

• Gewinne aus vermögenswirksamen Leistungen sollten nach der Mindesthaltefrist steu-

erfrei sein.

Keine Vermögensteuer

Wir lehnen zusätzliche Lasten wie eine Wiedereinführung der Vermögensteuer ab. Eine Ver-

mögensteuer würde uns alle treffen: Sie würde sowohl Hauseigentümer als auch Mieter be-

lasten und somit das Wohnen für alle verteuern. Sie würde Betriebsvermögen belasten und

somit Arbeitsplätze für alle gefährden. Die Vermögensteuer ist eine Wohlstandsbremse.

.. Finanzplatz Deutschland stärken

Nur als starker und wettbewerbsfähiger Finanzplatz kann Deutschland auch weiterhin aktiv

die Regulierung der internationalen Finanzmärkte mitgestalten.

• Innerhalb einer starken Banken- und Kapitalmarktunion wollen wir Deutschland zum

führenden Finanzstandort, insbesondere für nachhaltige Produkte, ausbauen.

• Wir werden vor allem Bürokratie für Finanzmarktteilnehmer abbauen, Regeln moderni-

sieren und die Rahmenbedingungen für Börsengänge verbessern.

• Als starker Finanzplatz soll Deutschland für die Ansiedlung von EU-Institutionen attrak-

tiver werden.

• Wir streben einen eigenen Börsenplatz nach dem Vorbild der NASDAQ an. Schnell wach-

sende Technologieunternehmen sollen sich an einer deutschen oder europäischen Börse

finanzieren können, damit sie für diesen Wachstumsschritt nicht mehr in die USA ab-

wandern müssen.

Verbraucher und Anleger schützen

Auch auf dem Finanzmarkt setzen wir auf einen fairen Wettbewerb, Schutz der Verbrau-

cherinteressen, finanzielle Bildung, Transparenz bei Finanzprodukten sowie eine starke

Aufsicht.

• Damit alle die Chancen verschiedener Anlageformen nutzen können, brauchen wir einen

starken Verbraucher- und Anlegerschutz.

• Wir wollen, dass alle von neuen, digitalen Zahlungsmöglichkeiten und Finanzdienstleis-

tungen profitieren. Dies gelingt, wenn die Kundendaten sicher sind, mit ihnen gesetzes-

konform und vertraulich umgegangen wird und durch angemessene Entgelte.

. Neues Aufstiegsversprechen – für Deutschland als Chancen- und Fami-

lienland

Unser Unionsversprechen: Wir werden es unseren Familien leichter machen. Wir werden sie fi-

nanziell entlasten und ihnen geben, was für alle wichtig ist: Zeit füreinander, Sicherheit, mehr

finanzielle Spielräume, gute Schulen und Kitas.

Gleichzeitig versprechen wir, dass wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessern

und die Chancengleichheit von Frauen und Männern fördern. Jede und jeder soll sich durch An-

strengung, Leistung und Fleiß etwas aufbauen und nach dem eigenen Glück streben können.

Dieses Aufstiegsversprechen muss für alle unabhängig von der Herkunft und sozialen Verhält-

nissen gelten. Wir wollen Aufstieg durch Bildung für alle möglich machen und bekennen uns

dabei zum bewährten Bildungsföderalismus.

Corona hat aber auch Schwächen offengelegt. Das beginnt damit, dass wir in Sachen digitaler

Bildung dringend anpacken und unsere Schulen modernisieren. Und es geht insgesamt um eine

Politik, die Familien konsequent in den Mittelpunkt stellt. Der Schutz der Familie unter sich wan-

delnden Bedingungen ist eine Grundkonstante einer vom christlichen Menschenbild geleiteten

Politik. In unserem Modernisierungsjahrzehnt müssen wir die nach wie vor bestehende

Benachteiligung von Frauen angehen und ihnen gleiche Chancen wie Männern ermöglichen.

Die Corona-Pandemie hat vor allem jungen Familien enorm viel abverlangt. Über Monate konn-

ten Kinder und Jugendliche kaum und nur im Wechselunterricht die Schule besuchen. Sie waren

getrennt von ihren Freunden, sie verpassten so vieles, das zum Erwachsenwerden dazugehört.

Eltern mussten gleichzeitig Kinder betreuen, beim digitalen Lernen unterstützen und ihre Arbeit

von zu Hause erledigen.

Familienfreundlichkeit ist Markenzeichen einer jeden unionsgeführten Bundesregierung.

.. Mehr Zeit, Raum und Unterstützung für Familien

Familien benötigen Zeit füreinander, Raum für ihre Entfaltung und finanzielle

Unterstützung zu ihrer Absicherung. Wir stehen für Familienfreundlichkeit und wollen, dass

sich möglichst viele Menschen für ein Leben mit Kindern entscheiden.

• Unser Ziel ist es, das Elterngeld weiter zu stärken und gerade Väter zu ermutigen,

stärker als bisher das Elterngeld zu nutzen. Wir wollen die Partnermonate beim

Elterngeld um weitere zwei auf insgesamt Monate ausweiten, wenn sowohl Vater als

auch Mutter Elternzeit nehmen.

Familien mehr Zeit geben

Wir wollen eine familiengerechte Arbeitswelt und keine arbeitsmarktgerechten Familien.

Uns ist wichtig, dass Eltern in bestimmten Lebensphasen ihre Arbeitszeit reduzieren und in

anderen Zeiten mit ganzer Kraft ihrem Beruf nachgehen können. Dies gilt insbesondere in

der „Rushhour des Lebens“, in der zumeist Berufsleben und Familiengründung

zusammenfallen. Wir werden Wahlfreiheit durch mehr Zeitsouveränität über das ganze

Berufsleben ermöglichen.

• Wir wollen das bestehende Instrument der Zeitwertkonten praktikabler gestalten und

als Familienzeitkonten für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nutzbar machen.

Dieses Konzept hat sich bereits bewährt, weshalb wir seine Verbreitung weiter fördern

wollen.

• Eltern sollen angesparte Zeiten einsetzen können, um in der Familienphase ohne

finanzielle Nachteile weniger zu arbeiten. Auch staatliche Fördermittel sollen auf

Familienzeitkonten gebucht werden können.

Familienleistungen einfach bündeln

Familien sollen ihre kostbare und oft knappe Zeit miteinander verbringen – und nicht mit

unnötiger Bürokratie.

• Wir wollen Familienleistungen maximal vereinfachen. Sie sollen automatisiert, digital

und aus einer Hand Familien zur Verfügung stehen. Geburtsurkunde, Kindergeld,

Elterngeld und Kinderzuschlag sowie das Bildungs- und Teilhabepaket sollen digital

beantragt werden können.

• Wir wollen es so unbürokratisch und einfach wie möglich machen, Familienleistungen zu

bekommen. Leistungen müssen, wo immer möglich, automatisiert erfolgen.

• Haushaltsnahe Dienstleistungen entlasten Familien im Alltag und schaffen mehr Zeit für

Familie und Beruf. Deshalb werden wir die Absetzbarkeit von haushaltsnahen

Dienstleistungen verbessern.

Durch flexibleres und mobiles Arbeiten mehr Freiräume schaffen

Gerade Beschäftigte mit Kindern wollen ihre Arbeitszeiten zunehmend flexibler gestalten

oder von zu Hause arbeiten. Dies ist auch im Interesse der Arbeitgeber. Wir wollen die Fle-

xibilitätsspielräume zugunsten beider Seiten ausweiten und dabei den Arbeits- und Ge-

sundheitsschutz weiter stärken.

• Wir wollen auch künftig möglichst vielen Beschäftigten die mobile Arbeit ermöglichen

und setzen auf sozialpartnerschaftliche Regelungen der Tarifvertrags- und Betriebspar-

teien, die mobiles Arbeiten ermöglichen und den Arbeitsschutz gewährleisten.

• Darüber hinaus wollen wir auf nationaler und auf EU-Ebene die rechtlichen Vorausset-

zungen dafür schaffen, dass Arbeiten von überall in Europa gerade für kleine und mittel-

ständische Unternehmen rechtssicherer wird. Daher werden wir die Regelungen im Ar-

beits-, Sozialversicherungs- sowie Steuerrecht überprüfen und gegebenenfalls anpassen.

Familien mit Kindern finanziell entlasten und Wohneigentum ermöglichen

Wir wollen Familien und Alleinerziehende noch stärker entlasten und sie dabei unterstüt-

zen, den Traum vom Eigenheim zu erfüllen. Sie sind die starke Mitte und die Leistungsträger

unserer Gesellschaft.

• Wir haben die finanzielle Situation junger Familien spürbar verbessert, indem wir den

Kinderfreibetrag und das Kindergeld zum . Januar deutlich erhöht haben. Einen

weiteren Schritt werden wir abhängig von der wirtschaftlichen Lage verwirklichen. Per-

spektivisch streben wir den vollen Grundfreibetrag für Kinder an und finden damit den

Einstieg in ein Kindersplitting.

• Wir haben auch den steuerlichen Entlastungsbetrag für Alleinerziehende auf . Euro

verdoppelt. Wir wollen ihn perspektivisch auf . Euro weiter erhöhen.

• Wir werden das KfW-Wohneigentumsprogramm für Familien ausweiten. Wer Kinder hat,

soll stärker davon profitieren. Dazu sollten Darlehen, Tilgungszuschüsse oder Zinsverbil-

ligungen nach Anzahl der Kinder gestaffelt werden. Ebenso wollen wir energetische Sa-

nierungen des Familieneigenheims fördern.

• Den Ländern werden wir ermöglichen, einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer von

. Euro pro Erwachsenem plus . Euro pro Kind beim erstmaligen Erwerb

selbstgenutzten Wohnraums zu gewähren.

Kinder gesund aufwachsen lassen

Unser Alltag findet zunehmend in Räumen und vor dem Bildschirm statt. Das gilt auch für

Kinder und Jugendliche. Zu den Folgen gehören Übergewicht und Fehlernährung sowie

abnehmende motorische Fähigkeiten. Unsere Offensive für gesundes Aufwachsen macht

Kinder und Jugendliche fit. Sie stärkt ihre körperlichen, motorischen und sensorischen

Fähigkeiten, ihr geistiges Leistungsvermögen und ihr Selbstbewusstsein.

• Mit einem Bundesprogramm werden wir Länder und Träger von Bildungseinrichtungen

dabei unterstützen, Ernährung und Bewegung systematisch in die Familienbildung sowie

die Bildungs- und Erziehungspläne aufzunehmen. Gesunde Lebensführung soll ein ei-

genständiges Bildungsziel werden.

• Darüber hinaus wollen wir alle Vorsorgeuntersuchungen bis zum Jugendalter verbindlich

in den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen aufnehmen.

• Wir wollen die Nationale Diabetes-Strategie und den Nationalen Aktionsplan IN FORM

im Bereich Familie, Kinderbetreuung und Schule weiter vorantreiben.

Modernes Familienrecht zum Wohl des Kindes

Wenn sich Eltern trennen, ändert sich für Kinder viel. Wir sind der Überzeugung, dass es für

Kinder in aller Regel am besten ist, wenn beide Elternteile gemeinsam Verantwortung für

Erziehung und Entwicklung übernehmen. Eine Trennung der Eltern darf kein

Beziehungsende für Kinder sein.

• Wir wollen die familienrechtlichen Vorschriften im Unterhalts-, Sorge- und Umgangs-

recht anpassen. Zentral ist dabei nach wie vor das Wohl des Kindes. Wir wollen eine Auf-

enthalts- und Betreuungsregelung, die in jedem Einzelfall bestmöglich das Kindeswohl

sicherstellt.

Kindern in Not helfen

Wenn Kinder zu Opfern von Gewalt werden, brauchen sie unsere gemeinsame Hilfe.

• Wir wollen Einrichtungen für die Erstversorgung von Kindern deutschlandweit etablie-

ren, die eine medizinische und psychologische Notfallversorgung mit der Aufnahme ju-

ristisch verwertbarer Befunde und gerichtsfesten Befragungen der Opfer kombinieren.

Wir wollen über ein Bundesprogramm – wie bei Frauenhäusern – eine Anschubfinanzie-

rung zum Beispiel für die Ausstattung gewähren.

• Mit dem Programm verbinden wir die aktuelle Justizreform zur Bekämpfung sexualisier-

ter Gewalt gegen Kinder mit einer umfassenden Opfererstversorgung – auch für Opfer

von nichtsexualisierter Gewalt

Politische Bildung in der Jugendarbeit fördern

Beteiligung schafft Akzeptanz für Politik und unser demokratisches System. Das gilt umso

mehr in einem Land, in dem Menschen mit unterschiedlichen Nationalitäten und

kulturellen Prägungen leben.

• Wir setzen uns für eine Stärkung der politischen Bildung und Wertekunde ein: Nur wer

weiß, wie Demokratie funktioniert, kann später auch demokratisch handeln.

Einsamkeit vermeiden

Millionen Menschen in Deutschland fühlen sich einsam, jüngere wie ältere. Der Kampf

gegen Einsamkeit ist in unserer älter werdenden Gesellschaft eine große Herausforderung.

• Wir wollen eine umfassende Strategie gegen Einsamkeit entwickeln, die Antworten da-

rauf gibt, was Alleinstehende brauchen, worauf Vereinsamung zurückgeht, wo es Defi-

zite gibt und wie diesen präventiv begegnet werden kann – in allen Bereichen und auf

allen Ebenen. Dazu werden wir die räumliche wie digitale Mobilität fördern.

• Wir werden ehrenamtliche Strukturen und Netzwerke wie die aufsuchende Nachbar-

schaftshilfe und Sozialarbeit leichter zugänglich machen und auch im Rahmen generati-

onenübergreifender Wohnformen stärken.

.. Gleichberechtigte Chancen für Frauen und Männer

Wir wollen eine moderne Gesellschaft, in der Frauen und Männer gleichberechtigt ihre

Kompetenzen und Stärken entfalten und ihren Interessen nachgehen können. Frauen und

Männer sollen gleichberechtigte Wertschätzung erfahren, wenn sie sich in der Familie, im

Beruf oder im Ehrenamt engagieren. Deshalb wollen wir die Situation von Frauen in allen

Politikfeldern in den Blick nehmen und dort nachsteuern, wo Rahmenbedingungen verbes-

sert werden müssen.

Chancengleichheit beim beruflichen Aufstieg gewährleisten

Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Chancengleichheit von Frauen und Männern war das

Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe an Führungspositionen in der Privatwirtschaft

und im öffentlichen Dienst. Wir wollen die Chancengleichheit weiter verbessern.

• Wir werden uns für mehr Familienfreundlichkeit auch in Führungspositionen einsetzen.

• Unser Ziel ist es, geschlechterspezifische Lohn- und Rentenlücken zu beseitigen. Wir

gehen die Unterschiede in der Altersvorsorge von Männern und Frauen genauso an wie

das nicht akzeptable Einkommensgefälle bei gleicher Arbeit. Wir werden die Wirkung des

Entgelttransparenz-Gesetzes weiter evaluieren und es, falls nötig, überarbeiten.

Frauen für MINT-Berufe begeistern und Karrieren in der Wissenschaft erleichtern

Junge Frauen sind heute so gut ausgebildet wie nie zuvor. Dennoch ergreifen

vergleichsweise wenige eine Ausbildung oder ein Studium im technisch-

naturwissenschaftlichen Bereich (MINT). Das soll sich ändern.

• Wir wollen daher weiter gemeinsam mit Wirtschaft und Wissenschaft dafür werben, dass

sich junge Menschen für naturwissenschaftlich-technische Berufe entscheiden. Hierzu

wollen wir ihnen Qualifizierungs- und Karrieremöglichkeiten aufzeigen und sie mit

Beratungsleistungen unterstützen.

• Wir unterstützen Kooperationen von Hochschulen mit kommunalen Einrichtungen bei

der Kinderbetreuung, um mehr junge Menschen für eine wissenschaftliche Karriere zu

gewinnen. Wir befürworten dabei flexible Öffnungszeiten am Abend und an den

Wochenenden.

• Wir setzen uns ein für familienfreundliche Anstellungsmodelle insbesondere in der

Postdoc-Phase.

.. Aufstieg durch Bildung

Damit jedes Kind seine individuellen Lebenschancen nutzen kann und das Zukunftsverspre-

chen Aufstieg durch Bildung Bestand hat, müssen alle ihren Beitrag leisten: fürsorgliche

und unterstützende Eltern, engagierte Erzieherinnen und Lehrkräfte, ermutigende und in-

spirierende Ausbilder und Professoren. Jedes Kind soll seinen Möglichkeiten entsprechend

von Anfang an gefördert werden, gerade auch in sozial schwierigen Lagen. Der Grundstein

für Aufstieg durch Bildung wird schon im frühen Kindesalter gelegt. Für uns gilt: Die Her-

kunft von Menschen darf nicht über ihre Zukunft entscheiden.

• Eltern und Kinder haben ein Recht auf eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung, die

verlässlich und dem Bedarf angemessen ist.

• Wir werden den Kita-Ausbau und die Weiterentwicklung der Qualität auch über

hinaus weiter fördern. Damit helfen wir Kindern in ihrer Entwicklung und unterstützen

Eltern bei der Vereinbarkeit von Familien und Beruf.

• Wir werden die Einrichtungen der frühen Bildung zu qualitativ hochwertigen Bildungsor-

ten weiterentwickeln und so einen zentralen Beitrag leisten, um Herkunft und Bildungs-

erfolg zu entkoppeln.

Sprachliche Bildung für alle Kinder fördern

Alle Kinder müssen ihre Bildungschancen von Anfang an ausschöpfen können. Kein Kind

darf zurückbleiben. Nur so können wir unser Versprechen „Aufstieg durch Bildung“ einlö-

sen.

• Wir werden den Erwerb der deutschen Sprache so früh wie möglich fördern, insbeson-

dere durch verbindliche, fortlaufende und standardisierte Diagnoseverfahren. Ab einem

Alter von drei Jahren kommen verbindliche Sprachstands-Tests mit qualitativ wirksamen

Sprachförderangeboten für alle Kinder hinzu.

• Dort, wo ein besonderer Sprachförderbedarf festgestellt wird, muss eine verpflichtende,

qualitativ wirksame und durchgehende Sprachförderung in einer Kindertagesstätte oder

Vorschule erteilt werden.

• Für jedes dieser Kinder soll ein individueller Sprachförderplan erstellt werden, der För-

derziele, Dauer und Umfang der konkreten Maßnahmen neben der durchgängigen, inte-

grierten Sprachförderung umfasst. Jedes Grundschulkind muss grundsätzlich vor seiner

Einschulung der deutschen Sprache mächtig sein, um dem Unterricht von der ersten

Klasse an folgen zu können.

• Wir unterstützen das Bundesprogramm „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur

Welt ist“ und wollen die sprachliche Bildung in diesem Bereich weiter fördern. Uns ist es

wichtig, dass wir Kinder mit sprachlichem Förderbedarf noch mehr in den Fokus nehmen.

Schulen in sozial schwierigen Lagen besonders stärken

Damit jedes Kind seine Chancen nutzen kann, wollen wir die Schulen vor allem in sozial

schwierigen Lagen weiter stärken.

• Die Bund-Länder-Initiative „Schule macht stark“ fördert beste Bildungschancen für so-

zial benachteiligte Schülerinnen und Schüler. Diese Initiative wollen wir stärken und so

weiterentwickeln, dass Schulen bestmöglichste individuelle Förderung anbieten können.

Nach Corona durchstarten

Viele Kinder und Jugendliche wurden in der Corona-Pandemie in ihrer Entwicklung beson-

ders beeinflusst. Vor allem die Lernschwächeren brauchen Aufmerksamkeit, damit sie Rück-

stände aufholen und ihre Lernmotivation zurückgewinnen können.

• Damit niemand zurückbleibt, haben wir ein Unterstützungsprogramm für die Jahre

und in Höhe von einer Milliarde Euro aufgelegt. Es gilt, sowohl ihre Lese- und

Sprachkompetenz als auch ihre Lesefreude zu stärken.

• Gemeinsam mit den Ländern und den Hochschulen rufen wir Lehramtsstudierende, Se-

niorlehrkräfte, Anbieter von Nachhilfeleistungen und Volkshochschulkräfte auf, schul-

begleitend sowie während der Ferien die Kinder und Jugendlichen zielgenau beim Auf-

holen zu unterstützen.

• Mit einer weiteren Milliarde Euro helfen wir Kindern und Jugendlichen, die sozialen und

psychischen Folgen der Corona-Pandemie zu bewältigen. Die Mittel investieren wir in

frühe Bildung, Ferienfreizeiten, Familienerholung und zusätzliche Sozialarbeit.

• Hinzu kommt eine Einmalzahlung in Höhe von Euro für Kinder aus Familien, die auf

Hartz IV angewiesen sind oder nur ein geringes Einkommen haben.

Digitale Bildung stärken

Es ist die Aufgabe unserer Bildungseinrichtungen, Kinder und Jugendliche zu selbstbe-

stimmten und verantwortungsbewussten Persönlichkeiten heranzubilden. Dazu benötigen

sie Fachwissen und Kompetenzen genauso wie Wertebewusstsein und Urteilskraft. Hinzu

kommen Team- und Kollaborationsfähigkeit, Resilienz, Kreativität, Forscher- und Gründer-

geist sowie problemlösungsorientiertes und kritisches Denken.

• Wir wollen, dass die Schülerinnen und Schüler das lebensbegleitende Lernen, insbeson-

dere die Fort- und Weiterbildung, als permanente, eigenverantwortlich wahrzuneh-

mende Aufgabe begreifen. Dazu gehört eine Lernumgebung, die ihre Kompetenzen för-

dert.

• Wir wollen, dass pädagogische Konzepte und die Ausbildung von Lehrerinnen und Leh-

rern weiterentwickelt werden. Digitale Kompetenz muss umfassend in den Unterricht

integriert werden. Wir wollen bundesweite Bildungskompetenzzentren mit dem Ziel auf-

bauen, lehrerbildende Hochschulen, Forschungsinstitute und Lehrerfortbildungseinrich-

tungen in den Ländern zu vernetzen und Erkenntnisse der Bildungsforschung direkt für

Lehrerbildung praktisch nutzbar zu machen. Die erfolgreich etablierte Qualitätsoffen-

sive Lehrerbildung soll, was die Inhalte betrifft, weiterentwickelt werden.

• Neben den Kulturtechniken Lesen, Schreiben und Rechnen benötigen die Schülerinnen

und Schüler digitale Kompetenzen. Diese umfassen ein technisches und informatisches

Grundverständnis ebenso wie Medienkompetenz. Dabei geht es insbesondere um die

Fähigkeit, Medien zu nutzen, Inhalte sowie die Funktionsweise von digitalen Technolo-

gien und künstlicher Intelligenz zu bewerten.

• Wir werden die politische Bildung in allen Jahrgangsstufen der allgemeinbildenden und

beruflichen Schulen stärken. Unsere rechtsstaatlich verfasste, freiheitliche, plurale und

repräsentative Demokratie ist nicht selbstverständlich. Sie muss stets aufs Neue erlernt,

gelebt und verteidigt werden. Dazu brauchen wir überzeugte Demokratinnen und De-

mokraten, die sich den komplexen Anforderungen der Welt im . Jahrhundert stellen.

• Soziale Netzwerke wie Facebook, Instagram oder TikTok senken die Hemmschwelle,

Mitschülerinnen und Mitschüler herabzuwürdigen oder zu bedrohen. Aufgabe von

Schule, Eltern und Gesellschaft ist es, aktiv gegen diese Formen des Cybermobbings und

Cyberbullyings vorzugehen.

Gleichwertigkeit der Bildungssysteme garantieren

Die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung ist uns ein Herzensanlie-

gen. Daher werden wir wieder mehr Gewicht auf die Ausbildung junger Menschen als Fach-

arbeiter und Handwerker legen, um dem Fachkräftemangel in diesen Bereichen wirksam zu

begegnen.

• Eine Karriere in der beruflichen Bildung muss als gleichwertige Alternative zum Studium

für jeden und jede erkennbar sein. Der Deutsche Qualifikationsrahmen (DQR) hat sich

als bildungspolitisches Transparenzinstrument bewährt.

• Duale Studiengänge leisten einen wichtigen Beitrag bei der Verknüpfung von beruflicher

und akademischer Qualifizierung. Wir wollen sie weiter ausbauen, vor allem in den Inge-

nieurwissenschaften, Informatik, Betriebswirtschaftslehre sowie in den Sozial- und Ge-

sundheitswissenschaften.

Nationale Bildungsplattform aufbauen

Im Transformationsprozess wächst die Bedeutung digitaler Lehr- und Lernangebote. Daher

wollen wir bestehende und neue digitale Bildungsplattformen zu einem bundesweiten und

europäisch anschlussfähigen Plattform-System verknüpfen.

• Die Plattform ist Kernstück eines neuen digitalen Bildungsraums für Deutschland und

einer Modernisierung der Bildung insgesamt. Es geht darum, allen Menschen – vom

Schulkind bis zum Rentner – den Zugang zu digital gestützten Bildungsangeboten zu er-

leichtern.

• Einen Schwerpunkt legen wir auf Weiterbildung und lebensbegleitendes Lernen. Es geht

um das passende Angebot, das alle schnell finden und sicher nutzen können.

• Für die Entwicklung von Prototypen, Curricula und didaktischen Konzepten stellen wir

in einem ersten Schritt Millionen Euro bereit.

Weiterbildungsförderung attraktiver gestalten

Der weitaus größte Teil der Weiterbildung findet heute während der bezahlten Arbeitszeit

statt. Unternehmen und Beschäftigte haben erkannt, dass dies für zukunftsfähige Arbeits-

plätze unerlässlich ist, vor allem mit Blick auf die Geschwindigkeit, in der sich der techno-

logische Wandel vollzieht.

• Um die Beschäftigten mit den benötigten Zukunftskompetenzen auszustatten, wollen

wir das Bundesprogramm Bildungsprämie ausbauen.

• Zudem unterstützen wir Unternehmen und Beschäftigte im Strukturwandel mit passge-

nauen Informations- und Beratungsangeboten zur Weiterbildung.

• Eine entsprechend vorausschauende Forschung zur Kompetenzentwicklung werden wir

fördern.

BAföG und Aufstiegs-BAföG modernisieren

Angesichts der sich rasch wandelnden Qualifikationsanforderungen kommt vor allem dem

lebensbegleitenden Lernen eine Schlüsselrolle zu.

• Wir wollen das BAföG flexibilisieren und zu einem Instrument der individuellen Förde-

rung des Lebensunterhalts von Bildung und Weiterbildung im Lebensverlauf weiterent-

wickeln.

• Wer nach dem Bachelor-Abschluss zunächst Berufserfahrungen sammelt und erst später

einen Master erwirbt, soll nach einer elternunabhängigen Einkommens- und Vermögen-

sprüfung künftig auch nach Vollendung des . Lebensjahres BAföG erhalten können.

Dazu erweitern wir den Zweck des BAföG um eine zweite Berufsausbildung und ersetzen

die bestehenden Altersgrenzen durch Höchstgrenzen.

• Die Rückzahlung des Darlehens sowie ein angemessener sozialer und wirtschaftlicher

Nutzen für den Zuschussanteil müssen vor Renteneintritt gegeben sein.

• Wir wollen das Aufstiegs-BAföG fortentwickeln. Dass sich Arbeitnehmerinnen und Ar-

beitnehmer sowie Selbstständige auch während ihres Berufs weiterqualifizieren können,

ist ein Schlüssel zur Chancengerechtigkeit sowie zur Gleichwertigkeit von beruflicher

und akademischer Bildung. Mit dem Aufstiegs-BAföG adressieren wir sowohl die Le-

benswirklichkeit jedes einzelnen Menschen – insbesondere junger Familien – als auch

die dynamische Entwicklung des Bildungswesens.

Vorfahrt für Alphabetisierungskurse

Erwachsene, die Schwierigkeiten beim Lesen und Schreiben haben, sind häufig in Familien

aufgewachsen, in denen nicht oder viel zu wenig vorgelesen wurde. Für sie bedeutet es eine

unüberwindbare Hürde, ihren Kindern bei den Hausaufgaben zu helfen oder die Packungs-

beilage eines Medikaments zu lesen.

• Wir sprechen uns dafür aus, dass allen Menschen ein Platz in einem Alphabetisierungs-

kurs angeboten werden muss. Unser Ziel ist ein Land, in dem jeder Einzelne lesen und

schreiben kann.

. Neuer Mut zur Innovation – aus Verantwortung für die Zukunft

Unser Unions-Versprechen: Wir schnüren ein Zukunftspaket für Deutschland, indem wir Inno-

vationen und neue Technologien konsequent fördern. Wir werden für eine neue Innovations-,

Forschungs- und Gründerkultur sorgen, auch indem wir diesen Zukunftsfragen einen nie ge-

kannten neuen Stellenwert in der neuen Bundesregierung einräumen.

Wir stehen dabei vor zwei Herausforderungen: Zum einen brauchen wir Innovationen und For-

schung mehr denn je, um im internationalen Wettbewerb um Märkte, Möglichkeiten und kluge

Köpfe weiter erfolgreich zu sein. Dazu gehört, dass wir es auch wieder schaffen, dass Ideen

„Made in Germany” auch zur Wertschöpfung „Make in Germany” führen.

Zum anderen entsteht Zukunft nicht allein durch Förderprogramme und Gesetzestexte, sondern

wir brauchen eine neue, starke Innovationskultur, in der gilt: Vorfahrt für Mut, Experimente,

neue Ideen und neue Gründungen! Und in der auch gilt: Keine Angst vor Fehlern. Innovationen

entstehen schließlich dann am besten, wenn der Staat sich nicht zu stark einmischt, sondern vor

allem für beste Rahmenbedingungen sorgt.

.. Strategische Forschungs- und Innovationspolitik für Deutschland

Globale Herausforderungen erfordern heute mehr denn je eine weitsichtige, verlässliche

Forschungs- und Innovationspolitik: Dank exponentiell gewachsener Rechenleistungen und

der globalen Vernetzung stehen wir vor einer Dekade technologischer Durchbrüche – in der

Medizin, der Ernährung, der Raumfahrt oder der Robotik. Wichtig ist uns dabei, dass wir die

Innovationen technologieoffen vorantreiben und das Potenzial der Wissenschaft voll nut-

zen, um die ganze Bandbreite an Möglichkeiten aufzuzeigen und zu erproben – immer unter

Wahrung unserer ethischen Verantwortung. Die neuen Chancen für wirtschaftliche Dyna-

mik, Wohlstand und sozialen Zusammenhalt müssen wir jetzt ergreifen. Es liegt an uns allen

– den Bürgerinnen und Bürgern, den Forschenden und den Unternehmen – die Chancen für

intelligentes Wachstum zu nutzen, Lösungen für die großen Herausforderungen zu entwi-

ckeln und umzusetzen.

• Zentral ist dabei unser Ziel, dass Wirtschaft und Staat bis , Prozent des Bruttoin-

landsprodukts für Forschung und Entwicklung aufwenden.

• Wir haben die steuerliche Forschungszulage während der Corona-Krise verdoppelt. Jetzt

werden wir noch einmal nachlegen und die Bemessungsgrundlage auf Millionen Euro

pro Unternehmen erneut verdoppeln – für Innovationskraft x .

• Deutschlands Ideen brauchen finanzielle Unterstützung, um daraus Innovationen im

Weltmaßstab zu machen. Um Investitionen in Technologie und Innovationen von klei-

nen- und mittelständischen Unternehmen in der Wachstumsphase zu fördern, wollen wir

die Anwendung eines Modells für Vorzugskapital (preferred equity) prüfen.

• Wir werden die Exzellenzstrategie fortführen und für erfolgreiche Cluster neue Möglich-

keiten der dauerhaften institutionellen Förderung schaffen. Wir bekennen uns zu einem

der wichtigsten Instrumente der Wissenschaftsförderung, dem Pakt für Forschung und

Innovation (PFI). Bund und Länder haben damit finanzielle Planungssicherheit für ein

stabiles Wachstum und eine positive Entwicklung der außeruniversitären Wissenschafts-

organisationen geschaffen.

• Wir nutzen dieses Instrument, um die Fraunhofer-Gesellschaft, die Helmholtz-Gemein-

schaft Deutscher Forschungszentren, die Leibniz-Gemeinschaft und die Max-Planck-Ge-

sellschaft gezielt zu unterstützen. Auf diese Weise stärken wir den Wissenschaftsstand-

ort Deutschland und verbessern seine internationale Wettbewerbsfähigkeit. Mit zusätz-

lichen Leistungskomponenten wollen wir exzellenten wissenschaftlichen Leistungen

noch mehr Anerkennung verleihen. Darüber hinaus wollen wir exzellente Universitäten

weiter kraftvoll unterstützen. Unser Ziel ist: mindestens eine deutsche Universität in die

Top der Welt zu bringen.

Projektförderung stärken

Wir wollen die themen- und technologieoffene Projektförderung stärken, die vor allem für

den Mittelstand wichtig ist.

• Dazu werden wir die bewährten Programme ausweiten, insbesondere das Zentrale In-

vestitionsprogramm Mittelstand (ZIM), die Industrielle Gemeinschaftsforschung (IGF)

und das Förderprogramm Innovationskompetenz INNO-KOM.

• Anstelle von Kostenzuschüssen wollen wir einen Teil der Förderung von den erzielten

und im Unternehmen verbliebenen Gewinnen abhängig machen. Damit verhindern wir

Fehlanreize. Denn für uns gilt: Das Ergebnis soll belohnt werden, nicht der Prozess.

Mission Quantencomputer „Made in Germany“ starten

Der sichere Umgang und die Verfügbarkeit von Quanten-Technologien der neuesten Gene-

ration bieten enorme Innovationspotenziale. Die Quantenkommunikation stellt einen

neuen Sicherheitsstandard für die digitale Kommunikation sowie die IT-Infrastruktur dar.

Quantenbasierter Kommunikation und Kryptografie gelingt es, sensible Daten bei Banken,

Versicherungen, im Gesundheitssystem und bei kritischen Infrastrukturen noch besser zu

schützen. In der Medizintechnik ermöglichen optimierte Abbildungsverfahren Fortschritte

beispielsweise in der Krebserkennung.

• Wir wollen bis in Deutschland einen konkurrenzfähigen Quantencomputer bauen.

Damit dieses Vorhaben gelingt, müssen Forschung und Wirtschaft eng zusammenarbei-

ten. Zugleich setzen wir auf Kooperationen mit anderen führenden EU-Staaten und tra-

gen so dazu bei, unsere technologische Souveränität im Bereich der Quantentechnolo-

gien zu sichern.

• Wir werden zusammen mit allen Partnern die Aus- und Weiterbildung zum Thema Quan-

tentechnologien voranbringen, indem frühzeitig Fachkenntnisse und Ausbildungsziele

mit Bezug zu industriellen Anwendungen erhoben werden.

• Deutschland soll internationaler Spitzenreiter bei Rechner- und Softwaretechnologien

bleiben und als Standort der Grundlagenforschung mit einem trans- und interdisziplinä-

ren Ansatz wachsen. Deshalb wollen wir Hoch- und Höchstleistungsrechnen (High Per-

formance Computing) weiter ausbauen.

Deutschland zur Hochburg für Künstliche Intelligenz und Blockchain-Technologie entwi-

ckeln

Mit der KI-Strategie haben wir die Grundlage geschaffen, um Deutschland und Europa an

die Weltspitze der Forschung und Anwendung von Künstlicher Intelligenz zu bringen. Dazu

fördern wir die Spitzenforschung in den KI-Kompetenzzentren und stärken die Entwicklung

von KI auf zentralen Anwendungsfeldern, wie der Arbeits-, Mobilitäts- oder Gesundheits-

forschung.

• Erfolgreiche KI ist auf die Verfügbarkeit von Rechenleistung angewiesen. Das gelingt

nur, wenn wir den Aufbau eigener Fähigkeiten für Forschung und Entwicklung sowie für

Fertigung von Mikroelektronik stärker forcieren. Dazu werden wir technologische Ent-

wicklung und Produktion strategisch verzahnt entwickeln und im Aufbau unterstützen.

• Wir werden gezielt neue KI-Professuren einrichten und den wissenschaftlichen Nach-

wuchs fördern, um die weltweit klügsten Köpfe an den KI-Forschungsstandort Deutsch-

land zu holen. Dazu wollen wir auch weitere KI-Campus mit attraktiven Bedingungen

schaffen. Dabei gilt es sicherzustellen, dass jedes im KI-Campus entwickelte Patent in

Deutschland bleibt. Damit schaffen wir die Grundlage für einen Innovationssprung bei

der KI.

• Wir wollen auch kleine und mittlere Unternehmen befähigen, Ergebnisse aus der KI-For-

schung besser zu nutzen. Dazu sollen KI-Lotsen die Unternehmen vor Ort aufsuchen und

bei der Entwicklung ihrer KI-Potenziale unterstützen.

• Wir haben bereits in der aktuellen Wahlperiode mit der Blockchain-Strategie gute

Grundlagen geschaffen, die wir weiterentwickeln werden. Dazu wollen wir weitere An-

wendungsmöglichkeiten für die Blockchain schaffen. Oftmals scheitern heute neue An-

wendungen an rechtlichen Hindernissen, obwohl es technologisch sinnvoll und effizient

wäre, Blockchain zu nutzen.

Zukunftstechnologie Raumfahrt fördern

Raumfahrt ist eine Schlüsselindustrie der Zukunft – gerade für die Digitalisierung unseres

Landes liegt im Orbit unseres Planeten ein großes Potenzial.

• In den kommenden Jahren werden kleine Satelliten bei der Erdbeobachtung, der Um-

welt- und Klimaforschung sowie bei allen Big Data-Projekten immer stärker zunehmen.

Wir unterstützen dabei das Copernikus-Programm. Als engagierte Weltraumnation set-

zen wir nicht nur auf etablierte Raumfahrtunternehmen aus Deutschland, sondern vor

allem auch auf den Aufbau eines Newspace-Ökosystems und den starken deutschen

Raumfahrtmittelstand.

• In den letzten Jahren ist eine deutsche Industrie für kleine Launcher (Raketen) entstan-

den. Wir wollen diesen Markt für unser Land erschließen. Dazu gehört staatliche Nach-

frage im Rahmen einer Kleinsatelliteninitiative, der Zugang zu allen EU- und ESA-Start-

programmen, Raumfahrtfonds im Rahmen des Zukunftsfonds und ein offener Wettbe-

werb für die europäischen Träger der nächsten Generation.

• Wir werden ein Weltraumgesetz beschließen, das gründer- und mittelstandsfreundlich

ist.

• Wir werden uns auf internationaler Ebene für eine nachhaltige Nutzung des Weltraums

einsetzen, um auch nächsten Generationen den Zugang zum All zu ermöglichen.

Reallabore ausbauen

Für neue Technologien und Innovationen, wie Künstliche Intelligenz, Bio-IT oder Quanten,

müssen passgenaue Rahmenbedingungen und Regulierungsansätze entwickelt und erprobt

werden.

• Hierzu wollen wir zusätzliche Kapazitäten für Experimentierräume und Reallabore be-

reitstellen, ihre Finanzierung und Bewerbung stärken und über die Energieforschung

hinaus auch andere Bereiche fördern.

Nationale Agentur für biomedizinische Forschung und Entwicklung gründen

Die jüngsten Erfolge in der Impfstoffentwicklung knüpfen an die Tradition von herausra-

genden deutschen Forschern und Nobelpreisträgern, wie Robert Koch und Paul Ehrlich, an.

Wir werden Deutschland wieder zu einer modernen Apotheke der Welt machen.

• Dazu wollen wir im Modernisierungsjahrzehnt bis eine nationale Agentur für bio-

medizinische Forschung und Entwicklung gründen, die dabei hilft, Wertschöpfungsket-

ten von der Forschung bis zum Markt für Therapien, Impfstoffe und Medikamente zu

bündeln und zu vernetzen.

• Wir beschleunigen Zulassungsprozesse und sorgen dafür, dass die Patienten deutlich

schneller von den Forschungserfolgen profitieren.

Biologie und Technik vereinen

Wenn Biowissenschaften und Informationstechnologien zusammenwirken, kann das be-

deutende Innovationen hervorbringen: neue Behandlungsmöglichkeiten in der personali-

sierten Medizin oder visionäre Projekte in der IT, wie die digitale Datenspeicherung in DNA

oder den D-Druck von biologischem Gewebe.

• Um den Transfer von der Forschung in die Anwendung zu beschleunigen, wollen wir ein

Bio-IT-Forschungszentrum aufbauen. Es soll Software, Methoden und Datenbestände in

Deutschland und Europa miteinander verbinden und die Forschung auf internationalem

Niveau vorantreiben.

• Im Bio-IT-Zentrum werden Grundlagenforschung, anwendungsnahe Technologieent-

wicklung und Wirtschaft zusammenarbeiten und so Bio-IT-relevante Cluster bilden, die

über erhebliches Industrie-Knowhow verfügen.

Das Potenzial sozialer Innovationen nutzen

Um Herausforderungen durch Urbanisierung, Alterung oder Zuwanderung zu bewältigen,

brauchen wir Offenheit für soziale Innovationen („Open Social Innovation“). Soziale Dienst-

leistungen wie Nachbarschaftshilfen und Beteiligungsplattformen zur Einbindung der An-

wohner können helfen, den Zusammenhalt zu stärken.

• Wir wollen das Ehrenamt mit der digitalen Welt zusammenbringen und setzen deshalb

auf ehrenamtliche Digitalbotschafterinnen und Digitalbotschafter. Sie geben ihre digi-

tale Expertise ehrenamtlich weiter und tragen so mit dazu bei, dass die Digitalisierung in

der Breite der Gesellschaft im Alltag ankommt.

• Wir werden die Hightech-Strategie durch eine soziale Innovationsstrategie ergänzen,

um soziale und technologische Innovationen besser miteinander zu verzahnen.

• Entsprechend werden wir Finanzierungsinstrumente, wie das EXIST-Gründerprogramm,

den High-Tech Gründerfonds oder den INVEST-Zuschuss für Sozialunternehmen öffnen,

auf ihre Besonderheiten abstimmen sowie zusätzliche Vernetzungs- und Beratungsan-

gebote bereitstellen.

Mehr Tempo und Freiräume für SPRIND schaffen

Mit der Förderung von Sprunginnovationen, also der Entwicklung bahnbrechender neuer

Technologien, wollen wir Deutschland an die Weltspitze heranführen.

• Wir werden die gegründete Agentur für Sprunginnovationen (SPRIND) ressortun-

abhängig aufstellen und zu einem Reallabor ausbauen – mit flexiblen und agilen Instru-

menten zur Identifizierung, Entwicklung und Finanzierung von vielversprechenden Inno-

vationsprojekten.

• Wir werden einen Globalhaushalt garantieren, die Agentur aus dem Gehaltsgefüge des

öffentlichen Dienstes entlassen, von Vergaberegelungen in der Projektfinanzierung be-

freien und ermöglichen, Projekte in der vorwettbewerblichen Frühphase vollumfänglich

zu fördern und sich an ihnen als Minderheitsgesellschafterin zu beteiligen.

Wissensintensive Gründungen mit dem Innovationsfreiheitsgesetz erleichtern

Die Wissenschaft trägt mit ihrem Transfer von Ideen und Erfindungen in die Wirtschaft zur

Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands bei. Daher wollen wir gelungenen

Transfer als Kategorie guter Wissenschaft etablieren.

• Wir werden Technologiebiotope schaffen, die die weltweit besten Köpfe und innovativs-

ten Unternehmen anziehen und aus sich selbst heraus durch Exzellenz, gelebter Grün-

derkultur und Innovationen weltweit sichtbar wachsen. Hierfür garantieren wir Hand-

lungsfreiheit und eine verlässliche Grundfinanzierung, die weltweit einmalig sind.

• Wir werden die konkreten Bedingungen für Ausgründungen verbessern: Mit einem In-

novationsfreiheitsgesetz wollen wir für Gründerinnen und Gründer aus Wissenschafts-

einrichtungen und Hochschulen bürokratische Hürden abbauen, vor allem im Beihilfe-

und Gemeinnützigkeitsrecht. Unterstützungsleistungen in der Phase vor der Gründung

könnten so gemeinnützig durchgeführt werden, darunter Beratungsleistungen, Nutzung

der Infrastruktur und die Erstellung von Machbarkeitsnachweisen.

• Wir werden bürokratische Innovationsbarrieren überwinden, hierzu eine agile und funk-

tionale Administration aufstellen und in der Bundesregierung ein modernes Prozessma-

nagement etablieren, um Silodenken zu vermeiden.

Forschungskerne stärken und Schlüsseltechnologien schützen

Wir wollen Ansiedlungen von Forschungseinrichtungen, auch aus der Wirtschaft und in Ost-

deutschland, weiter fördern. Grundlagenforschung und anwendungsorientierte Forschung

verdienen gleichermaßen unser Augenmerk.

• Wir werden Forschungsverbünde weiter finanziell unterstützen und Exzellenz stärken.

• Das gilt vor allem für Schnittstellen für den Wissenstransfer aus Hochschulen und For-

schungseinrichtungen. Ausgründungen und Scale-ups wollen wir gezielt finanziell und

rechtlich erleichtern.

• EU-Restriktionen beim Transfer von Wissenschaft zur industriellen Anwendung wollen

wir überwinden.

• Um unser Wissen zu schützen, brauchen wir klare Regeln für Investoren aus Drittstaaten.

Wir müssen uns entschlossen den Versuchen zu feindlichen Übernahmen von Patenten

und Lizenzen deutscher Unternehmen entgegenstellen.

.. Die besten Köpfe für unser Land

Attraktivitätsoffensive für die klügsten Köpfe aufsetzen

Wir werden die Programme zur gezielten Ansprache und Gewinnung von herausragenden

internationalen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern weiter ausbauen.

• Wir unterstützen den Vorschlag auf europäischer Ebene, ein neues Tech-Visums-Pro-

gramm für hochqualifizierte Fachkräfte aufzusetzen, um die besten Köpfe der Welt ein-

facher nach Europa zu holen.

• Wir werden die Förderung der Alexander-von-Humboldt-Stiftung (AvH), der Deutschen

Forschungsgemeinschaft (DFG) und des Deutschen Akademischen Austauschdienstes

(DAAD) ausbauen. Die Deutschen Schulen im Ausland werden wir in ihrer Arbeit stärken.

•

Internationalen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern wollen wir insbesondere

nach der Promotion bessere Karriere- und Bleibeperspektiven in Deutschland bieten.

Dazu müssen wir auch den Mut haben, bestehende Strukturen zu ändern und mehr Fle-

xibilität zu ermöglichen als bisher.

•

Herausragende Spitzenwissenschaftler und Innovationsträger wollen wir in unserem

Land mit attraktiven Bedingungen halten.

•

Exzellente Forscherinnen und Forscher müssen über Senior Research-Programme die

Möglichkeit haben – unabhängig von Ruhestandsgrenzen – ihr Potential in Deutschland

weiter zur Geltung zu bringen.

• Wir wollen die Wissenschaftskommunikation durch mehr Weiterbildungsangebote für

Forschende ebenso wie Bürgerwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler (Citizen Sci-

ence Formate) stärken.

Gründergeist wecken

Die erfolgreichen Unternehmen von morgen müssen bereits heute bei uns gegründet wer-

den – das hat Deutschland stark gemacht. Gründerinnen und Gründer schaffen mit neuen

Ideen neue Arbeitsplätze und neuen Wohlstand. Das Modernisierungsjahrzehnt soll daher

auch ein Gründungsjahrzehnt werden. werden wir als Startschuss zum Deutschen

Gründerjahr machen. Dazu gehört die Kultur einer zweiten Chance, denn Gründungen kön-

nen auch fehlschlagen. Wir wollen einen neuen Gründergeist von klein auf befördern und

mehr Frauen zu Gründungen ermutigen.

• Wir werden Unternehmensgründungen innerhalb von Stunden online ermöglichen

und dabei die Sicherheit im Rechtsverkehr wahren. Wir schaffen die besten Bedingungen

für unsere Macherinnen und Macher.

• Wir haben bereits den Meilenstein Zukunftsfonds I auf den Weg gebracht, der mindes-

tens Milliarden Euro mobilisieren wird. Wir benötigen jetzt einen Rahmen, der grö-

ßere europäische Investitionen ermöglicht. Daher wollen wir den Zukunftsfonds auswei-

ten. Dazu gehört auch der Ausbau von Wagniskapital- bzw. Beteiligungsfinanzierungen

für technologieorientierte Jungunternehmen.

• Die steuerlichen und administrativen Hürden für die Niederlassung großer Venture Ca-

pital Fonds in Deutschland werden wir abbauen. Gleichzeitig wollen wir die Anlagebe-

dingungen für Versicherungsunternehmen und Pensionsfonds so verändern, dass sie

sich stärker in Wagniskapital- und Beteiligungsfinanzierung engagieren können.

• Unser Ziel ist, dass Beteiligungen an Startups erst dann besteuert werden, wenn aus den

Beteiligungen Gewinne erzielt oder die Anteile veräußert werden. Wir wollen auch die

Praktikabilität der Übertragung von Anteilen an Mitarbeiter deutlich verbessern. Dafür

wollen wir eine eigene Anteilsklasse schaffen. Für die Weltspitze braucht es kluge und

innovative Köpfe aus dem In- und Ausland. Die Beteiligung am Unternehmen ist in vielen

Startups ein wichtiger Teil der Mitarbeiterbindung.

• Wir setzen uns dafür ein, dass die Europäische Union die Rahmenbedingungen für den

Digitalen Binnenmarkt weiter verbessert und Netzwerke schafft, um jungen Unterneh-

men die Skalierung ihrer Geschäftsmodelle zu erleichtern.

Nachfolge im Betrieb einfacher regeln

Nachfolgeregelungen sind für uns wesentlicher Bestandteil der Gründungspolitik. Wir wol-

len mittelständische und familiär geführte Unternehmen, gerade im Handwerk, bei Be-

triebsübergaben unterstützen.

• Dazu wollen wir bürokratische und gesetzliche Hürden reduzieren, Betriebsnutzungsge-

nehmigungen erleichtern und die Weiternutzung von Kundendaten nach Betriebsüber-

nahme vereinfachen.

• Um den Erwerb der Unternehmensanteile durch eigene Mitarbeiter des Unternehmens

zu erleichtern, ist die Mitarbeiterkapitalbeteiligung ein wichtiger Baustein. Die Finanz-

behörden sollten bei Beteiligungen die üblichen Bewertungsverfahren anwenden und

realistische Marktpreise ermitteln.

• Wir wollen auch Steuerentlastungen bei Unternehmensübergaben prüfen. Die Unter-

nehmensbörse nexxt-change wollen wir als Instrument für Nachfolger und Übergeber

optimieren, sodass es zu keiner kostenpflichtigen Vermittlung oder Beratungsaufträgen

kommt.

. Digitale Transformationsoffensive

Die digitale Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft bietet enorme Chancen –

wenn wir sie aktiv gestalten. Digitalisierung darf nicht als Ziel, sondern muss als Instrument

verstanden werden, den Wohlstand in Deutschland und Europa zu bewahren und zu stei-

gern.

Plattformen als Kern der digitalen Wirtschaft befördern

Digitale Plattformen sind ein zentraler Baustein der digitalen Wirtschaft, weil sie als

Schnittstellen fungieren und Wachstum befördern. Darum tragen sie eine besondere Ver-

antwortung für den Wettbewerb. Mit dem Digitalisierungs-GWB haben wir als erstes Land

der Welt einen neuen, zukunftsfähigen Rechtsrahmen geschaffen, der Tech-Giganten in die

Schranken weist und gleiche Wettbewerbsbedingungen herstellt. Damit sichern wir den fai-

ren Wettbewerb, die Innovationskraft unserer Unternehmen und die Wahlfreiheit der Ver-

braucher in der Digitalwirtschaft. Dies wollen wir auch auf EU-Ebene über den Digital Ser-

vices Act und den Digital Markets Act gewährleisten.

• Wir treten dabei für eine Gesetzgebung ein, die nutzerzentriert ist, kleinen und mittleren

Unternehmen faire Bedingungen im digitalen Wettbewerb garantiert und Raum für In-

novationen schafft.

• Wir werden den Rechtsrahmen für digitale Dienste mit besonderem Blick für die Platt-

formökonomie weiterentwickeln. Ziel ist, die besten Bedingungen für die Bereitstellung

innovativer digitaler Dienste in Europa zu schaffen und einen Beitrag zur Online-Sicher-

heit und zum Schutz der Grundrechte zu leisten. Außerdem wollen wir eine solide und

dauerhafte Verwaltungsstruktur für die wirksame Beaufsichtigung der Anbieter von Ver-

mittlungsdiensten aufbauen. Dazu brauchen wir klare Verantwortlichkeiten, eine Re-

chenschafts- und Sorgfaltspflicht, einschließlich Melde- und Abhilfeverfahren für illegale

Inhalte.

• Sehr große Online-Plattformen haben besondere Auswirkungen auf unsere Wirtschaft

und Gesellschaft. Sie müssen daher noch transparenter sein und geeignete Risikoma-

nagement-Instrumente entwickeln, um die Integrität ihrer Dienste vor manipulativen

Techniken zu schützen. Möglichkeiten zur Verpflichtung von Interoperabilität oder dem

Teilen von Daten mit kleineren Wettbewerbern müssen ebenfalls geprüft werden.

Digitale Souveränität sicherstellen

Freiheit und Selbstbestimmtheit sind Grundsätze unserer freiheitlich-demokratischen

Grundordnung. Die Souveränität des Einzelnen und die Souveränität des Staates sind

Grundlage für die starke Position Deutschlands und Europas in der Welt und für unseren

Wohlstand. Wir müssen diese Souveränität auch digital sicherstellen und zu einem Parame-

ter unseres digitalpolitischen Handelns machen. Für uns bedeutet digitale Souveränität

nicht Abschottung.

• Wir brauchen eine kluge Balance aus Maßnahmen für mehr digitale Autonomie und dem

Management verschiedener internationaler Handlungsoptionen, um die Risiken der di-

gitalen Abhängigkeit beherrschbar zu machen.

• Wir setzen uns dabei für einen vitalen Marktort Europa ein, der seine globale Stärke

nutzt, um technologische Weltstandards zu setzen und unsere digitalen Leistungen zu

befördern – wie beispielsweise „AI made in Europe“.

• Um selbstbestimmt handlungsfähig zu bleiben, braucht Europa auch ganz konkret wie-

der eigene Hard- und Softwarehersteller, die weltweit wettbewerbsfähig sind. Anbieter-

vielfalt schützt am besten vor Abhängigkeiten. Vertrauenswürdige Technologien ent-

scheiden dabei über den Erfolg.

Bundesministerium für digitale Innovationen und Transformation schaffen

Damit unser Land effizient die digitalen und technologischen Herausforderungen bewältigt

und die Modernisierung des Staates zentral koordiniert wird, werden wir ein eigenes Bun-

desministerium schaffen.

• Es soll eine Umsetzungseinheit für konkrete digitalpolitische Projekte sein, wie beispiels-

weise für die Corona-App oder den elektronischen Personalausweis.

• Es soll die zentrale politische Steuerungsstelle für Innovationen und Digitalisierung wer-

den, die die Modernisierung des Staates und der Verwaltung vorantreiben und eine Vor-

bild- und Testfeldrolle innerhalb der Bundesregierung durch den Einsatz neuer Arbeits-

methoden und Technologien einnehmen.

Datenschutz und Datenschatz modern denken

Datenschutz und Datenschatz sind keine Gegensätze für uns, im Gegenteil: Wir wollen bei-

des modern und auf Höhe der Zeit denken. Noch wird das Potenzial von Daten nicht aus-

reichend ausgeschöpft – ob im Gesundheitsbereich, bei der Mobilität oder in der Verwal-

tung. Damit Daten wirklich zum Treiber für Innovation werden, müssen Dateninfrastruktu-

ren leistungsfähiger, die Datennutzung umfassender und der Datenaustausch intensiver

werden. Dabei sind Datensicherheit und Datenschutz Grundpfeiler zur Sicherung von Ver-

trauen in digitale Lösungen. Datenschutz ist allerdings kein „Super-Grundrecht“. Eine über-

triebene Auslegung von Datenschutzanforderungen darf nicht dazu führen, Innovationen

zu hemmen und Verfahren bürokratisch zu verlangsamen.

• Wir wollen Rechtsunklarheiten beseitigen und Behördenstrukturen straffen. Wir werden

die Datenschutzaufsicht in Deutschland harmonisieren. Es muss die Möglichkeit zu einer

verbindlichen Auskunft geben. Dabei soll das Prinzip gelten: Einer genehmigt für alle –

analog zum Medienrecht zur Lizensierung von Fernsehsendern.

• Wir werden uns dafür einsetzen, dass eine bessere Abstimmung und eine vergleichbare

Auslegung auf europäischer Ebene erfolgt.

• Grundsätzliche Fragen sollen einmalig und EU-weit verbindlich auf europäischer Ebene

entschieden werden. Darüber hinaus sollen rein nationale Fragen ebenfalls einheitlich

und rechtsverbindlich auf nationaler Ebene entschieden werden. Dazu wollen wir die Zu-

sammenarbeit der Behörden verbessern.

. Neue Leistungsfähigkeit für einen modernen Staat – zum Wohl der

Bürgerinnen und Bürger

Unser Unions-Versprechen: Wir werden für einen verlässlichen, leistungsfähigen Staat sorgen

und die Verwaltung einfacher und nutzerfreundlicher machen. Wir werden mit einem neuen

Geist an Probleme herangehen, um sie im Sinne der Bürgerinnen und Bürger zu lösen. Unsere

Problemlösung wird pragmatisch und unbürokratisch sein. CDU und CSU stehen gemeinsam für

neues Machen und neuen Mut anstatt wie andere von Regelungen und Gesetzen zu träumen.

Staat und Verwaltung sind allzu oft nicht mehr auf der Höhe der Zeit: zu analog, zu bürokra-

tisch, zu langsam, zu wenig vernetzt und zu misstrauisch. Deutschland lähmt sich selbst und

droht, den Anschluss zu verlieren.

Die Pandemie hat schonungslos aufgezeigt, wo in unserem Land staatliche Strukturen besser

werden müssen. Unser Staat braucht einen strukturellen Modernisierungsschub. Wir müssen vor

allem die Chancen der Digitalisierung nutzen, um Verwaltungsverfahren für die Bürgerinnen

und Bürger einfacher, unkomplizierter und kürzer zu gestalten. Unser Staat muss einfacher,

schneller, digitaler und krisenfester werden. Der Staat geht uns alle an, das sind nicht „die Be-

amten“ oder „die da oben“. Der Staat ist das organisierte „Wir“. Daher wollen wir die Bürger

ermutigen, mitzumachen bei dieser Modernisierung. Mit neuem Geist und neuem Schwung wol-

len wir das angehen, zusammen mit Ländern und Kommunen. Und gemeinsam mit den Ideen

und dem Engagement der Mitarbeiterinnen und der Mitarbeiter im öffentlichen Dienst.

Wir wollen einen Staat, dem Bürger vertrauen und der sein Schutzversprechen auch in schwieri-

gen Situationen einlöst. Die Bewältigung der Corona-Krise hat die Stärken, aber auch die Schwä-

chen im Zusammenwirken der beteiligten Institutionen verdeutlicht. Deshalb wollen wir die ge-

wonnenen Erkenntnisse nutzen, um Aufgaben und Strukturen im Bevölkerungsschutz zu moder-

nisieren und weiterzuentwickeln.

.. Modernisierungsjahrzehnt für den Staat

Wir stellen die Abläufe auf allen Ebenen auf den Prüfstand, damit unser Staat auf der Höhe

der Zeit ist. Wir wollen eine aufgabengerechte Staatsorganisation mit klaren Verantwort-

lichkeiten, effizienten Verwaltungsstrukturen und schnelleren Verfahren. Zudem arbeiten

wir für eine umfassende Digitalisierung der Verwaltung, einen modernen, offenen und

durchlässigen öffentlichen Dienst und eine Innovationskultur, die neue Ideen zulässt. Dazu

gehört eine moderne und innovative Verwaltungskultur: sie setzt auf Eigenverantwortung

und Vertrauen.

Verwaltung modernisieren

Wir wollen einen Staat, der den Menschen pragmatisch und unbürokratisch Chancen eröff-

net.

• Wir brauchen eine Beschleunigung und Verkürzung der Verwaltungsprozesse. Bund,

Länder und Kommunen müssen zusammenarbeiten und gemeinsam offene Standards

und Schnittstellen als Grundlage für eine Verwaltungsinfrastruktur schaffen, damit Be-

hörden besser miteinander kommunizieren können. Grundsätzlich gilt: digitale Vorfahrt!

Alles, was digital werden kann, soll digital werden. Alles, was standardisiert werden kann,

soll standardisiert werden.

• Bund, Länder und Kommunen machen aktuell mit dem Onlinezugangsgesetz alle Leis-

tungen der Verwaltung für den Bürger online zugänglich – ein guter Schritt, der weiter

konsequent beschleunigt werden muss und natürlich auch Unternehmen im Austausch

mit der Verwaltung entlasten muss. Wir werden daher das digitale Unternehmenskonto

weiter ausrollen und einem bundesweiten Praxistest unterziehen. Je schneller wir den

Unternehmen die Verwaltungsdienstleistungen digital und über einen zentralen Zugang

zugänglich machen können, desto besser. Deshalb wollen wir eine Unternehmensplatt-

form Deutschland als „Single Point of Contact“ für alle wirtschaftsrelevanten Verwal-

tungsleistungen der föderalen Ebenen zur Verfügung stellen.

• Wir werden alle internen Verwaltungsvorgänge digitalisieren und beschleunigen. Dazu

muss das Recht konsequent vereinfacht und auf die digitale Verwaltung ausgerichtet

werden. Das digitale Verwaltungsverfahren muss zum Regelfall werden. Analoge, papier-

gebundene Prozesse sind – soweit überhaupt noch erforderlich – als Ausnahmefälle zu

gestalten.

• Wir werden außerdem alle Schriftformerfordernisse konsequent beseitigen.

• Neue Angebote dürfen nicht nur in einzelnen (Pilot-)Kommunen oder Ländern langsam

ausgerollt werden, sondern müssen schnellstmöglich in die Fläche. Zugleich werden wir

dafür sorgen, dass auch Menschen ohne tiefere digitale Kenntnisse weiterhin alle Ver-

waltungsdienstleistungen problemlos in Anspruch nehmen können.

• Der Ansatz, über den FIT-Store der Föderalen IT-Kooperation (FITKO) einen App-Store

umzusetzen, muss noch konsequenter verfolgt werden. Wir werden daher zur Bereitstel-

lung der notwendigen Anwendungen einen App-Store für die Verwaltung mit digitalen

Lösungen für Aufgaben der Verwaltung von der Kommune bis zum Bund schaffen – von

der digitalen Reisekostenabrechnung bis zur Chatbot-Software. Wenn sich eine Lösung

in einer Kommune als besonders effektiv herausstellt, können auch andere Verwaltun-

gen sie einfach herunterladen. Um dies sicherzustellen, wird die gesamtstaatliche Nut-

zung in allen Verträgen gewährleistet.

• Der digitale Staat soll darüber hinaus Treiber von offenen Standards in der Wirtschaft

und in seiner eigenen Verwaltung sein. Wir stehen zum Konzept des offenen Regierungs-

und Verwaltungshandelns (Open Government) und wollen – wo immer möglich – Offene

Daten (Open Data) und quelloffene Lösungen zum Einsatz bringen. Offene Standards

und allgemeine Schnittstellen werden deshalb als Vergabekriterien bei öffentlichen Aus-

schreibungen stärker berücksichtigt. So ermöglichen wir mehr Wettbewerb, damit die

Auftragsvergabe kleinteiliger werden kann. Das fördert Transparenz und kann vor allem

kleinen und mittleren Unternehmen sowie Startups nutzen.

Planungen, Genehmigungen und Vergaben beschleunigen

Wir wollen Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen, um auf die Herausfor-

derungen der Zukunft schnell und adäquat zu reagieren.

• Wir stellen die Bündelung der Planungsverfahren und derjenigen, die die Planverfahren

tatsächlich durchführen, in den Mittelpunkt der Beschleunigungsanstrengungen eines

neuen Planungsmodernisierungsgesetzes.

• Wir werden auch auf EU-Ebene für eine Beschleunigung der Planungsverfahren eintreten

und im Rahmen der Aarhus-Konvention dafür eintreten, schnelle Planungsverfahren zu

ermöglichen.

• Wir werden Beschaffungs- und Vergabeprozesse vereinfachen und im Rahmen der EU-

Vorgaben regionale Wertschöpfung vor Ort erleichtern. Krisenbedingt wurde das Verga-

berecht temporär vereinfacht, etwa durch eine Verkürzung der Fristen bei EU-Vergabe-

verfahren oder einer Anpassung der Schwellenwerte für beschränkte Ausschreibungen

und freihändige Vergaben in Deutschland. Erleichterungen bei Vergabeverfahren sollten

kein Alleinstellungsmerkmal konjunktureller Hilfsmaßnahmen sein, sondern in Dauer-

recht überführt werden.

• Darüber hinaus ist eine grundsätzliche Entbürokratisierung und Digitalisierung dieser

Prozesse dringend geboten. Öffentliche Fördermaßnahmen müssen schneller in kon-

krete Investitionsprojekte umgesetzt werden.

• Die Stärkung der regionalen und der örtlichen Wirtschaft muss bei vergleichbarer Leis-

tung und angemessenem Preis als ein Kriterium der Auftragsvergabe zugelassen werden.

Interkommunale Zusammenarbeit werden wir stärken, indem wir uns für eine kommu-

nalfreundliche Auslegung im Vergabe- und Umsatzsteuerrecht einsetzen.

Föderalismus erhalten – Strukturen modernisieren

Zur strukturellen Modernisierung unseres Staates gehört aber auch ein moderner Födera-

lismus. Bürgernahe Verwaltung und gleichwertige Lebensverhältnisse dürfen kein Gegen-

satz sein. Gleichzeitig bietet der Föderalismus die Möglichkeit eines Wettbewerbs um die

besten Konzepte. Das macht ihn stark – auch im internationalen Vergleich.

• In einer Föderalismusreform werden wir einen neuen Zukunftspakt zwischen Bund, Län-

dern und Kommunen schmieden. Wir werden alles auf den Prüfstand stellen, eine Ana-

lyse der staatlichen Aufgaben erstellen und den Grundsatz der Subsidiarität konsequent

anwenden.

• Der Föderalismus muss passgenaue Lösungen vor Ort bieten, die Vielfalt unseres Landes

widerspiegeln und gleichzeitig effizient sein. Dazu brauchen wir neue Kooperationsfor-

men zwischen den Ländern, um Herausforderungen wie die Digitalisierung der Bildung

besser zu meistern als bisher.

•

Uns leitet das demokratische Prinzip klarer Verantwortlichkeit: Die Bürgerinnen und

Bürger müssen wissen, wer wofür in unserem Staat Verantwortung trägt. Dazu werden

wir die Finanzenbeziehungen von Bund, Länder und Kommunen zeitgemäß ordnen und

eine aufgabengerechte Finanzverteilung festlegen. Wir wollen Mischfinanzierung künf-

tig vermeiden und mögliche Nachteile für die Länder und Kommunen im Gegenzug ent-

sprechend durch einen höheren Umsatzsteueranteil ausgleichen. Dabei verfahren wir

nach dem Grundsatz: Das Geld folgt der Aufgabe.

• Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass Städte und Gemeinden aus eigener Kraft

die unterschiedlichen Herausforderungen vor Ort bewältigen können. Dazu brauchen

Kommunen verlässliche Finanzierungsquellen, die neuen bürokratieintensiven Förder-

programmen grundsätzlich vorzuziehen sind. Wir werden die kommunal relevanten För-

derprogramme zusammenfassen und auf einer Online-Plattform bündeln, damit sie dort

einfacher beantragt und abgewickelt werden können.

• Wir brauchen dazu gemeinsame Standards und geeignete Schnittstellen. Es geht nicht

darum, ein Produkt vorzugeben oder bundesweit durchzusetzen. Vielmehr müssen künf-

tig vorhandene Standards stärker genutzt bzw. bei Bedarf passende Standards und

Schnittstellen gemeinsam entwickelt werden.

•

Auch neue organisatorische Vereinbarungen müssen getroffen werden. Der IT-Pla-

nungsrat hat mit der FITKO (Föderale IT-Kooperation) eine kleine, agile Organisation ge-

schaffen. Sie sollte personell und technisch gestärkt werden, sofern erforderlich.

•

In den Kernzuständigkeiten der Länder brauchen wir neue Kooperationsformen zwi-

schen den Ländern und eine engere Abstimmung. Bestehende Möglichkeiten der Koope-

ration zwischen den Ländern müssen stärker genutzt werden, um gemeinsame inhaltli-

che Standards nicht nur im IT-Bereich, sondern auch darüber hinaus zu definieren, das

gilt insbesondere auch für den Abbau von Bürokratie.

Neue gesetzgeberische Zurückhaltung walten lassen

Es gibt in Deutschland eine Neigung, jeden Lebenssachverhalt, jedes neue Problem mit ei-

nem Gesetz regeln zu wollen. Davon müssen wir uns freimachen. Für jedes einzelne Gesetz

mag es gute Gründe geben, in der Summe ist es zu viel. Weniger Gesetze bedeutet: mehr

Zeit für die Bundesministerien zur raschen Umsetzung und mehr Raum für den Deutschen

Bundestag zur politischen Gestaltung und Kontrolle der Regierung.

• In der . Wahlperiode wird der Bundestag etwa Gesetze beschlossen haben. In der

kommenden Wahlperiode wollen wir die Anzahl der Gesetze um Prozent reduzieren.

Auf EU-Ebene setzen wir uns ebenso dafür ein, weniger, dafür gezielter zu regulieren.

• Die Bürgerinnen und Bürger erwarten, dass beschlossene Gesetze schnell und gut um-

gesetzt werden, dass beschlossenes Geld zügig ankommt oder investiert wird. Hier wol-

len wir deutlich besser werden, damit Investitionsmittel nicht mehr herumliegen, son-

dern auch tatsächlich ausgegeben werden. Im Deutschen Bundestag werden wir einmal

pro Jahr in einer Umsetzungswoche den Fortschritt und die Wirkung unserer Gesetzge-

bung transparent machen.

• Wir wollen, dass sich die neue Bundesregierung stärker an Zielen und Kennzahlen bei

der Erfolgskontrolle orientiert, damit das Neue auch tatsächlich bei Bürgerinnen und

Bürgern ankommt.

• Nahezu alle Gesetze verlangen etwas von Bürgern, Behörden oder Unternehmen. Die

dazu notwendige Kommunikation, also der Austausch von Informationen und Unterla-

gen, muss digital erledigt werden können – beispielsweise zwischen den Behörden, wenn

es um die Ausstellung von Dokumenten wie dem Reisepass geht, oder wenn ein Bürger

Informationen an die Rentenversicherung senden muss. Die Digitalisierungstauglichkeit

von Gesetzen muss am Anfang stehen. Wir werden einen Digital-TÜV vor die Gesetzes-

beratung setzen. Die zentrale Koordination dafür wird das neue Digitalministerium über-

nehmen.

.. Die Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt

Wir wollen den Staat und seine Verwaltung neu denken, und zwar vom Bürger und seinen

Lebenslagen her, nicht von den Prozessen und Strukturen der staatlichen Behörden. Digital

ist dabei das neue Normal. Wir werden einen Rechtsanspruch der Bürgerinnen und Bürger

auf eine digitale Bürgeridentität (e-ID) schaffen. Diese soll vorhandene Zuordnungen, wie

die Steuer-ID oder die Sozialversicherungsnummer, zusammenführen und auf allen Ebenen

staatlicher Verwaltung genutzt werden können.

Die Digitalisierung von Verwaltungsleistungen soll es Bürgern und Unternehmen so einfach

und nutzerfreundlich wie möglich machen, mit der Verwaltung zu interagieren, Anträge zu

stellen und Entscheidungen zu erhalten.

Bürgerservice „aus einer Hand“ bieten

Wer eine Dienstleistung der Verwaltung beantragt, soll alle Formalitäten und Verfahren an

einer einzigen Stelle, dem sogenannten Einheitlichen Ansprechpartner, erledigen können.

• Wir werden dafür sorgen, dass erforderliche Informationen von Bürgern oder Unterneh-

men nur einmal erhoben werden und dann nur an einer einzigen Stelle in dem jeweils

zuständigen Register notiert und auch nur dort aktualisiert werden. Die beschlossene

Registermodernisierung setzen wir dazu mit Nachdruck um.

• Mit automatisierten Entscheidungen werden wir diejenigen Verfahren beschleunigen,

bei denen es kaum Ermessensspielräume gibt: Wer ein Kind bekommen hat, bekommt

Kindergeld. Wer umgezogen ist, bekommt eine neue Meldebescheinigung. Verwaltungs-

prozesse, für die die Bürger heute noch verschiedene Anträge stellen oder mehrfach In-

formationen bereitstellen müssen, werden in automatisierter Abfolge geschehen, sobald

beispielsweise die Geburt eines Kindes gemeldet wurde.

• Unser längerfristiges Ziel ist es, dass Sozialleistungen zukünftig nicht nur bürokratieär-

mer, sondern auch praktisch „wie aus einer Hand" bei den Leistungsberechtigten ankom-

men. Damit helfen wir den Berechtigten und vermeiden Mehrfachleistungen. Denn un-

ser stark gegliedertes Sozialleistungssystem ist leistungsfähig, aber für den leistungsbe-

rechtigten Bürger nur mit Mühe zu verstehen.

Digitalen Verwaltungszugang der Bürger garantieren

Aktuell gibt es bereits einige digitale Verwaltungsdienstleistungen, die die Bürgerinnen

und Bürger nur in eingeschränktem Maße nutzen. Das hat verschiedene Gründe, allerdings

sind viele Bürger auch noch nicht mit allen notwendigen Werkzeugen ausgestattet oder die

Anwendungen sind noch nicht einfach genug gestaltet.

• Wir wollen die persönliche Brieftasche für alle Verwaltungsvorgänge, für jeden auf dem

eigenen Smartphone. Damit Bürger und Unternehmen so sicher und so einfach wie mög-

lich die digitale Verwaltung nutzen können, werden wir sie im Rahmen einer digitalen

Grundversorgung mit elektronischen Identifizierungswerkzeugen, Signaturen und si-

cheren Postfächern ausstatten.

• Wir werden den Personalausweis als Schlüsselelement zur umfassenden und vollen digi-

talen Identifizierung auf das Smartphone bringen und seine Anwendungsmöglichkeiten

konsequent erweitern. Diese Lösung muss europaweit skaliert werden. Die Nutzung wird

erst dann auch für die grenzüberschreitende Wirtschaft attraktiv, wenn die Lösung nicht

nur in Deutschland funktioniert, sondern auch auf den umliegenden Märkten.

Teilhabe für alle sicherstellen

CDU und CSU denken Politik von der Mitte der Gesellschaft und tragen damit eine Verant-

wortung für alle Bürgerinnen und Bürger. Diese Verantwortung nehmen wir auch im digi-

talen Wandel wahr. Dabei wollen wir niemanden zurücklassen. Daher behalten wir auch die-

jenigen im Blick, die nicht in einer digitalen Welt aufgewachsen sind und die weniger Kennt-

nisse in diesem Bereich haben.

• Wir werden dafür sorgen, dass staatliche Leistungen, ganz besonders diejenigen zur Da-

seinsvorsorge, für jedermann einfach zugänglich bleiben. Das ist aber nur die Grundver-

sorgung.

• Wir werden ambitionierter sein und Möglichkeiten zum digitalen Lernen schaffen. Nicht

jeder muss digital werden, aber wer digital werden möchte, sollte dazu Hilfestellung be-

kommen können. Dies kann zunächst analog in den Volkshochschulen geschehen und

später dann über Lernplattformen oder andere Online-Angebote. Alle interessierten

Bürgerinnen und Bürger sollen sich auf eigene Initiative digital weiterbilden können, um

die Möglichkeiten einer digitalen Welt nutzen zu können.

• Wir wollen eine frühe Bürgerbeteiligung. Gerade digitalisierte Verfahren bieten hierfür

enorme Potenziale. Das haben die diversen Hackathons im vergangenen und in diesem

Jahr gezeigt. Bürger haben dabei konkret an Lösungsvorschlägen mitgearbeitet. Diese

Art der Bürgerbeteiligung wollen wir gezielt fördern und in der Verwaltungspraxis nach-

haltig etablieren.

.. Der öffentliche Dienst als moderner Arbeitgeber

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst haben in der Pandemie Groß-

artiges geleistet: In Kindergärten und Schulen, bei der Polizei, bei der Bundeswehr, in den

Behörden. Beim Bund, bei den Ländern, in den Kommunen. Wir setzen darauf, dass nur mit

ihren Ideen, aber auch mit ihrer Erfahrung und ihrem Engagement die Staatsmodernisie-

rung gelingt.

Um die Chancen des digitalen Wandels in unserem Staatswesen voll auszuschöpfen und das

Modernisierungsjahrzehnt aktiv voranzutreiben, brauchen wir einen leistungsfähigen öf-

fentlichen Dienst mit gut ausgebildetem und hoch motiviertem Personal, der sich mit Wirt-

schaft, Wissenschaft und Gesellschaft austauscht und der Mut zum Risiko hat. Wir brauchen

öffentliche Einrichtungen, deren Beschäftigte staatliche Aufgaben zuverlässig und umfas-

send erledigen. Dabei stehen wir zu den bewährten beiden Säulen des öffentlichen Diens-

tes, den Tarifangestellten und dem Berufsbeamtentum.

Beschäftigte fördern, Talente anwerben, Dienstrecht modernisieren

Ein digitaler Kulturwandel wird nur zusammen mit den Beschäftigten des öffentlichen

Dienstes gelingen. Entscheidend ist dabei Wertschätzung und Offenheit für neue Ideen und

Vorschläge.

• Der öffentliche Dienst muss die besten Köpfe anziehen und ihnen Gestaltungsmöglich-

keiten geben. Dazu müssen Wechsel zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung

stärker ermöglicht und Anreize für neue Ideen und neue Wege – etwa über Modellpro-

jekte – gegeben werden.

• Wir wollen von der Erfahrung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes profitieren.

Um die Vorschläge aufzunehmen und auch die Zufriedenheit messbar zu machen, wollen

wir eine digitale Plattform für Mitarbeiterbefragungen einführen, die in allen Bundesbe-

hörden anonym und behördenübergreifend durchgeführt werden.

• Wir wollen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung stärken und Karrier-

ewege flexibler machen. Wir brauchen im Bund und in allen Ländern ein modernes

Dienstrecht, das für Offenheit und Durchlässigkeit steht und das den individuellen Leis-

tungen und Fähigkeiten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gerecht wird.

• Wir werden die Beförderungsgrundlagen weiterentwickeln, sodass sich Rotations-, Pro-

jektverantwortung und ressortübergreifende Stationswechsel stärker lohnen, indem sie

für eine Beförderung berücksichtigt werden. Dadurch werden Laufbahnen nicht bloß als

lineare Vorgänge gestaltet, sondern es werden Rotation, Hospitation und Auslandsauf-

enthalte stärker gefördert. Nicht Wartezeiten, sondern die Qualifikation für die konkrete

Aufgabe müssen für eine Beförderung entscheidend sein.

• Um mehr Fachkräfte für die Verwaltung zu gewinnen, müssen neue Wege etwa bei der

Vergütung beschritten werden, insbesondere im Bereich hochspezialisierter IT-Berufe.

Die Einführung von Zulagen für IT-Fachkräfte ist ein richtiger Schritt, wird aber nicht

ausreichen. Es erfordert grundsätzlich mehr Kreativität bei der Personalgewinnung und

eine Flexibilisierung des Personaleinsatzes über Ressortgrenzen hinweg sowie zwischen

Bund, Ländern und Kommunen.

Neue Sichtweisen willkommen – Vielfalt fördern

Wir wollen neue Ideen und frische Impulse durch externe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

und ungewöhnliche Lebensläufe einbringen. Es braucht eine höhere Durchlässigkeit zwi-

schen öffentlichem Dienst und Privatwirtschaft für den wechselseitigen, auch zeitlich limi-

tierten Austausch von Mitarbeitern. Dazu sind erfahrene Quereinsteiger eine willkommene

Bereicherung für den öffentlichen Dienst. Sie bringen vielfältige Erfahrungen aus der Praxis

und neue Perspektiven mit.

• Damit mehr von ihnen den Weg in die Verwaltung finden, müssen wir die Einstellungs-

voraussetzungen flexibilisieren. Wir wollen den Weg frei machen für Fachkräfte, die

möglicherweise keinen formalen Abschluss in ihrer Fachrichtung haben, aber über jahre-

lange und erfolgreiche Berufserfahrung oder andere Qualifikationen verfügen.

• Eine leistungsfähige und moderne Verwaltung braucht unterschiedliche Perspektiven.

Wir setzen uns dafür ein, im öffentlichen Dienst bis gemäß der gerade beschlosse-

nen Reform eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Leitungsfunktionen auf allen

Ebenen zu verwirklichen.

• Die Vielfalt unserer Gesellschaft soll auch im öffentlichen Dienst sichtbar sein. Wir wer-

den auch dafür sorgen, dass keine Frau und kein Mann wegen der Erziehung der Kinder

oder der Pflege von Angehörigen benachteiligt wird. Im öffentlichen Dienst sind diese

Zeiten besser als bisher bei Beförderungen und Bewerbungen als Qualifikation zu be-

rücksichtigen. Damit wollen wir die Familienfreundlichkeit im Land verbessern.

Neue Formen der Zusammenarbeit etablieren

Die aktuelle Form der Zusammenarbeit konzentriert sich sehr stark auf Zuständigkeiten

und fördert Zusammenarbeit nicht stark genug. Verwaltungsarbeit muss agiler und umset-

zungsorientierter werden.

• Wir werden interdisziplinäre Projektarbeit zum Standard in Verwaltungen machen. Die

notwendige Transformation wollen wir begleiten, um die Bedeutung der Projektarbeit

zu stärken, prozessbegleitende Beratung und Weiterbildung zu fördern und Rechtsfra-

gen zu klären. Jede angesprochene Behörde sollte sich an der Projektarbeit beteiligen.

Dies gilt insbesondere zwischen den Verwaltungsebenen: Fachleute im Rechtswesen

und bei übergeordneten Themen in den Bundes- und Landesministerien sollten mit den

ausführenden Praktikern in Städten und Gemeinden als Projektteams zusammenkom-

men, damit die besten Lösungen gemeinsam und direkt erarbeitet sowie gut umgesetzt

werden können.

• Wir werden in allen Geschäftsbereichen Modernisierungsteams schaffen, die vorange-

hen und Innovationen in strategischen Schwerpunktthemen erproben und optimieren,

bevor sie aufwendig für ganze Ministerien etabliert werden. Gleichzeitig können solche

Innovationseinheiten als “flexible Reserve” mit ihren Fähigkeiten strategisch relevante

Projekte beschleunigen und querschnittlicher Arbeit zum Erfolg verhelfen.

• Mit Reallaboren und digitalen Modellprojekten für die Verwaltung wollen wir dabei neue

Arbeitsweisen auszuprobieren, um damit Projekte schneller und effizienter umzusetzen.

Ein Neustart setzt Offenheit für Veränderung voraus, und die braucht Legitimation und

Beteiligung.

• Die Erfahrungen aus der Pandemie haben gezeigt, dass gute Zusammenarbeit auch von

unterschiedlichen Orten aus funktionieren kann. So können wir Dienstreisen reduzieren,

effizienter arbeiten und dabei noch Kosten einsparen. Wir bekennen uns zu den Verein-

barungen des Bonn/Berlin-Gesetzes. Wir werden mehr Bundesbehörden in den neuen

Bundesländern ansiedeln.

Eine moderne Bundesverwaltung

In der Bundesverwaltung sollen Aufgaben und Zuständigkeiten zusammengefasst und ge-

meinsam erledigt werden, wo immer dies möglich ist. Das Ressortprinzip darf nicht zum

Hemmnis für die Modernisierung werden. Sich überlappende Zuständigkeiten, Doppel-

strukturen in verschiedenen Ressorts und Kompetenzstreitigkeiten zwischen den Ressorts

bremsen die Handlungsfähigkeit Deutschlands.

• Wir wollen weiterhin eine aktive Rolle des Bundeskanzleramts als Schaltstelle für das

Regierungshandeln. Wir brauchen – gerade für ein Digitalministerium – eine Zusammen-

arbeit in der Bundesregierung, die klare Verantwortlichkeiten definiert, aber in den

dringlichsten, gemeinsam definierten Reformbereichen auch eine kraftvolle Umsetzung

ermöglicht.

• Die Ministerien sollen dazu prüfen, ob Verwaltungsaufgaben an nachgeordnete Bereiche

abgegeben werden können. So schaffen wir neue Synergien.

• Wir werden den „Digital Service Germany“ als Innovationstreiber für nutzerorientierte

Softwareentwicklung in der Bundesregierung ausbauen und den Austausch zwischen

Verwaltungsmitarbeitern und Digitaltalenten intensivieren. Unser Ziel ist die besten

Softwareentwickler und IT-Köpfe für unser Gemeinwesen zu gewinnen.

Austausch zwischen den Ebenen verbessern

Wir wollen klare Verantwortlichkeiten definieren und gleichzeitig die Kooperation und

Kommunikation zwischen den Behörden in Bund, Ländern und Kommunen verbessern, um

krisenfester, schneller und effizienter zu sein. Es muss stets möglich sein, Lösungen aus ei-

nem Bundesland in ein anderes zu übertragen oder eine medienbruchfreie Kommunikation

zwischen Bundesstelle, Kommunen und Dienstleistern herzustellen.

.. Digitale Infrastruktur

Das Rückgrat des Modernisierungsjahrzehnts ist eine gute Infrastruktur – und zwar im ge-

samten Land. Unser Ziel ist es, bis spätestens alle weißen Flecken mit stationären oder

mobilen Masten zu beseitigen und das Prinzip „neue Frequenzen nur gegen flächende-

ckende Versorgung“ gesetzlich festzuschreiben.

• Wir werden mit der von uns gestarteten Mobilfunkinfrastrukturgesellschaft bis ein

flächendeckendes G Netz in ganz Deutschland schaffen und bis insgesamt

Mrd. Euro für Gigabit-‐Netze bereitstellen.

• Wir werden den Netzausbau durch eine unbürokratische, digitale und rasche Genehmi-

gungspraxis beschleunigen. Wir werden Verfahren durch Digitalisierung und Standardi-

sierung vereinfachen und damit den notwendigen Aufwand senken.

• Durch verstärkte Mitarbeiter-Weiterbildungen und Unterstützung durch Experten des

Bundes und der Länder werden wir die Ressourcen aufseiten der kommunalen Verwal-

tungen steigern, die hier für einen begrenzten zeitlichen Rahmen sowohl rechtliche als

auch technische Verfahren verstärkt betreuen müssen.

• Über die Beschleunigung der Verfahren hinaus müssen wir Engpässe beim tatsächlichen

Ausbau in Angriff nehmen. Die Möglichkeiten für alternative Verlegeverfahren müssen

stärker genutzt werden. So sind beispielsweise alternative Verlegeverfahren in geringe-

rer Verlegetiefe bereits rechtlich möglich, treffen aber nach wie vor auf Skepsis. Bereits

angelaufene Maßnahmen zur Aufklärung über diese sinnvollen Verfahren müssen daher

konsequent verstärkt werden.

• Darüber hinaus sollten die Verfahren schnell und umfassend zertifiziert werden, um

mögliche Zweifel direkt auszuräumen.

.. Nachhaltiger Staat

Wir wollen mit gutem Beispiel vorangehen und so schnell wie möglich eine CO-neutrale

Bundesverwaltung erreichen. Dabei muss die Verwendung von Ökostrom ebenso eine Rolle

spielen wie die energetische Sanierung von Bundesgebäuden. Wir wollen, dass der Bund

eine Vorreiterrolle im Bereich der Nachhaltigkeit und der Reduzierung von Plastikmüll ein-

nimmt.

• Neben der Etablierung von Erneuerbaren Energien in Gebäuden wollen wir die Flotte so-

wie Regierungsflüge des Bundes über Elektroantriebe oder über synthetische Kraftstoffe

dekarbonisieren.

• Zur Steigerung der Biodiversität soll der Bund bei der Bewirtschaftung seiner Liegen-

schaften und Flächen vorangehen und dabei insbesondere die Dach- und Fassadenbe-

grünung stärken.

• Als Großabnehmer für Zukunftstechnologien und Vorbild beim nachhaltigen Wirtschaf-

ten wird die Bundesverwaltung ihr Handeln und ihre Beschaffung an Nachhaltigkeitsin-

dikatoren ausrichten. Eine verbindliche Nachhaltigkeitsprüfung für alle Gesetze anhand

der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie für eine generationengerechte Politik wollen wir

dazu verankern. Entsprechende Nachhaltigkeitsindikatoren bilden die wirtschaftlichen,

sozialen und ökologischen Dimensionen unseres Lebens bestmöglich ab und schaffen

eine verbesserte Gesetzesfolgenabschätzung für Deutschlands Zukunft.

. Neue Stärke für mehr Sicherheit – aus Verantwortung für unsere Frei-

heit

Unser Unionsversprechen: Wir wollen, dass die Menschen in unserem Land auf ein Leben in Si-

cherheit und Freiheit vertrauen können: ob zu Hause, unterwegs auf Straßen oder Plätzen, in

Bussen oder Bahnen, bei Tag oder Nacht, analog oder digital. Sie erwarten zu Recht einen star-

ken Staat, der sie schützt. Dafür werden wir weiterhin gemeinsam arbeiten.

Wir stehen dabei fest an der Seite derjenigen, die täglich alle Anstrengungen unternehmen, um

Sicherheit in Freiheit zu verteidigen. Ganz gleich ob Polizisten oder Rettungskräfte, Mitarbeiter

der Ordnungsämter, Richter oder Staatsanwälte – sie alle genießen ein besonders großes Ver-

trauen. Ihrem Einsatz gebühren unser Respekt und unsere Unterstützung.

Dank dieses Einsatzes können wir in Deutschland sicherer leben als in den meisten anderen Län-

dern der Welt. Doch Sicherheit und Freiheit werden jeden Tag aufs Neue herausgefordert: von

Einbrechern, kriminellen Clans, gewaltbereiten Extremisten, internationalen Terroristen oder

Angriffen im Cyberraum. Deshalb wollen wir die Wehrhaftigkeit unseres Rechtsstaates weiter

stärken. Im Modernisierungsjahrzehnt der er Jahre setzen wir dabei auf ein Update aller Si-

cherheitsbehörden mit einem Dreiklang aus mehr Personal, besserer Ausstattung sowie zeitge-

mäßer Kompetenzen und Befugnisse.

Für uns ist klar: Im Sinne der Subsidiarität und Bürgernähe sind die Länder zu Recht für die

Polizei verantwortlich. Krisen und Katastrophen nehmen jedoch keine Rücksicht auf Grenzen

von Regionen, Bundesländern oder Staaten. So wenig sich Straftäter durch Grenzen abhalten

lassen, so wenig dürfen Grenzen eine wirksame Arbeit der Sicherheitsbehörden behindern. Die

Möglichkeiten zu einer verstärkten Zusammenarbeit von Bund und Ländern müssen daher voll

genutzt werden. Dort, wo Bund und Länder in Angelegenheiten der Sicherheit des Bundes zu-

sammenarbeiten, braucht es bei komplexen Struktur- und Ermittlungsverfahren auch eine stär-

kere Koordinierung – etwa im Kampf gegen die Feinde unserer Verfassung, gegen Terroristen,

in der Abwehr von Gefahren aus dem Cyberraum oder bei bundesweiten, auch digitalen, Kata-

strophenfällen.

.. Mehr Sicherheit überall und jederzeit

Sicher in den eigenen vier Wänden leben

Um Einbrecher stärker abzuschrecken, haben wir härtere Strafen durchgesetzt. Dies allein

aber reicht nicht. Wir müssen auch dafür sorgen, dass mehr Einbrüche aufgeklärt, Täter

leichter gefasst und Wiederholungs- bzw. Serienstraftaten verhindert werden. Daher haben

wir der Polizei zusätzliche Ermittlungsbefugnisse an die Hand gegeben. Wir setzen diesen

Weg konsequent fort.

• Wir wollen, dass künftig softwaregestützte Werkzeuge verstärkt zum Einsatz kommen,

mit deren Hilfe sich die Tatmuster von Einbrechern vorhersagen lassen. So können be-

sonders gefährdete Wohngebiete erkannt und gezielt mit Polizeistreifen überwacht wer-

den.

• Wir unterstützen Eigentümer und Mieter weiterhin dabei, Türen und Fenster besser zu

sichern. Dafür werden wir die staatlichen Zuschüsse ausbauen.

Mehr Polizeipräsenz zeigen

Wo Grenzen überschritten, Regeln missachtet oder Gesetze gebrochen werden, gilt null

Toleranz. Sicherheit ist besonders dort wichtig, wo wir zu Hause sind, im Alltag und in un-

serer Nachbarschaft.

• Wir wollen die Polizei von bürokratischen Aufgaben entlasten. So wird sie noch bürger-

näher und sichtbarer.

• Wir brauchen mehr Polizistinnen und Polizisten auf Straßen und Plätzen – sowohl in der

Stadt als auch in den ländlichen Räumen.

• Auch in Zügen, auf Bahnhöfen und Flughäfen setzen wir auf Sicherheit durch stärkere

Polizeipräsenz.

• Wer Verwahrlosungen, verschmutzte Grünanlagen oder Fassadenschmierereien erlebt,

fühlt sich nicht wohl und damit auch nicht sicher. Deshalb treten wir für saubere Ort-

schaften und gepflegte Stadtteile ein.

Videoschutz an öffentlichen Gefahrenorten ausbauen

Kameras mit intelligenter Videosicherheitstechnik helfen unseren Polizistinnen und Poli-

zisten, Täter abzuschrecken und Straftaten aufzuklären. Dabei gilt: mehr Sicherheit und

zielgerichteter Datenschutz durch moderne Technik, die effizient und innovativ ist. Wir

werden immer wieder neu abwägen müssen, inwieweit das Recht des Einzelnen auf Schutz

seiner persönlichen Daten mit dem grundgesetzlichen Auftrag in Einklang zu bringen ist,

Sicherheit für alle Menschen zu gewährleisten.

• An öffentlichen Gefahrenorten wie etwa vor und in Fußballstadien, an Bahnhöfen und

weiteren Verkehrsknotenpunkten sowie in Bussen und Bahnen wollen wir den intelligen-

ten Videoschutz weiter ausbauen. Dabei wollen wir die Chancen der Digitalisierung und

der Künstlichen Intelligenz noch besser nutzen.

• Um die Fahndung nach schweren Straftätern, Gefährdern und Terroristen zu verbessern,

wollen wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die automatisierte Gesichtserken-

nung an Gefahrenorten in Deutschland eingesetzt werden kann.

Einsatzkräfte konsequent schützen

Polizisten, Feuerwehrleute, Sanitäter und andere Einsatzkräfte stehen täglich mit ihrer Ar-

beit und oft auch mit ihrem Leben für unser aller Sicherheit ein.

• Um diejenigen besser zu schützen, die uns schützen, werden wir die Mindeststrafe für

tätliche Angriffe auf sechs Monate, für heimtückische Attacken auf ein Jahr Haft erhöhen

und damit als Verbrechen einstufen. Wenn der Täter eine Waffe oder ein anderes gefähr-

liches Werkzeug bei sich führt, soll eine Strafe bis zu zehn Jahren verhängt werden kön-

nen.

• Polizistinnen und Polizisten müssen nicht nur gut ausgebildet, sondern auch gut ausge-

rüstet sein, damit sie uns und sich selbst gut schützen können. Wir wollen daher Aus-

und Fortbildung verbessern und für eine bestmögliche Ausstattung sorgen, wie etwa

durch die flächendeckende Verwendung von Bodycams – auch bei Einsätzen in Wohn-

räumen. So können Einsatzsituationen beweissicher aufgezeichnet, Angreifer erkannt

und Straftaten leichter verfolgt werden.

• Wir wollen diejenigen strafrechtlich zur Verantwortung ziehen, die sich einer gewalttä-

tigen Menschenmenge anschließen, sich trotz polizeilicher Aufforderungen nicht entfer-

nen und dadurch aktive Gewalttäter schützen.

• Um Polizisten und anderen Einsatzkräften sowie Soldaten den Rücken zu stärken, wollen

wir deren Schmerzensgeldansprüche neu regeln. Auch wenn sie im Dienst beleidigt wer-

den, soll das dafür gerichtlich zugesprochene Schmerzensgeld vom Staat vorgestreckt

werden. Der Staat holt sich das Geld anschließend beim Täter zurück.

• Wir wollen die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage prüfen.

.. Voller Schutz für Kinder und Frauen vor Gewalt und Missbrauch

Mit sexuellem Missbrauch fügen Täter Kindern unermessliches Leid zu. Kindesmissbrauch

zerstört Kinderseelen. Für uns haben Kindeswohl und Kindesschutz daher oberste Priorität.

Wir stehen dafür, dass sich kein Täter sicher fühlen darf, und stellen Opferschutz vor Täter-

schutz. Vieles haben wir hier bereits erreicht – wie zuletzt die Bestrafung von Kindesmiss-

brauch als Verbrechen mit einer Mindesthaftstrafe von einem Jahr. Doch damit ist für uns

der Kampf noch nicht gewonnen.

Sexuellen Kindesmissbrauch in aller Schärfe bekämpfen

• Wir wollen den Einsatz der elektronischen Fußfessel bei Sexualstraftätern erweitern.

• Wer sich an Kindern und Jugendlichen vergeht, darf nie wieder beruflich oder ehrenamt-

lich Umgang mit ihnen haben. Dazu ist ein lebenslanger Eintrag im erweiterten Füh-

rungszeugnis notwendig.

• Wir haben durchgesetzt, dass Provider bei Kenntnis von Sexualstraftaten gegen Kinder

die IP-Adressen an das Bundeskriminalamt melden müssen. Darüber hinaus müssen die

Internetdienste verpflichtet werden, bei Kenntnis von sexuellem Missbrauch von Kin-

dern auch Bestandsdaten wie etwa hinterlegte Telefonnummern, E-Mail-Adressen oder

Kreditkartendaten an die Ermittler weiterzugeben. Schließlich sollen die Provider die

Möglichkeit erhalten, anhand der digitalen Fingerabdrücke von Missbrauchsbildern

diese in ihren Datenbanken aufzuspüren.

• Einzelne Täter härter zu bestrafen, reicht nicht aus, wenn gleichzeitig eine Vielzahl wei-

terer Täter nicht ermittelt werden kann. Wir wollen deshalb erneut darauf hinwirken, auf

europäischer Ebene eine grundrechtskonforme Regelung zur Speicherung und zum Ab-

ruf von Telefonnummern und IP-Adressen zu schaffen, die den Einsatz der sogenannten

Vorratsdatenspeicherung als schärfster Waffe im Kampf gegen den Kindesmissbrauch

ermöglicht.

• Wir setzen uns für einen zügigen Fortschritt bei den E-Evidence-Regelungen auf europä-

ischer Ebene ein, damit Ermittlungsbehörden europaweit leichter auf elektronische Be-

weismittel zugreifen können, wie etwa auf in einer Cloud gespeicherte E-Mails oder Do-

kumente.

Kinder präventiv schützen

Wir brauchen eine umfassende Gesetzeskonzeption, die den Schutz des Kindes in den Mit-

telpunkt stellt. Hinsehen und Helfen ist wichtig.

• Um Kinder und Jugendliche besser vor sexuellem Missbrauch und Gewalt zu schützen,

brauchen wir eine groß angelegte Aufklärungs- und Sensibilisierungskampagne. Wir wol-

len, dass Kitas und Schulen zu zentralen Schutzorten vor sexueller Gewalt werden und

verpflichtend sexualpädagogische Schutzkonzepte einführen.

•

Wir werden für kinderfreundliche Beschwerdeverfahren und geeignete Hilfsangebote

auch für traumatisierte Kinder sorgen.

•

Regelmäßige Früherkennungsuntersuchungen eröffnen eine Möglichkeit, sexuellen

Missbrauch von Kindern aufzudecken. Im Falle eines begründeten Verdachts sollte die

Zusammenarbeit zwischen Ärzten und Jugendhilfe verbessert werden.

• Wir müssen auch in der digitalen Welt unsere Kinder besser schützen. Wir werden ihre

Medienkompetenz fördern und Telemedienanbieter zu besseren Kindesschutzkonzep-

ten verpflichten.

• Es ist uns wichtig, dass Kinderschutz zum Pflichtfach für alle wird, die mit Kindern arbei-

ten: in der Erzieherausbildung, im Studium Soziale Arbeit, in der Pädagogik, in der Aus-

bildung für das Familiengericht, im Psychologiestudium und in der Ausbildung von Kin-

derärzten.

• Kinder müssen so behutsam wie möglich behandelt werden, wenn sie als Opferzeugin-

nen und -zeugen auftreten. Wir wollen, dass die Rechtsansprüche der kindlichen Verfah-

rensbeteiligten, wie beispielsweise die audiovisuelle Zeugenvernehmung, beachtet und

durchgesetzt werden.

Gewalt gegen Frauen rigoros ahnden

Wir stehen an der Seite der Mädchen und Frauen, die Opfer von Gewalt wurden, und all

jenen, die davon bedroht sind. Ihrem Schutz müssen wir uns als gesamte Gesellschaft ver-

pflichtet fühlen.

• Wir brauchen mehr Transparenz über frauenfeindliche Straftaten. Deshalb wollen wir,

dass diese eigens in der Polizeilichen Kriminalstatistik erfasst werden. Daraus müssen

Lagebilder erstellt und Handlungsansätze für die Polizei abgeleitet werden.

• Den Opfern von sexualisierter oder häuslicher Gewalt soll flächendeckend angeboten

werden, die Spuren vertraulich und gerichtsfest dokumentieren zu lassen, ohne dass ein

Ermittlungsverfahren von Amts wegen eingeleitet werden muss.

Prostituierte wirksamer schützen

Nach wie vor gibt es trotz klarer Verbote Zuhälterei, Zwangsprostitution und Menschen-

handel. Dieser Zustand ist für uns inakzeptabel. Dabei gilt es, sowohl dem Schutzauftrag

des Staates für die Schwächsten als auch der Gewährleistung der Berufsfreiheit gerecht zu

werden.

• Wir wollen Prostitution von Schwangeren sowie Heranwachsenden unter Jahren ver-

bieten – mit einer entsprechenden Bestrafung der Freier.

•

Wir wollen darauf hinwirken, dass der Straßenstrich aufgrund der dort oft besonders

menschenunwürdigen Bedingungen stärker reguliert wird.

•

Wir werden die Bund-Länder-Zusammenarbeit verbessern, damit das Prostituierten-

schutzgesetz effektiver durchgesetzt werden kann. Wir wollen eine deutlich schärfere

Kontrolle des Prostitutionsgewerbes und intensivere Ermittlungen beim Menschenhan-

del.

• Die Evaluierung des Prostitutionsschutzgesetzes wollen wir vorziehen. Wer Prostituierte

ausbeutet oder sich der Zuhälterei schuldig macht, soll härter bestraft werden können.

Den Ausstieg aus der Prostitution wollen wir stärker unterstützen.

.. Kein Raum für organisierte Kriminalität

Überregional und behördenübergreifend enger zusammenwirken

Straftäter sind heutzutage oft hochmobil, Banden agieren etwa bei Wohnungseinbrüchen,

Menschen-, Drogen- und Waffenhandel längst grenzüberschreitend. Darauf reagieren wir

in der Kriminalitätsbekämpfung.

• Wir wollen, dass Polizei- und Ermittlungsbehörden in Deutschland noch enger überregi-

onal und behördenübergreifend zusammenwirken.

• Auch auf europäischer Ebene werden wir organisierter Kriminalität, Mafia und kriminel-

len Clans durch eine wirksamere Zusammenarbeit – auch mit Blick auf EUROPOL und

die Herkunftsländer der Täter – begegnen.

• Die bereits verbesserte grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit werden wir

weiter ausbauen.

• Um die Grenzfahndung in besonderen Gefahrenlagen weiter zu stärken, haben wir es der

Bundespolizei ermöglicht, Auto-Kennzeichen mit automatischen Lesegeräten zu erfas-

sen. Wir wollen, dass überall in Deutschland mithilfe einer lagebildabhängigen Schleier-

fahndung kontrolliert werden darf. Das ist nicht nur in Grenzregionen wichtig, sondern

auch auf international bedeutsamen Verkehrswegen und im Umfeld von Bahnhöfen und

Flughäfen. Den bislang für die Bundespolizei geltenden Grenzkorridor wollen wir dafür

ausdehnen.

Geldwäsche bekämpfen und Verbrechensgewinne abschöpfen

Für jeden muss klar sein: Verbrechen lohnt sich nicht! Deshalb haben wir den Tatbestand

der Geldwäsche bereits mehrfach verschärft und das Einziehen kriminell erlangter Vermö-

gen erleichtert. Wir folgen dem Prinzip „Follow the money“ und setzen genau dort an, wo

es den Kriminellen am meisten weh tut: beim Geld.

• Wir wollen Geldwäsche noch konsequenter bekämpfen und verfassungskonform regeln,

dass bei Vermögen unklarer Herkunft künftig eine vollständige Beweislastumkehr gilt.

• Grundstücke durch Barzahlung zu erwerben, soll nur mittels Banken möglich sein, die

zuvor die Identität des Käufers und die Herkunft des Geldes im Rahmen einer bestehen-

den Geschäftsbeziehung zu prüfen haben; gleiches gilt beim Umtausch von Bargeld in

Kryptowährung und umgekehrt.

• Die polizeilichen Befugnisse des Zolls, die Steuerfahndung und die Finanzkontrolle

Schwarzarbeit werden wir weiter stärken.

• Wir setzen uns dafür ein, dass Frankfurt a. M. Sitz der neuen unabhängigen EU-Behörde

zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung wird.

.. Null Toleranz gegenüber kriminellen Familienclans

Die von kriminellen Familienclans begangene organisierte Kriminalität stellt eine spezielle

Bedrohung der Sicherheit dar – insbesondere in vielen Großstädten. Mit unserer Null-Tole-

ranz-Strategie und Politik der tausend Nadelstiche werden wir den Kontroll- und Verfol-

gungsdruck auf kriminelle Clans weiter erhöhen.

Parallelgesellschaften verhindern

Das Gewaltmonopol des Staates ist für uns nicht verhandelbar.

• Der Abschottung in kriminelle Parallelgesellschaften mit eigenen Regeln und eigener

Gerichtsbarkeit sagen wir den Kampf an.

• Mit fortlaufenden konsequenten und konzentrierten Einzelmaßnahmen, wie etwa wie-

derkehrenden Razzien, müssen kriminelle Clans weiterhin systematisch gestört werden.

Sie dürfen keine ruhige Minute mehr haben. So zeigen wir auch bei kleineren Rechtsbrü-

chen: Der Staat ist da und lässt sich nicht auf der Nase herumtanzen!

• Zur wirksamen Zusammenarbeit gegen Clankriminalität gehört es, länder- und behör-

denübergreifend zu ermitteln und auszuwerten, die Darstellung von Lageerkenntnissen

zu verbessern, den internationalen Austausch zu verstärken sowie eine abgestimmte

Vorgehensweise zur Bewältigung von Einsatzlagen zu erarbeiten.

• Strafverfolgungs- und Sozialbehörden sowie im Bedarfsfall auch Schulbehörden müssen

alle relevanten Daten austauschen können.

• Wir haben dafür gesorgt, dass abgeschobene Schwerkriminelle und Gefährder, die trotz

einer Einreisesperre wieder nach Deutschland zurückkehren, einfacher in Haft genom-

men werden können. Viele Clanmitglieder besitzen zwar die deutsche Staatsangehörig-

keit. Soweit dies jedoch nicht der Fall ist, sind bei kriminellen Mitgliedern sämtliche auf-

enthaltsrechtlichen Maßnahmen mit dem Ziel der Ausweisung und Abschiebung anzu-

wenden.

Ausstieg aus Clans unterstützen

Durch Abschottung und negative Vorbilder krimineller Familienangehöriger sind Kinder in

Clanfamilien oft an einer positiven Entwicklung gehindert. Dies stellt eine Gefährdung des

Kindeswohls dar und erfordert schützende Maßnahmen.

• Wir brauchen daher engen Kontakt zu diesen Familien und deren ständige Kontrolle sei-

tens der Jugendämter.

• Clanmitglieder, die sich aus ihrem kriminellen Umfeld befreien wollen, bekommen un-

sere Hilfe. Dafür wollen wir gezielte, langfristig angelegte Aussteiger- und Zeugen-

schutzprogramme auflegen, die die Chance auf ein geregeltes Leben in Sicherheit eröff-

nen. Dabei sind vor allem junge Clanmitglieder sowie Frauen in diesen Familien in den

Blick zu nehmen.

.. Schutz unserer Demokratie vor Extremisten und Terroristen

Deutschland ist ein tolerantes und weltoffenes Land. Doch Toleranz und Weltoffenheit

sollte niemand als Schwäche missverstehen. Extremisten und Terroristen gefährden unsere

Sicherheit und den Frieden in unserem Land. Sie zu bekämpfen sowie unsere Freiheit und

offene Gesellschaft zu verteidigen, sind zwei Seiten derselben Medaille.

Jeder Form von Extremismus entschieden entgegentreten

Wir treten jeder Form von Extremismus und Rassismus, jeder Form von Gewalt und Terror

entschieden entgegen – unabhängig davon, ob es sich um Rechts- oder Linksextremisten

oder gewaltbereite Islamisten handelt.

• Jede Form einer Schwächung des Verfassungsschutzes lehnen wir ab.

• Der Rechtsextremismus bleibt die größte Bedrohung für unsere offene Gesellschaft und

freiheitlich-demokratische Grundordnung. Dass rechtsextreme, ausländerfeindliche und

antisemitische Straftaten zugenommen haben, ist besorgniserregend. Wir setzen uns da-

für ein, Spezialeinheiten der Polizei für sogenannte „Cold Cases“ zu schaffen, um unge-

klärte schwere Straftaten mit möglicherweise rechtsextremistischem Hintergrund auf

neue Ermittlungsansätze zu überprüfen.

• Dem gewaltbereiten Linksextremismus muss konsequent begegnet werden. Wer das Ge-

waltmonopol des Staates in Frage stellt oder offen zur Gewalt gegen den Staat, seine

Einrichtungen und seine Repräsentanten aufruft, darf keine Milde erwarten. Das gleiche

gilt für diejenigen, die das Eigentum Dritter nicht respektieren oder kritische Infrastruk-

turen angreifen.

• Der anwachsende Antisemitismus in unserem Land beschämt uns. Es liegt in unser aller

Verantwortung, antisemitischem Hass entschlossen entgegenzutreten. Wir müssen An-

tisemitismus klar benennen und bekämpfen – egal, woher er kommt: ob von rechtsau-

ßen, linksaußen oder von migrantisch geprägten Milieus. Wir stehen mit aller Überzeu-

gung dafür ein, dass Jüdinnen und Juden in Deutschland immer eine Heimat haben, in

Sicherheit leben und ihren Glauben praktizieren können. Den Austausch zwischen

Deutschland und Israel wollen wir auf allen gesellschaftlichen Ebenen verstärken – ins-

besondere mit einem deutsch-israelischen Jugendwerk und mehr Stipendienprogram-

men.

• Islamfeindlichkeit werden wir in unserem Land ebenso wenig tolerieren wie Antiziganis-

mus und andere rassistisch motivierte Abwertungen von Gruppen. Diese Form des Has-

ses, die geistige Brandstifter verbreiten wollen, richtet sich gegen uns alle und gegen

das, was uns zusammenhält. Wir werden sie mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämp-

fen und nicht zulassen, dass unser Land dadurch bedroht wird.

• Der Islamismus ist eine extremistische politische Ideologie. Wir bekämpfen ihn mit der

ganzen Härte unseres Rechtsstaates. Dieser Kampf gilt denen, die Hass und Gewalt schü-

ren und eine islamistische Ordnung anstreben, in der es keine Gleichberechtigung von

Mann und Frau, keine Meinungs- und Religionsfreiheit und auch keine Trennung von Re-

ligion und Staat gibt. Er gilt denen, die unsere demokratische Grundordnung bekämpfen,

das Existenzrecht Israels ablehnen, den inneren Frieden gefährden oder gegen Recht und

Gesetz verstoßen.

• Wir werden dafür sorgen, dass die ideologische Basis des Islamismus genauer in den Blick

genommen wird. Wir dulden dabei keinerlei Rückzugsräume. Ebenso wollen wir mehr

Transparenz bei ausländischen Geldgebern von Moscheen in Deutschland herstellen.

• Wir wollen mit gesetzlichen Regelungen die Abwehrkräfte unserer Demokratie stärken.

Dem Deutschen Bundestag sollen künftig regelmäßig Extremismus-Berichte der Bun-

desregierung vorgelegt werden, die gesamtgesellschaftliche Entwicklungen mit Blick auf

Demokratiefeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus ausleuchten.

Hass und Hetze im Netz bekämpfen

Zur Demokratie gehört Meinungsfreiheit. Soziale Medien sind wichtige Plattformen für

Meinungsaustausch und demokratische Willensbildung. Dabei sind hetzerische Parolen im

Netz nicht von der verfassungsrechtlich garantierten Meinungsfreiheit geschützt. Im Ge-

genteil: Sie bereiten den Boden für eine weitere Verrohung der Sprache wie der politischen

Auseinandersetzung und tragen wesentlich zur Radikalisierung von Einzelpersonen und

Gruppen bei.

• Die Spirale der Verrohung von Sprache und politischer Auseinandersetzung wollen wir

durchbrechen – mit allen Mitteln, die dem wehrhaften Rechtsstaat und einer selbstbe-

wussten demokratischen Gesellschaft zur Verfügung stehen.

• Wir wollen, dass Ermittlungen der Strafverfolgungsbehörden bei besonders schweren

Fällen gegebenenfalls auch ohne Anzeige eingeleitet werden können.

• Wir brauchen eine Vielzahl präventiver Instrumente wie auch kostenloser Hilfsangebote

für Betroffene.

• Für die Betreuung besonders schwerer Fälle soll es Opferanwälte, für traumatisierte Op-

fer eine psychosoziale Prozessbegleitung geben.

• Die Meinungsäußerungsfreiheit muss aktiv mit dem Schutz von Persönlichkeitsrechten

und weiteren Rechtsgütern zum Ausgleich gebracht werden. Das virtuelle Hausrecht in

den Nutzungsbedingungen der Diensteanbieter darf nicht dazu genutzt werden, die po-

litische Willensbildung als Kern der Demokratie zu beeinflussen. Dazu wollen wir insbe-

sondere das Recht der Allgemeinen Geschäftsbedingungen im Bürgerlichen Gesetzbuch

verfassungskonform anpassen.

Radikalisierungen verhindern

Dort, wo in unserer Gesellschaft Abschottung und Intoleranz um sich greifen, entsteht der

Nährboden für Radikalisierungen. Vorbeugende Maßnahmen müssen daher möglichst früh

und im unmittelbaren persönlichen Umfeld ansetzen.

• Wir wollen mit gezielter Bildungsarbeit darauf hinwirken, dass jede und jeder problema-

tische Entwicklungen im persönlichen Umfeld frühzeitig erkennen und rechtzeitig rea-

gieren kann. Denn aufgeklärte und selbstbewusste Bürgerinnen und Bürger sind der

stärkste Schutz für unsere Demokratie.

• Insbesondere Schulen und Vereine, also Orte, an denen sich junge Menschen außerhalb

ihrer Familien aufhalten wie auch Soziale Netzwerke spielen dabei eine bedeutende

Rolle. Soziale Netzwerke in den Fokus zu nehmen, gehört daher zu den zentralen Aufga-

ben des Verfassungsschutzes, gerade mit Blick auf selbstradikalisierte Einzeltäter.

• Wir wollen gezielt durch intensive Präventionsarbeit in Gefängnissen verhindern, dass

sich Menschen dort radikalisieren und für Terrororganisationen gewinnen lassen.

• Menschen, die sich in einem extremistischen Umfeld bewegen, dürfen wir nicht aufge-

ben. Wir setzen uns für die Beratung derjenigen ein, die sich bereits radikalisiert haben

oder als gefährdet gelten. Wer aus einer extremistischen Szene aussteigen will, muss

konkrete Hilfe bekommen.

•

Die Präventionsprogramme des Bundes gegen Extremismus wollen wir systematisch

evaluieren, professionalisieren und standardisieren.

•

Wir wollen wieder eine Demokratieklausel einführen. Empfänger von Fördergeldern

müssen sich klar und ausdrücklich zu unserer freiheitlich-demokratischen Grundord-

nung bekennen.

Alle zur Extremismusbekämpfung notwendigen Instrumente nutzen

Wann immer möglich, sind zur Extremismusbekämpfung alle notwendigen Instrumente zu

nutzen.

• Dazu gehören Verbote von verfassungsfeindlichen Organisationen und Vereinen, Ver-

bote von Symbolen des Hasses und des Terrors, Einreise- und Aufenthaltsverbote, Aus-

weisungen, Abschiebungen und Grundrechtsverwirkungen.

•

Wir werden dafür sorgen, dass Gefährder mit allen gesetzlichen Möglichkeiten über-

wacht werden. Die personellen Ressourcen hierfür sind nicht beliebig erweiterbar. Des-

halb werden wir auch alle technischen Möglichkeiten zur wirksamen Überwachung nut-

zen – wie die elektronische Fußfessel – und uns für entsprechende Rechtsgrundlagen

einsetzen.

• Wir wollen die Möglichkeit schaffen, radikalisierte Gefährder in Sicherungsverwahrung

zu nehmen, sobald sie strafrechtlich in Erscheinung treten und damit ihre Gewaltbereit-

schaft zeigen. Wer sich zum Beispiel im Ausland als Terrorist ausbilden lässt, ist eine

große Gefahr und gehört ins Gefängnis. Die Sicherungsverwahrung wollen wir daher be-

reits für Ersttäter nutzen.

• Das Werben um Sympathie für kriminelle oder terroristische Vereinigungen wollen wir

wieder unter Strafe stellen.

• Waffen gehören nicht in die Hände von Extremisten. Daher haben wir die Regelabfrage

der Waffenbehörden beim Verfassungsschutz eingeführt und die gesetzliche Grundlage

dafür geschaffen, dass bereits die Mitgliedschaft in einer verfassungsfeindlichen Verei-

nigung zur waffenrechtlichen Regelunzuverlässigkeit führt. Auf diesem Weg wollen wir

weitergehen und den Datenaustausch zwischen den Behörden erleichtern.

• Wir wollen die Möglichkeit schaffen, dass Richter direkt bei der Verurteilung eines ext-

remistischen Straftäters ein generelles, lebenslanges Waffenverbot aussprechen kön-

nen.

• Die Mindeststrafe für illegalen Waffenhandel wollen wir deutlich erhöhen. Er soll künftig

mit einer Freiheitsstrafe von nicht unter zwei Jahren geahndet werden.

• Demokratie lebt von der Kontroverse. Zur Demokratie gehört Kritik. Und Demokratie

verträgt Protest. Die Grenze ist aber überschritten, wenn Kommunalpolitiker und andere

Repräsentanten des Staates angegriffen werden. Für uns gilt: Wehret den Anfängen. Wir

werden nicht tolerieren, dass Menschen, die sich in politischen Ämtern ehrenamtlich en-

gagieren, von Verfassungsfeinden eingeschüchtert oder attackiert werden.

.. Stärkung unserer Sicherheitsbehörden

Unsere Sicherheitsbehörden haben wir personell, materiell und strategisch massiv gestärkt.

Diesen Weg setzen wir konsequent fort.

Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden intensivieren

Das Gemeinsame Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum (GETZ) hat sich als Koope-

rations- und Kommunikationsplattform bewährt. Auch das Gemeinsame Terrorismusab-

wehrzentrum zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus (GTAZ) steht für eine gelun-

gene Zusammenarbeit und Aufgabenteilung zwischen Verfassungsschutz und Polizei sowie

Bund und Ländern.

• Wir werden die Zusammenarbeit aller Sicherheitsbehörden weiter intensivieren und ste-

tig an aktuelle Herausforderungen anpassen. Insbesondere geht es uns darum, die ge-

meinschaftlichen Aufgaben von Bund und Ländern im Umgang mit Gefährdern auch ge-

meinschaftlich wahrzunehmen.

• Auch für niederschwellige Herausforderungen muss die Zusammenarbeit zwischen

Bund und Ländern weiter verbessert werden. So müssen politisch motivierte Straftäter,

die polizeilich bekannt sind und ihren Wohnort wechseln, automatisiert an die jeweils

zuständige Staatsschutzstelle übergeben werden können.

Befugnisse für die digitale Welt wirksam gestalten

Wir werden weiter dafür kämpfen, dass die Sicherheitsbehörden die Befugnisse erhalten,

die sie für eine effektive Aufklärung im Vorfeld eines Anschlages brauchen. Denn es darf

keinen technischen Vorsprung zwischen denen geben, die Anschläge planen, und denen,

die diese verhindern sollen. Die Befugnisse von Polizei und Verfassungsschutz müssen auch

in der digitalen Welt so wirksam sein, wie sie es in der analogen Welt sind. Wenn ein rich-

terlicher Beschluss eine Telefonüberwachung oder die Durchsuchung einer Wohnung er-

möglicht, muss Gleiches auch für verschlüsselte Nachrichten und Telefonate gelten, für das

digitale Büro auf dem Computer oder Laptop.

• Die Voraussetzungen für die Quellen-TKÜ und Online-Durchsuchung – sowohl bei der

Gefahrenabwehr als auch bei der Strafverfolgung – wollen wir bundesweit anpassen, so-

dass diese Instrumente rechtssicher und effektiv eingesetzt werden können.

• Wenn Gefahr droht, müssen unsere Behörden schnell und zuverlässig in der Lage sein,

die Tatverdächtigen zu ermitteln. Bund und Länder müssen enger zusammenarbeiten

und für einen gemeinsamen Rechtsrahmen gemeinsame Software bereitstellen, die

schnell einsatzbereit ist.

• Wenn sich Bedrohungen, die Vorgehensweise der Täter oder die technischen Rahmen-

bedingungen verändern, müssen Eingriffsbefugnisse angepasst werden. Dazu gehört

auch, die Möglichkeiten der Künstlichen Intelligenz zu nutzen, um frühzeitig Strukturen

erkennen und ihnen entgegenwirken zu können. Daten, die im Rahmen von Ermittlungen

anfallen, können so besser und zielgerichteter ausgewertet werden.

Terrorismusfinanzierung austrocknen

Wir werden dafür sorgen, dass die Finanzierung des Terrorismus – national wie internatio-

nal – intensiver bekämpft wird.

• Die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen (Financial Intelligence

Unit/FIU) muss deutlich gestärkt und in die Lage versetzt werden, Netzwerke zur Finan-

zierung von Terror und Verbrechen international tätiger Banden aufzudecken und zu zer-

schlagen. Dafür ist es erforderlich, sie wieder an das Bundeskriminalamt anzukoppeln.

• Angesichts der terroristischen Bedrohungen müssen im Notfall alle staatlichen Kräfte –

auch die Bundeswehr – zum Schutz der Menschen in Deutschland eingesetzt werden

können. In besonderen Gefährdungslagen muss es möglich sein, die spezifischen Fähig-

keiten der Bundeswehr im Innern unterstützend zu nutzen, um terroristische Gefahren

bewältigen zu können – unter Führung der Polizei und im Rahmen festgelegter Grenzen.

• Wir setzen auch weiterhin auf gemeinsame interdisziplinäre Übungen der Polizeien der

Länder, der Bundespolizei sowie der nicht-polizeilichen Behörden und Organisationen

mit Sicherheitsaufgaben.

.. Gefahrenabwehr im Cyberraum

Auf dynamische Entwicklungen im Cyberraum reagieren

Unsere Grundversorgung mit Wasser, Strom und Telekommunikation und viele andere

hochsensible Prozesse laufen über vernetzte IT-Systeme, die fortlaufend attackiert werden.

Die Angriffsmethoden werden immer ausgefeilter. Daher brauchen wir widerstandsfähige

IT-Infrastrukturen und -Netze. Für uns gilt: Was in der analogen Welt verboten ist, muss

auch in der digitalen Welt verboten sein. Cybersicherheit ist nicht statisch. Ein Schutzniveau

heute ist kein Garant für eine erfolgreiche Abwehr der Angriffe von morgen.

• Wir werden daher fortwährend beurteilen, was notwendig ist, um angemessen auf die

dynamischen Entwicklungen im Cyberraum zu reagieren.

• In letzter Konsequenz heißt das auch: Wir müssen bei schweren Cyber-Angriffen in der

Lage sein, aktiv auf die Ursache einzuwirken, um sie zu beenden. Wir werden die dafür

erforderlichen rechtlichen Regelungen und eigene technischen Fähigkeiten für ange-

messene aktive Maßnahmen schaffen.

Informationssicherheit und Cyber-Abwehr stärken

Eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern ist unabding-

bare Voraussetzung, um den Herausforderungen auch bei der Cybersicherheit wirkungsvoll

begegnen zu können.

• Um die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern weiter zu vertiefen, werden wir

das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik zu einer Zentralstelle für Fra-

gen der Informations- und Cybersicherheit ausbauen. Es soll neben dem Bundesamt für

Verfassungsschutz und dem Bundeskriminalamt eine starke dritte Säule der Cyber-Si-

cherheitsarchitektur bilden.

• Das Nationale Cyber-Abwehrzentrum wollen wir so weiterentwickeln, dass es in komple-

xen Schadenslagen bundesweit eine Abwehr von Gefahren und Angriffen koordinieren

kann.

• Wir müssen bei IT-Beschaffungsvorhaben mehr Geld in den Schutz gegen Cyber-Angriffe

investieren. Wir schlagen daher vor, künftig einen bestimmten Anteil der Sachmittel für

IT-Vorhaben des Bundes für Informationssicherheit aufzuwenden („Cyber-Quote“), um

eine sichere Digitalisierung zu gewährleisten.

Cyber-Sicherheitsforschung vorantreiben

• Die Cyber-Sicherheitsforschung in Deutschland wollen wir stark vorantreiben. Cyber-Si-

cherheit „Made in Germany“ muss ein Markenzeichen bleiben.

• Wir wollen, dass Deutschland Weltmarktführer für sichere IT-Lösungen und attraktiver

Standort für innovative Unternehmen der Cybersicherheit wird. Dazu gehören führende

Verschlüsselungstechnik und Security-by-design-Lösungen, damit Hackerangriffe un-

möglich werden, sowie diskriminierungsfreie Algorithmen. Nur so können wir das Ziel

der Digitalen Souveränität erreichen.

• Wir wollen eine transparente Zertifizierung von IT-Produkten, der die Menschen ver-

trauen können. Dazu wollen wir das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik

so ausstatten, dass es als zentrale Zertifizierungs- und Standardisierungsstelle im inter-

nationalen Wettbewerb bestehen kann.

Wirtschaft besser vor Cyber-Angriffen schützen

Wir werden Strukturen schaffen, die es der Wirtschaft ermöglichen, ihre Schutzmaßnahmen

gegen Cyber-Attacken zu erhöhen. Dies gilt insbesondere für kleine und mittlere Unterneh-

men, vom Handwerk bis zu Hidden Champions. Gerade diese Unternehmen sind heute noch

unzureichend sensibilisiert und geschützt, obgleich sie wegen ihrer Innovations- und Wirt-

schaftskraft begehrte Angriffsziele internationaler Konkurrenten, fremder Nachrichten-

dienste und Krimineller sind. Die wirtschaftlichen Schäden, die dadurch entstehen, sind im-

mens – bis hin zur Insolvenz und damit einhergehend dem Verlust vieler Arbeitsplätze.

• Zur besseren Beratung und Unterstützung dieser Unternehmen wollen wir die Rolle des

Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik weiter ausbauen.

• Um kleine und mittlere Unternehmen bei der Stärkung ihrer IT-Sicherheit noch wirksa-

mer zu unterstützen, wollen wir weitere steuerliche Anreize prüfen, wie beispielsweise

schnellere Abschreibungsmöglichkeiten von Investitionen in IT-Sicherheit.

• Anträge für Förderprogramme zur Sensibilisierung und Unterstützung wollen wir weiter

vereinfachen und Antragsverfahren beschleunigen.

.. Wirksamer Bevölkerungsschutz

Sicherheit bedeutet auch, Menschen in elementarer Not zu helfen. Dafür wollen wir Bevöl-

kerungsschutz und Katastrophenhilfe weiter stärken. Wir brauchen eine nationale Katastro-

phenschutzstrategie, damit Deutschland krisenfester wird.

Bevölkerungsschutz stärken und enger vernetzen

Für bundesweite Krisenszenarien brauchen wir einen verlässlichen Rahmen. Die nächste

Krise kann ihren Ursprung im Klimawandel haben, durch Extremwetterereignisse wie Dür-

ren, Trinkwassermangel, Waldbrände oder Hochwasser ausgelöst werden oder Folge von

Cyberattacken oder Desinformationskampagnen sein. Durch die Zuständigkeitsverteilung

auf unterschiedliche Bundesressorts, Länder, Städte, Landkreise, Gemeinden, Hilfsorgani-

sationen und das Technische Hilfswerk kann bundesweit ebenso wie regional zielgerichtet

auf Entwicklungen reagiert werden. Gleichzeitig sind genau in diesem Zuständigkeitsge-

flecht funktionierende -Grad-Lageinformationen, etablierte gemeinsame Kommunika-

tionsroutinen, gute Koordination und gemeinsame Entscheidungsfindung der Schlüssel

zum Erfolg.

• Unser föderales System für den Bevölkerungsschutz in Deutschland ist leistungsfähig,

flexibel und flächendeckend verfügbar. Die Anforderungen von heute sind allerdings an-

dere als früher. Wir wollen deshalb neue Kriterien für eine länderübergreifende Scha-

denslage entwickeln und zwischen Bund und Ländern einen modernen Bevölkerungs-

schutz etablieren.

• Für eine engere Vernetzung und Verzahnung aller Akteure im Bevölkerungsschutz in

Bund, Ländern, Kommunen und Hilfsorganisationen wollen wir nach dem Vorbild der

Abwehrzentren des Bundes und der Länder im Bereich der Inneren Sicherheit eine ge-

meinsame Plattform bilden.

• Wir wollen das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe weiter aus-

bauen, sodass der Bevölkerungsschutz stärker als bisher in einem integrativen Netzwerk

aller Akteure zusammenwirken kann.

• Gerade bei biologischen Gefahren wie Pandemien oder Bioterrorismus ist das enge Zu-

sammenwirken von Innen- und Gesundheitsbehörden besonders wichtig. Deshalb wol-

len wir das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe und das Robert

Koch-Institut in ihrer Zusammenarbeit sowie in ihrer jeweiligen Koordinierungsfunktion

rechtlich, personell und technisch stärken. Dies gilt sowohl für die Risikoanalyse, die Pan-

demieplanung als auch die Koordinierung der Lagebewältigung.

• Als Lehre aus der Corona-Pandemie wollen wir eine neue Nationale Reserve Gesund-

heitsschutz für wichtige medizinische Versorgungsgüter – wie etwa persönliche Schutz-

ausrüstung – schaffen und diese rechtlich sowie finanziell langfristig absichern. Gleiches

gilt für die im Ausbau befindlichen THW-Logistikzentren.

• Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe soll als zentrale Informa-

tionsplattform zu den nationalen Bevorratungen von Energie, Wasser, Gesundheit und

Ernährung dienen.

Warnmedien modern gestalten, nicht-polizeiliche Gefahrenabwehr stärken

Blinde Flecken im Warnsystem wollen wir schließen, damit sich die Menschen in unserem

Land auf ein gut aufgestelltes und zuverlässiges Warnsystem in Krisenlagen und Gefahren-

situationen verlassen können.

• Wir wollen die Warnmedien modern und zielgerichtet gestalten. Um sicherzustellen,

dass Warnungen auch in Zukunft den richtigen Empfängerkreis schnell erreichen, muss

der Warnmix aus digitalen und analogen Medien fortwährend angepasst werden. Hierzu

gehört es auch, die Nutzung von Cell-Broadcasting-Technologie als ergänzenden Multi-

plikator im Warnmittelmix zu prüfen.

• Mit Blick auf die sogenannte nicht-polizeiliche Gefahrenabwehr setzen wir auf ein Inves-

titionsprogramm, um das erfolgreich gestaltete Wachstum der Bundessicherheitsbehör-

den in den vergangenen Jahren auch auf diesen Bereich zu übertragen.

• Wir wollen Hilfsorganisationen und Feuerwehren so ausstatten, dass sie noch besser auf

große Schadensereignisse und langanhaltende Einsätze reagieren können.

• Für die von Unglücken betroffenen Menschen und Regionen müssen schnell unbürokra-

tische Hilfsprogramme zur Verfügung stehen. Unfallversorgung und Notdienste funkti-

onieren nur im engen Zusammenwirken von Bund, Ländern, Städten, Landkreisen, Ge-

meinden und ehrenamtlichen Helfern vor Ort. Feuerwehren, Technisches Hilfswerk, Ret-

tungsdienste und freie Träger sind dabei unverzichtbar für unsere Daseinsvorsorge.

• Das bewährte System des flächendeckenden Brand- und Katastrophenschutzes wollen

wir erhalten und weiter fördern.

Bürgerschaftliches Engagement fördern, zivil-militärische Zusammenarbeit stärken

Der große Anteil ehrenamtlicher Kräfte stellt nicht nur ein außergewöhnlich hohes Maß

bürgerschaftlichen Engagements dar, sondern sichert auch ein flexibles System effizienter

Gefahrenabwehr und Hilfeleistung.

• Diejenigen, die sich aufopfernd und unentgeltlich rund um die Uhr für die Sicherheit ih-

rer Mitmenschen einsetzen, müssen dauerhaft unterstützt werden. Sie sind Vorbilder in

unserer Gesellschaft.

• Mit weiteren Anreizen wollen wir die vielen Frauen und Männer, die sich heute schon

ehrenamtlich für die Sicherheit einsetzen, auch künftig für diese Aufgabe begeistern und

weitere Menschen hierfür gewinnen.

• Die Menschen in Deutschland sollen weiterhin darauf vertrauen können, dass ihnen die

Bundeswehr mit ihren spezifischen Fähigkeiten im Katastrophen- und Bevölkerungs-

schutz auch im Inland rasch und wirksam hilft – sei es zur Hilfe bei Schnee- oder Hoch-

wasserkatastrophen oder sei es nach Großschadensereignissen.

• Für biologische und pandemische Lagen – genauso wie für andere Großschadensfälle –

setzen wir auf regelmäßige Übungen, um eine bessere Koordinierung zwischen Gesund-

heits- und Sicherheitskräften von Bund, Ländern und Kommunen zu erreichen.

.. Starke und bürgernahe Justiz

Ein starker Rechtsstaat erfordert eine starke Justiz. Um Verbrechen wirksam bekämpfen zu

können, brauchen wir daher auch gut ausgestattete, unabhängige Gerichte und leistungs-

fähige Staatsanwaltschaften. Die Menschen müssen sich darauf verlassen können, dass

Recht und Gesetz konsequent durchgesetzt werden. Unsere Rechtsordnung gilt dabei für

jeden, der in unserem Land lebt – unabhängig von seiner Herkunft oder Religion. Unser

Rechtsstaat duldet keine Paralleljustiz, die unsere Gesetze und Gerichte verdrängen will.

Strafverfahren beschleunigen

Einer raschen Reaktion von Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichten bei Straftaten kommt

eine Schlüsselrolle zu.

• Wir wollen schnellere Verfahren, bei denen die Strafe der Tat auf dem Fuße folgt. Dies

muss gerade für straffällige Jugendliche gelten. Daher wollen wir, dass Jugendstrafver-

fahren beschleunigt und vereinfacht werden.

• Täter zwischen und Jahren sollen in der Regel wie Erwachsene bestraft werden. Die

Anwendung des Jugendstrafrechts muss in diesen Fällen eine Ausnahme bleiben.

Opferschutz Vorrang vor Täterschutz geben

Opfer von Straftaten leiden insbesondere bei Gewaltverbrechen sehr lange unter deren Fol-

gen.

• Die in den vergangenen Jahren in das Strafprozessrecht aufgenommenen Informations-

und Beteiligungsrechte für Opfer von Straftaten wollen wir daher ausbauen und mit Le-

ben füllen.

• Dem Opferschutz wollen wir ein stärkeres Gewicht in der polizeilichen und justiziellen

Aus- und Weiterbildung geben.

• Wir wollen die psychosoziale Prozessbegleitung stärken und einen Rechtsanspruch auf

kostenlose Opferhilfe umsetzen.

• Auch unser Strafrecht wollen wir noch mehr auf den Opferschutz ausrichten und Inten-

siv- und Wiederholungstäter wirksam aus dem Verkehr ziehen. Dafür sollen Kettenbe-

währungsstrafen abgeschafft werden. Wird wegen einer Straftat innerhalb laufender Be-

währungszeit erneut eine Freiheitsstrafe aufgrund einer vorsätzlichen Straftat verhängt,

so soll diese künftig grundsätzlich nicht erneut zur Bewährung ausgesetzt werden dür-

fen.

Unsere Justiz modernisieren

Eine moderne Justiz- und Rechtspolitik muss verständlich und serviceorientiert sein, um

von Bürgerinnen und Bürgern akzeptiert zu werden.

• Wir wollen digitale Zugangsmöglichkeiten ausbauen und so den schnellen und kosten-

günstigen Zugang zu Rechtsprechung und Rechtsberatung sicherstellen. Dazu gehören

auch zügige und kommunikationstechnisch zeitgemäße Verfahren.

• Den Modernisierungsstau an unseren Gerichten wollen wir auflösen und für Richter und

Staatsanwälte dieselben digitalen Arbeitsumgebungen schaffen, wie sie in der Anwalt-

schaft und freien Wirtschaft üblich sind.

• Die gemeinsamen Anstrengungen von Bund und Ländern wollen wir in einem Pakt für

den digitalen Rechtsstaat . bündeln.

• Konflikte und Rechtsstreitigkeiten lassen sich oft auch außergerichtlich beilegen. Wir

stärken deshalb alternative Lösungsansätze wie Mediation und Schiedsverfahren. So

entlasten wir unsere Justiz von Bagatellangelegenheiten.

. Neue Lebensqualität in Stadt und Land – aus Liebe zu unserer Heimat

Unser Unionsversprechen: Wir arbeiten für eine gute Lebensqualität überall in Deutschland. Ob

großstädtischer Kiez, Kleinstadt oder Dorf: Wir respektieren und schützen jede Form von Hei-

mat. Wir sind eine offene Gesellschaft, in der alle ihre Träume verwirklichen können – und nie-

mand eingeredet bekommen darf, wie er zu wohnen und zu leben hat. Für uns ist Lebensqualität

keine Frage der Postleitzahl, sondern ein universeller Auftrag, den wir ernstnehmen, weil wir der

Schaffung von gleichwertigen Lebensverhältnissen in ganz Deutschland verpflichtet sind.

In unserem Modernisierungsjahrzehnt gehen wir die Herausforderungen des guten Lebens für

die Menschen an: vom bezahlbaren Wohnraum in Städten über neues Leben in Innenstädten und

Dorfkernen nach der Corona-Krise, von der Bewahrung der Natur und wirtschaftlicher Entwick-

lung in allen Regionen bis hin zur guten Nahversorgung und Verkehrsanbindung.

Auch hier setzen wir auf ein neues Denken: Wir werden nicht alle Probleme mit mehr Geld lösen

können. Vielmehr brauchen wir einen vernünftigen Mix aus klugen Investitionen, neuen Freiräu-

men, Experimentierfeldern und Anreizsystemen sowie Stärkung von Eigeninitiativen. Gleichzei-

tig setzen wir uns für den Zusammenhalt in der Gesellschaft ein, stärken Ehrenamt und Sport,

bieten Integration und schaffen moderne Bedingungen, damit sich Kultur und Kreativität nach-

haltig entwickeln können.

.. Gutes Wohnen in lebendigen Dörfern und Städten

Die eigenen vier Wände sind unser Zuhause, ein ganz hohes Gut. In der Corona-Pandemie

hat sich gezeigt, wie wichtig es ist, eine Wohnung zu haben, in der man sich wohlfühlt und

Platz hat zum Leben und auch, um zumindest zeitweise dort zu arbeiten. Genug Wohnraum

in einem intakten Umfeld ist ein Ziel von CDU und CSU. Wo Wohnraum teuer ist oder fehlt,

wie in vielen Großstädten, heißt unsere Devise: mehr, schnell, modern und bezahlbar

bauen. Wo Gebäude alt sind, gilt es, sie auf den heutigen Stand zu bringen und energetisch

zu sanieren. Der Wunsch nach einem Eigenheim soll schneller in Erfüllung gehen. Eine Poli-

tik gegen Einfamilienhäuser ist gegen die Interessen der Menschen und mit uns nicht zu

machen.

Mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen

Der beste Mieterschutz ist und bleibt ausreichender Wohnraum. Wir setzen nicht auf recht-

lich fragwürdige und ungeeignete Eingriffe, wie den Mietendeckel, sondern packen das

Problem an der Wurzel. Nur wenn das Wohnungsangebot steigt, können Mieten stabil blei-

ben.

• Unser Ziel ist, dass bis mehr als , Millionen neue Wohnungen entstehen. Wir füh-

ren unsere Wohnraumoffensive fort und setzen auf eine starke Wirtschaftsbranche, gute

Bedingungen und Wertschätzung für unser Handwerk und die Freien und Planenden Be-

rufe.

• Als Investitionsanreiz werden wir die derzeit befristeten Abschreibungsmöglichkeiten

beim Mietwohnungsbau verlängern. Derjenige, der neue Mietwohnungen schafft, soll

auch nach Ende fünf Prozent der Anschaffungs- und Herstellungskosten zusätzlich

von der Steuer absetzen können.

• Planungs- und Genehmigungsverfahren werden wir beschleunigen und gemeinsam mit

den Ländern Umsetzungshemmnisse abbauen. Wir wollen die Anzahl der Bauvorschrif-

ten signifikant verringern. Ein Bauantrag für Wohnimmobilien soll regulär zwei Monate

nach vollständiger Vorlage aller notwendigen Unterlagen abschließend bearbeitet sein

– andernfalls gilt er grundsätzlich als genehmigt.

• Wir wissen: Der Platz in Großstädten und Metropolregionen ist endlich. Deshalb gehört

zu einer ehrlichen Baupolitik auch, das Umland zu stärken – vor allem durch eine starke

Anbindung an Bus und Bahn sowie eine moderne Grundversorgung.

Nachhaltig, bezahlbar und altersgerecht bauen

Nachhaltig und bezahlbar bauen heißt für uns, umweltfreundliche Baustoffe zu verwenden

und flexibel Bauland auszuweisen, aber den Flächenverbrauch gering zu halten, barrierefrei

zu bauen und den sozialen Wohnungsbau zu fördern.

• Wir wollen das Bauen mit Holz und die Verwendung von Recyclingmaterial deutschland-

weit stärker voranbringen. Die Bauwirtschaft soll zu einer Kreislaufwirtschaft werden,

die auf mehr heimischen Baustoffen – wie zum Beispiel Sand, Gips und Holz – basiert

und Recyclingmaterial in Bauteilen nutzt.

• Wir wollen das große Potenzial von Nachverdichtung, Aufstockung von Gebäuden, An-

und Ausbauten, Überbauung von Parkplätzen und Supermärkten und der Brachflächen-

entwicklung ausschöpfen. Deshalb werden wir die Brachlandentwicklung im Rahmen der

Städtebauförderung verstärken und die Nachverdichtung fördern.

• Mit dem Baulandmobilisierungsgesetz ist es für Kommunen einfacher geworden, Bau-

land auszuweisen und auch innerörtliche Flächen zu mobilisieren. Wir wollen ihre Mög-

lichkeiten – unter Beachtung des Grundsatzes Innen- vor Außenentwicklung – noch wei-

ter vergrößern und ihnen noch mehr Flexibilität einräumen.

• Wir werden den sozialen Wohnungsbau weiter fördern und das Wohngeld ab regel-

mäßig anpassen. Wohnraum muss auch für Menschen mit geringem Einkommen bezahl-

bar sein. Beim sozialen Wohnungsbau werden wir mit den Ländern erörtern, ob sie auf

jeden Bundes-Euro mindestens einen Euro drauflegen und zweckgebunden einsetzen.

• Uns ist wichtig, dass Menschen möglichst lange in der eigenen Wohnung, im Haus oder

im angestammten Wohnviertel leben können. Deshalb werden wir die dafür erforderli-

chen Investitionen in den altersgerechten und barrierefreien Umbau – insbesondere

über KfW-Programme – unterstützen.

• Wir wollen mehr Flächen für den Wohnungsbau mobilisieren. Dazu werden wir prüfen,

wie Grundbesitzer, die landwirtschaftliche Flächen für Bauland zur Verfügung stellen,

die dabei erzielten Einnahmen steuerbegünstigt in den Mietwohnungsbau reinvestieren

können. So entlasten wir Städte und Ballungsräume.

Gebäude energetisch sanieren

Die energetische Sanierung unseres Gebäudebestands ist ein Muss. Nur so können wir die

Klimaziele erreichen. Gleichzeitig müssen vor allem Mieter vor finanzieller Überlastung ge-

schützt sein.

• Wir nehmen die Wohnungsbaugesellschaften in die Pflicht. Zudem werden wir die steu-

erliche Förderung der energetischen Sanierung, insbesondere von Betriebsgebäuden

und von vermieteten Wohnungen, weiter verbessern.

• Schrittweises Sanieren soll besser gefördert werden, da schon kleinere Maßnahmen

wichtig und wirksam sind.

• Wir werden „Mieterstrom“ voranbringen und noch bestehende Hemmnisse abbauen –

auch um lokale Zusammenschlüsse zu erleichtern. Mieter sollen genauso von der Ener-

giewende profitieren wie Eigenheimbesitzer.

Dörfer und Städte vitalisieren

Wir wollen unsere Innenstädte, Stadtteilzentren und Ortskerne erhalten. Sie müssen nach

der Corona-Krise neugestaltet und in ihrer Funktion als Orte der Begegnung und Vielfalt

gestärkt werden. Lebendige Fußgängerzonen, Marktplätze und der Einzelhandel vor Ort

machen unsere Städte lebenswert. Gleichzeitig stehen unsere Einzelhändler mit der Digita-

lisierung und dem E-Commerce vor enormen Herausforderungen. Auch die Corona-Pande-

mie stellt für sie eine historische Belastung dar.

• Deshalb werden wir einen Zukunftspakt für Innenstädte schmieden. Als wichtigen Teil

des Pakts werden wir zusätzlich zu den bestehenden Städtebauprogrammen ein Förder-

programm „Attraktive Innenstadt“ auflegen, von dem auch kleinere Städte und Gemein-

den profitieren. Damit wollen wir deutlich mehr Mittel bereitstellen, beispielsweise für

die Modernisierung von Fußgängerzonen oder den Umbau von Passagen und Ladenge-

schäften. Auch Dorf- und Innenstadtmanager mit einschlägigem Know-How sollen so ge-

fördert werden können.

• Wir werden Smart-City-Konzepte entwickeln und ein eigenständiges Programm für mehr

Grünflächen und natürliche Vielfalt in der Stadt auflegen.

• Auch die Dorfkernsanierung werden wir noch stärker fördern. Alle Altersgruppen sollen

mitten im Ort am öffentlichen Leben teilhaben können. Dazu werden wir den Wohnraum

im Ortskern für Alt und Jung neu in den Blick nehmen, die dortige Ansiedlung von Un-

ternehmen und Startups mit Investitionszulagen fördern und den Ausbau der Mehrfunk-

tionshäuser und Dorfläden unterstützen.

• Auf dem Land werden wir begleitend zum massiven Breitbandausbau Co-Working-

Spaces für kreatives Arbeiten fördern. So stärken wir Kleinstädte, Dörfer und ländliche

Räume und entlasten die Ballungszentren. Gleichzeitig tun wir etwas für den Klima-

schutz, weil viele Pendlerströme vermieden werden.

Den Traum vom Eigenheim verwirklichen

Das eigene Haus und die eigene Wohnung sind viel mehr als Wohnraum, sie sind Zuhause,

Zukunftsinvestition und Altersvorsorge. Wir unterstützen alle, die sich ein Eigenheim wün-

schen. Wohneigentum sollen sich auch Menschen mit normalem Einkommen und auch Fa-

milien leisten können. Wir wollen kein Deutschland, in dem sich nur Großverdiener ein

Haus kaufen oder bauen können.

• Wir werden das KfW-Wohneigentumsprogramm für Familien ausweiten. Wer Kinder hat,

soll stärker davon profitieren. Dazu sollten Darlehen, Tilgungszuschüsse oder Zinsverbil-

ligungen nach Anzahl der Kinder gestaffelt werden.

• Den Ländern werden wir ermöglichen, einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer beim

erstmaligen Erwerb selbstgenutzten Wohnraums von . Euro pro Erwachsenen

plus . Euro pro Kind zu gewähren.

• Fertighäuser im modularen Baustil können ein Mittel sein, Individualität und Ressour-

ceneffizienz gleichermaßen zu verbinden. Sie verdienen deshalb gerade mit Blick auf das

familiäre Eigenheim mehr Aufmerksamkeit.

• Die Sanierung im Bestand werden wir weiter fördern und eine neue Umbaukultur für

mehr bezahlbaren Wohnraum und neues Leben in alten Gebäuden entfachen.

• Attraktive Mietkaufmodelle sollen es vor allem jungen Menschen mit geringerer Kapital-

ausstattung ermöglichen, Wohneigentum zu erwerben. In diesem Zusammenhang prü-

fen wir auch die Unterstützung genossenschaftlicher Wohnmodelle.

.. Gleichwertige Lebensverhältnisse und wirtschaftliche Entwicklung in allen Regi-

onen

Gleichwertige Lebensverhältnisse zu erreichen, ist eine zentrale Aufgabe für eine funktio-

nierende Gesellschaft. Dazu sind viele Anstrengungen notwendig – die Gleichbehandlung

von Stadt und Land bei der digitalen Infrastruktur, die Stärkung unserer Dörfer und Städte

in benachteiligten Regionen, neue Konzepte der Mobilität, Nahversorgung und Arbeit so-

wie die weitere Stärkung des Ehrenamts.

Zukunftsregionen schaffen: Stadt und Land zusammenbringen

Wir haben ein gesamtdeutsches Fördersystem für strukturschwache Regionen geschaffen.

Damit haben wir den Grundstein dafür gelegt, dass die Regionen, die im Struktur- oder de-

mografischen Wandel stehen, neue Kraft gewinnen und sich neu erfinden können. Struk-

turschwache Regionen und ländliche Räume werden wir weiter verlässlich fördern und dort

massiv in die Infrastruktur jeder Art investieren.

• Wir wollen die von Bund und Ländern getragene „Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur

und Küstenschutz“ als wichtiges Förderinstrument für die ländlichen Räume weiterent-

wickeln und damit insbesondere regionale Wertschöpfungsketten stärken.

• Aus besonders strukturschwachen Gebieten werden wir Modellregionen machen. Hier

fördern wir nicht nur Investitionen, sondern streben auch weniger Bürokratie an. Wer

investiert, kann dort von Standards abweichen, die nicht sicherheits- und umweltrele-

vant sind. Genehmigungsverfahren werden wir beschleunigen.

• Ländliche Regionen sollen Innovationsräume sein. Wir wollen, dass Startups leerste-

hende landwirtschaftliche Gebäude und ehemalige Stallungen nutzen können. Davon

sollen vor allem Unternehmen der grünen Branche mit neuen Herstellungsverfahren für

Lebensmittel oder neuen landwirtschaftlichen Verfahren, wie Vertical Farming, profitie-

ren. Hindernisse im derzeitigen Bau- und Planungsrecht werden wir beseitigen.

• Stadt und Land müssen zusammengedacht werden. Bundesmittel werden wir deshalb

zunehmend an gemeinsame Planungen in den Regionen binden und an räumlich sinn-

volle Planungsverbünde vergeben. Wir setzen vermehrt auf Regionalbudgets ohne the-

matische und organisatorische Vorgaben. So schaffen wir Platz für die Entwicklung neuer

Ideen und pragmatischer Lösungen vor Ort.

Zukunft Ost – Chancen für das geeinte Deutschland schaffen

Die Friedliche Revolution und die Deutsche Einheit haben sich bereits zum . Mal gejährt.

Die Bürgerinnen und Bürger in Ostdeutschland haben in den vergangenen Jahren nicht nur

einen tiefgreifenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umbruch gemeistert, sondern

viele Regionen zu starken Clustern in Wirtschaft und Wissenschaft entwickelt. Wir wollen

dies weiter stärken und gleichzeitig auch die ländlichen Regionen unterstützen. Wir wollen

niemanden vergessen und mit unserer Politik die besondere Prägung der Menschen in den

neuen Bundesländern nicht aus den Augen verlieren. Wir wollen die internationale Vernet-

zung besonders nach Mittel- und Osteuropa vorantreiben und die Verbindungen zu unse-

ren Nachbarländern weiter festigen. Gemeinsam mit unseren osteuropäischen Nachbarn

werden wir ein starkes Europa sein.

• Wir stehen zum vereinbarten Kohle-Kompromiss. Die Braunkohle-Regionen, die be-

troffenen Energieunternehmen, die Zulieferer und vor allem die Beschäftigten können

sich auf uns verlassen.

• Die Ansiedlung weiterer Bundesbehörden in Ostdeutschland, besonders im ländlichen

Raum, werden wir fortsetzen. So wollen wir eine neue digitale Ausbildungsstätte der

Bundeswehr in den neuen Bundesländern schaffen. Mit dem Schwerpunkt der Digitali-

sierung soll sie nicht nur als Ausbildungs-, sondern auch als berufsbegleitendes Weiter-

bildungszentrum für die Bundeswehr etabliert werden.

• Die Verkehrsinfrastruktur nach Polen und Tschechien werden wir mit einem Sonderpro-

gramm intensiv ausbauen und dadurch unsere gemeinsamen Grenzregionen im Herzen

Europas weiter stärken.

• Die guten regionalen Kenntnisse und nachbarschaftlichen Erfahrungen der neuen Bun-

desländer in den Grenzregionen wollen wir nutzen, um den wissenschaftlichen Dialog

und die Kooperation vor allem mit den mittel- und osteuropäischen Nachbarländern zu

stärken. Wir werden die Wissenschaftsbeziehungen in die mittel- und osteuropäischen

Staaten ausbauen, beispielsweise durch eine regelmäßige Wissenschaftskonferenz und

die Gründung eines deutsch-tschechischen Forschungsinstituts.

• Um das Innovationssystem im internationalen Maßstab auszubauen, müssen die besten

wissenschaftlichen Talente mit Innovationsorientierung gezielt gefördert werden. Ge-

meinsam mit der Fraunhofer-Gesellschaft und führenden Universitäten werden wir da-

für einen Joint Innovation Track als Pilotprojekt fördern, um Wissenschaftlerinnen und

Wissenschaftler in Richtung einer universitären Berufung weiterzuentwickeln, die aka-

demische Exzellenz mit einem außergewöhnlichen Verständnis für angewandte For-

schung verbinden. Diese gezielte Nachwuchsförderung zugunsten eines effizienten

Technologietransfers soll in den neuen Bundesländern erprobt und bei Erfolg bundes-

weit ausgebaut werden.

• Wir wollen das Weimarer Dreieck Frankreich – Deutschland – Polen stärken und das Ver-

ständnis füreinander fördern. Deshalb werden wir ein Jugendaustauschprogramm zwi-

schen diesen drei europäischen Staaten auf den Weg bringen und Anreize für neue Städ-

tepartnerschaften setzen.

• Wir sind in dieser Legislaturperiode einen ersten Schritt zur Übernahme eines höheren

Anteils bei den Erstattungen an die Rentenversicherung für die Ansprüche aus den Son-

der- und Zusatzversorgungssystemen der ehemaligen DDR gegangen. Damit haben wir

die ostdeutschen Bundesländer entlastet. In der kommenden Legislaturperiode wollen

wir einen weiteren Schritt gehen.

• Mit der Überführung der Stasi-Akten ins Bundesarchiv sind eine dauerhafte Aufarbei-

tung und Beforschung dieses Aspektes der SED-Diktatur und die bewährte Form der Ak-

teneinsicht auch weiterhin gewährleistet. Zur Bewältigung der Folgen der Diktatur für

die Betroffenen ist die Positionierung der Opferbeauftragten beim Deutschen Bundes-

tag ein wichtiger Meilenstein. Wir wollen Wissenschaft und Forschung zur SED-Diktatur

auch in den kommenden Jahren explizit fördern und ausbauen.

Menschen für ländlichen Raum begeistern und Arbeitsplätze auf dem Land schaffen

In vielen ländlichen Regionen werden Arbeitskräfte gesucht. Gerade junge Menschen, die

zum Studieren in die Städte gegangen sind, sind sich der großen Chancen in ihrer Heimat

oft gar nicht bewusst. Das werden wir ändern. Auch wollen wir mit Leuchttürmen im Grü-

nen neue qualifizierte Arbeitsplätze in strukturschwache Regionen bringen.

• Wir unterstützen die flächendeckende Einrichtung von Heimatagenturen. Sie werden ak-

tiv um junge Menschen und Familien für die ländlichen Räume werben und der örtlichen

Wirtschaft bei der Suche nach Fachkräften helfen.

• Wir haben bereits begonnen, Behörden und Forschungseinrichtungen zu dezentralisie-

ren und vor allem im Osten Deutschlands anzusiedeln. In Zukunft wollen wir so auch den

Strukturwandel in den ehemaligen Kohleregionen gestalten. Wir werden die Anstren-

gungen zur Verlagerung von Bildungs-, Forschungs- und Verwaltungseinrichtungen er-

höhen.

• Ebenso werden Unternehmen, Hochschulen und Verbände durch unsere aktive Struktur-

politik unterstützt, sich in ländlichen Regionen anzusiedeln.

Wirtschaftsfaktor Tourismus ausbauen

Tourismus ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in Stadt und Land. Mit der Weiterentwicklung

der nationalen Tourismusstrategie der Bundesregierung schaffen wir die Voraussetzungen

für ein qualitatives und nachhaltiges Wachstum des Tourismus.

• Die Tourismuswirtschaft und die touristische Infrastruktur berücksichtigen wir auch bei

der Ausgestaltung eines gesamtdeutschen Fördersystems für strukturschwache Räume.

• Die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Deutschlandtourismus sichern wir mit ei-

ner Stärkung des Auslandsmarketings der Deutschen Zentrale für Tourismus.

Dörfer und Regionen smart machen

Unser Anspruch ist: Alles muss vom Dorf aus erreichbar sein! Eine gute Versorgung mit al-

len Leistungen der Daseinsvorsorge, mit Gütern und Dienstleistungen ist möglich, wenn

Vor-Ort-Angebote, digitale Möglichkeiten und eine gute Anbindung zusammengebracht

werden.

• Wir arbeiten mit Hochdruck an Gigabit-Anschlüssen und einer flächendeckenden Mobil-

funkanbindung, perspektivisch möglichst schnell mit G. Dort, wo die Wirtschaftlich-

keitsprüfung von Unternehmen zur Installation von Glasfaserleitungen scheitert, wer-

den wir die Kommunen in die Lage versetzen, den Breitbandausbau in Eigenregie voran-

zutreiben.

• Gleichzeitig werden wir bereits digitale Anwendungen erproben und Rahmenbedingun-

gen für ihren Einsatz in allen Lebensbereichen schaffen. Wir werden integrierte Lösun-

gen für ländliche Regionen entwickeln und in „Digitalen Dörfern“ modellhaft umsetzen.

• Mit einer neuen Smart-City und einer Smart-Country-Strategie werden wir Städte, Kom-

munen und Regionen bei der Digitalisierung unterstützen.

Gute medizinische Versorgung auf dem Land sichern

Anspruch und Ziel von CDU und CSU ist eine gute medizinische Versorgung – unabhängig

von Alter, Wohnort und Geldbeutel.

• Zusammen mit den Ländern werden wir zusätzliche Studienplätze für Humanme-

dizin schaffen und gleichzeitig die Landarztquote bei der Studienplatzvergabe über die

heutige Grenze von zehn Prozent hinaus erhöhen.

• Damit chronisch Kranke und ältere Patienten gut und kontinuierlich versorgt sind, brin-

gen wir die Telemedizin voran und setzen ergänzend zur klassischen Hausarztversor-

gung auf den Einsatz von Gemeindeschwestern.

• Wir müssen alles daransetzen, die wohnortnahe geburtshilfliche Versorgung im ländli-

chen Raum zu sichern und die Pflegekapazitäten auszubauen.

Die beste Verkehrsinfrastruktur schaffen

Wohlstand braucht eine Verkehrsinfrastruktur orientiert an den Bedürfnissen von Men-

schen, Wirtschaft und Umwelt. Wer gleichwertige Lebensverhältnisse will, muss auch die

vielfältigen Realitäten in Stadt und Land anerkennen. Immer mehr Menschen wollen auf die

Bahn oder das Fahrrad umsteigen, aber auch weiterhin – gerade auf dem Land – auf guten

Straßen mit dem Auto oder dem Bus unterwegs sein können.

• Wir setzen auf die beste Infrastruktur für unser Land. Wir werden unser Verkehrsnetz

mit Schienen, Straßen und Wasserstraßen in Stand halten und weiter zukunftsfest ma-

chen. Dafür werden wir die von uns erreichten Rekordinvestitionen auf hohem Niveau

verlängern.

• Den Nationalen Radverkehrsplan werden wir mit Nachdruck umsetzen und fortentwi-

ckeln. Wir setzen auf gut ausgebaute und gut vernetzte Radwege, Radschnellwege sowie

mehr Sicherheit für Radfahrer und mehr Abstellmöglichkeiten.

•

Wo Städte und Dörfer durch Verkehr belastet sind, werden wir für Entlastung durch

smarte Verkehrsführungen und die Stärkung des ÖPNV sorgen. Wir werden aber auch

weiterhin Ortsumgehungen bauen. Und wo es häufig Stau gibt, werden wir unsere Bun-

desstraßen und Autobahnen erweitern. Weniger Staus bedeuten mehr Klimaschutz.

•

Gleichzeitig sorgen wir für mehr Lärmschutz an den Verkehrswegen und werden die

Lärmgrenzwerte überprüfen.

Überall nachhaltig mobil sein

Menschen sollen so mobil sein, wie sie es möchten: individuell, flexibel und umweltfreund-

lich. Dabei ist uns die Wahlmöglichkeit zwischen den Verkehrsangeboten genauso ein An-

liegen wie die Vernetzung und Digitalisierung von Mobilitätsformen. Mobilität muss ein-

fach, flexibel und komfortabel für Jung und Alt sein – auf dem Land, in der Stadt und auch

für mobilitätseingeschränkte Personen.

• Unser Ziel ist es, überall ein bedarfsgerechtes Grundangebot im öffentlichen Verkehr

sicherzustellen – auch auf dem Land. Wir wollen deshalb einen flächendeckenden Min-

deststandard schaffen, der allen Menschen einen gleichwertigen, barrierearmen und ein-

fachen Zugang zum ÖPNV gewährt. Den Deutschlandtakt werden wir im Fern- und Re-

gionalverkehr realisieren.

• Je besser Menschen über das Angebot der Verkehrsunternehmen informiert sind, umso

mehr werden sie den ÖPNV nutzen. Wir unterstützen deshalb den Betrieb digitaler, of-

fener und diskriminierungsfreier Mobilitätsplattformen als Eingangstür für alle Ange-

bote des öffentlichen Verkehrs einschließlich des ÖPNV.

• Wir werden die Chancen der Digitalisierung für den ÖPNV und die Vernetzung verschie-

dener Verkehrsträger nutzen. Echtzeitinformationen mit alternativen Empfehlungen für

die Weiterfahrt sind selbstverständlich, ergänzende Mobilitätsservices, Sharing-, Roller-

, Rad- und Fußverkehr müssen integriert werden.

• Attraktive Verkehrskonzepte umfassen eine echte Verzahnung zwischen motorisiertem

Individualverkehr und dem ÖPNV. Wir wollen Mobilitätsstationen entlang wichtiger Inf-

rastruktur entstehen lassen und durch vernetzte Wegeketten ein Rückgrat für die nach-

haltige Mobilität formen. Dafür werden wir bestehende Park & Ride-Angebote weiter-

entwickeln und beispielsweise solargetriebene Lademöglichkeiten für PKW, E-Roller und

E-Bikes integrieren.

• Eine wichtige Ergänzung des öffentlichen Verkehrs sind Poolingangebote und Bedarfs-

halte, für die wir bereits rechtsichere Rahmenbedingungen geschaffen haben und nun

die neue Mobilität bei der Personenbeförderung voranbringen wollen.

• Wir wollen die nachhaltige Gestaltung der Mobilität befördern und Entwicklungen über

die Einrichtung von Reallaboren der Zukunftsmobilität anstoßen. So kann in Stadtteilen

und Landkreisen erprobt und erlebt werden, wie die Mobilität der Zukunft aussieht und

welche Angebote wir zukünftig deutschlandweit ausrollen können.

• Deutschland ist das Land der Ideen und der Innovationen, der kreativen Köpfe, Initiati-

ven, Wissenschaftler, Startups, der Industrie und des Mittelstands. Mit dem Deutschen

Zentrum für die Mobilität der Zukunft wollen wir all das bündeln und verbinden. Dabei

geht es uns ganz konkret darum, die Zukunftsfähigkeit des Mobilitätsstandorts Deutsch-

land zu stärken, Produktentwicklungen zu beschleunigen, für nachhaltige und innovative

Mobilität - wie das autonome Fahren - zu begeistern.

Alle Verkehrsteilnehmer schützen

• Deutschland braucht mehr Miteinander von Radverkehr, Fußverkehr, ÖPNV und moto-

risiertem Verkehr. Kommunen sollen mehr Spielräume bei der Gestaltung von fuß- und

radverkehrsfreundlichen Räumen erhalten und beispielsweise Fahrrad-Vorrangrouten

ausweisen können. Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer steht für uns dabei an erster

Stelle.

• Die Zahl der Getöteten und Schwerverletzten soll auf null sinken. In den letzten Jahren

ist die Zahl der Verkehrstoten bereits deutlich gesunken. Die Einführung von Fahrassis-

tenzsystemen und automatisierten Fahrfunktionen zur Erhöhung der Sicherheit werden

wir weiter vorantreiben und fördern. Dies gilt insbesondere für den LKW- und PKW-Ver-

kehr.

Schöpfung bewahren

Der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, von Lebensräumen und Arten ist von zentra-

ler Bedeutung, auch um die biologische Vielfalt in Deutschland zu fördern. Wir wollen dazu

unsere Schutzgebiete erhalten, weiterentwickeln und besser miteinander vernetzen.

• Wir werden eine nationale Biodiversitätsstrategie vorlegen, die sich an den Zielen der

Europäischen Biodiversitätsstrategie und des Übereinkommens über die biologische

Vielfalt (CBD) orientiert.

• Wir wollen sorgsam mit unseren Böden umgehen. Wir werden die Versiegelung weiter

reduzieren und die Entsiegelung und die Nachnutzung von bereits versiegelten Flächen

vorantreiben.

• Dort, wo die Nutzung Eingriffe in Natur und Landschaft nach sich zieht, werden wir die

Kompensationsvorschriften des Naturschutz- und des Baurechts überprüfen und Kom-

pensationsmaßnahmen so weiterentwickeln, dass sie zielgerichtet die Biodiversität in

der Region fördern. Dabei setzen wir auf einen in die Landwirtschaft integrierten Aus-

gleich, auf die qualitative Aufwertung von Biotopen und den Einsatz von Ersatzgeldzah-

lungen für die Instandhaltung und den Erhalt von Biotopen.

• Wir werden die bedrohten Arten, die auf der Roten Liste stehen, und ihre Lebensräume

besser schützen. Hierzu werden wir das Monitoring sowie die Forschung weiter aus-

bauen, um so den Schutzstatus der Arten besser überprüfen zu können.

• Die Biologische Vielfalt unserer Meere und Küsten ist ein großer Schatz. Deshalb gilt es,

den Schutz der Ost- und Nordsee sowie des Wattenmeeres gemäß der Europäischen Bio-

diversitätsrichtlinie unter Berücksichtigung der Fischerei zu verbessern.

• Wir werden ein nationales Klimaanpassungsgesetz zur Daseins- und Zukunftsvorsorge

einbringen, um den Folgen des Klimawandels in der Stadt, auf dem Land sowie an den

Küsten, Meeren und in den Bergen zu begegnen.

.. Stärkung von Zusammenhalt und Ehrenamt

Die vor uns liegenden Herausforderungen brauchen einen starken gesellschaftlichen Zu-

sammenhalt. Er erwächst aus sozialen Beziehungen, einer positiven Verbundenheit der

Menschen mit dem Gemeinwesen und einer ausgeprägten Gemeinwohlorientierung. Wir

haben den Anspruch, eine aktive Bürgergesellschaft zu gestalten, in der sich jeder Einzelne

für seine Mitmenschen einsetzen kann und dadurch Verantwortung übernimmt.

Ehrenamt fördern

Bürgerschaftliches, freiwilliges und ehrenamtliches Engagement gehört zu den zentralen

Elementen einer lebendigen Demokratie. Es ist eine der wesentlichen Grundlagen des ge-

sellschaftlichen Zusammenhalts. Wir haben das Ehrenamt immer gefördert und neue For-

mate – wie etwa die Mehrgenerationenhäuser, den Bundesfreiwilligendienst und die Deut-

sche Stiftung für Engagement und Ehrenamt – ins Leben gerufen. Der Erfolg spricht für sich:

Heute engagiert sich fast jede dritte Person ab Jahren ehrenamtlich. Die Zahl der ehren-

amtlich Tätigen steigt weiter an.

• Wir wollen noch mehr junge Erwachsene für den Dienst an der Gesellschaft gewinnen.

Wir wollen die Attraktivität der Freiwilligendienste – etwa durch die Anpassung des Ta-

schengelds, eine breite Angebotsauswahl und eine hohe Qualität der Angebote – weiter

steigern und einen Rechtsanspruch einführen. Über die Möglichkeiten der Freiwilligen-

dienste soll vermehrt schon in den Schulen informiert werden.

• Vorhaben, die das Ehrenamt unterstützen und auch in strukturschwachen und ländlichen

Regionen von besonderer Bedeutung sind, werden wir fördern. Neben den Aktivitäten

der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt werden wir daher die Einrichtung

von Anlaufstellen für das Ehrenamt in Kreisen und Gemeinden flankierend begleiten. Sie

können die Ehrenamtlichen beraten, ihnen die Arbeit erleichtern und bei der Vernetzung

und Qualifizierung helfen.

• Zugleich wollen wir mehr Seniorinnen und Senioren, Menschen mit Zuwanderungsge-

schichte und Menschen mit Behinderung für das Ehrenamt gewinnen.

Religion als wertvollen Teil unserer Gesellschaft begreifen

Wir betrachten es als wertvollen Bestandteil unseres Grundgesetzes, dass es Staat und Re-

ligion einerseits trennt und es andererseits ermöglicht, dass Religion unsere Gesellschaft

bereichert. Die Kirchen und die Religionsgemeinschaften haben gerade auch in der Corona-

Pandemie einen unverzichtbaren Dienst am Nächsten geleistet und den Blick auf jene ge-

lenkt, die es in dieser Zeit am schwersten hatten.

• Wir bekennen uns zum bewährten Konzept des Religionsverfassungsrechts und zum Ko-

operationsmodell zwischen Kirche und Staat. Religionsfreiheit kann es nur auf dem Bo-

den des Grundgesetzes geben, das dieser Freiheit Ausdruck verleiht.

• Wir haben Vertrauen in das Potenzial von Religion, Werte zu vermitteln und einen wich-

tigen Beitrag für das Gemeinwesen zu leisten. Die Freiheit der Kirchen und Religionsge-

meinschaften, in die Gesellschaft hineinzuwirken, muss daher unantastbar bleiben.

• Wir bekennen uns zum Schutz der christlichen Feiertage ebenso wie zur Sonntagsruhe.

Der Religionsunterricht an Schulen ist dabei essenziell.

• Wir setzen uns für die grundgesetzlich garantierte Religionsfreiheit aller Menschen ein.

Diese Religionsfreiheit verstehen wir in einem positiven Sinne: Religionen sollen in der

Öffentlichkeit eine starke Stimme sein. Dazu gehören der regelmäßige Austausch und

der Dialog mit den verschiedenen Religionsgemeinschaften dieses Landes.

• Wir halten es für wichtig, dass hierzulande predigende Imame auch in Deutschland und

in deutscher Sprache ausgebildet werden. Das erleichtert die Integration.

.. Integration als Fundament des Miteinanders

Wer in Deutschland lebt, ist Teil unserer Gesellschaft. Uns ist wichtig, dass Menschen mit

Zuwanderungsgeschichte in allen Bereichen teilhaben können. Ihre Integration ist auch die

Voraussetzung für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Integration besteht für uns aus För-

dern und Fordern.

• Voraussetzung für eine gelingende Integration ist ein Bekenntnis zu Deutschlands

grundlegenden Werten und Normen, seiner Verfassung, seinen Gesetzen, seinen Insti-

tutionen, seiner Geschichte, Sprache und Kultur. Wir haben die Erwartung, dass die zu

uns kommenden Menschen unsere Werte teilen, sich an unsere Gesetze halten und un-

sere Sprache sprechen.

• Sprache hat überragende Bedeutung – für die gleichberechtigte Teilhabe, aber auch für

die Identifikation mit unserem Land und unserer Kultur. Wir wollen den Spracherwerb

beschleunigen und setzen dabei vermehrt auf digitale, flexible und zielgruppenspezifi-

sche Angebote.

• Auch Zuwanderer und ihre Familien aus der Europäischen Union sollen durch gezielte

Informations- und Sprachförderungsmaßnahmen bessere Unterstützung erhalten, um

ihren Zuzug in qualifizierte Beschäftigung und die Integration der ganzen Familie von

Anfang an zu fördern.

• Für eine gezielte Frühförderung halten wir eine flächendeckende Sprachstanderhebung

bei Kindern und die Einführung einer verbindlichen Sprachförderung für notwendig.

Kommunale Integrationsfachkräfte werden wir durch ein Bundesprogramm fördern und

dadurch insbesondere die Beratungsangebote in Kitas und Grundschulen verbessern.

• Frauen und Mütter sind in Integrationskursen unterrepräsentiert und haben oft größere

Schwierigkeiten bei der Arbeitsmarktintegration. Durch gezielte digitale Angebote wol-

len wir sie beim Spracherwerb unterstützen und mit niedrigschwelligen Beratungsange-

boten fördern. Damit wollen wir auch Kinder besser erreichen.

Chancen von Migrantinnen und Migranten verbessern

Wir wollen die Arbeitsmarktintegration von Migranten zu einer Erfolgsgeschichte machen.

Die Erwerbstätigenquote steigt kontinuierlich an. Die vielen Menschen mit erfolgreichen

Integrationsgeschichten sind wichtige Vorbilder für gelingende Integration.

• Wir wollen daher die Anerkennung und Übertragbarkeit ausländischer Qualifikationen

weiter fördern und ein besonderes Gewicht auf die Arbeitsmarktintegration von Frauen

legen.

• Wir freuen uns über die Gründungsbereitschaft von Menschen mit Zuwanderungsge-

schichte. Mit einem befristeten Programm wollen wir Kenntnisse über Gründungs-

schritte, Kreditzugang und Zulassungsvoraussetzungen zielgerichtet vermitteln.

• Chancengerechtigkeit soll es in der gesamten Gesellschaft geben – in der Wirtschaft, in

der Bildung und auch im öffentlichen Dienst. Wir werben dafür, dass sich mehr junge

Menschen für eine berufliche Laufbahn im öffentlichen Dienst entscheiden. Dies stärkt

auch die Identifikation von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte mit unserem Staat.

Vertriebene und Aussiedler wertschätzen

Wir bekennen uns zur Geschichte aller Deutschen – auch derer, die ein besonders schweres

Kriegsfolgeschicksal erleiden mussten. Das kulturelle Erbe der Heimatvertriebenen und

Aussiedler ist ein selbstverständlicher und wertvoller Teil unserer Identität. Ohne die Hei-

matvertriebenen wäre der Wiederaufbau unseres Landes nach dem Zweiten Weltkrieg so

nicht gelungen. Aussiedler sind mit ihrem Können, ihrem Fleiß und ihrer kulturellen Tradi-

tion ein Gewinn für unser Land. Vertriebene und ihre Nachkommen, Aussiedler und deut-

sche Minderheiten im Ausland haben Brücken der Verständigung in Europa gebaut. Ein ge-

eintes, friedliches und starkes Europa ist eine entscheidende Grundlage für das vor uns lie-

gende Modernisierungsjahrzehnt. Der Verständigungs- und Gestaltungswille der Vertrie-

benen und Aussiedler sind uns hierfür eine wichtige Leitschnur.

• Wir werden den verständigungs- und erinnerungspolitischen Einsatz der Vertriebenen-

und Aussiedlerverbände, den Kulturerhalt und die Kulturarbeit durch eine zukunftssi-

chere Förderung stärken. Nötig sind außerdem Akzente in Bildung und Forschung, um

durch moderne Vermittlungsmethoden das Wissen hierüber zu festigen.

• An der gesetzlich garantierten Aufnahme von Spätaussiedlern werden wir festhalten und

weiterhin Eingliederungshilfen leisten. Fremdverschuldeter Altersarmut und renten-

rechtlichen Benachteiligungen bei Aussiedlern und Spätaussiedlern werden wir ent-

schieden begegnen.

• Die deutschen Minderheiten und Volksgruppen in verschiedenen Ländern wollen wir

weiterhin darin unterstützen, ihre Sprache und Kultur zu pflegen.

• Uns ist wichtig, das Amt des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und

nationale Minderheiten in einer exponierten Stellung in der Bundesregierung zu stärken.

• Die Bundesförderung zur Pflege des Kulturgutes der Vertriebenen und Flüchtlinge und

zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung nach § Bundesvertriebenengesetz

wollen wir als einen Ankerpunkt der Vertriebenen- und Aussiedlerpolitik stärken.

.. Deutschland als Kulturnation

Kultur ist wichtiger Standortfaktor. Sie ist aber vor allem eins: sie ist Ausdruck von Huma-

nität. Kultur stiftet Identität, Gemeinschaft und Zusammenhalt. Kulturelle Bildung und eine

lebendige kulturelle Infrastruktur gehören als Teil der Daseinsvorsorge in den Alltag aller

Bürgerinnen und Bürger. Die Möglichkeit, Kunst und Kultur – egal ob Breitenkultur oder

Spitzenkultur - zu erleben, ist eine entscheidende Voraussetzung für gleichwertige Lebens-

verhältnisse in ganz Deutschland. Wir werden unsere erfolgreiche Kulturpolitik in den Kom-

munen, den Ländern und vor allem im Bund unter Einbezug der Kulturverbände konsequent

fortsetzen.

• Wir setzen alles daran, dass bis zur Pandemie erreichte hohe jährliche Wachstum der

Kultur- und Kreativwirtschaft und deren beeindruckende wirtschaftliche Dynamik wie-

derzugewinnen. Diese Branche mit ihren , Millionen Erwerbstätigen steht wie kaum

eine andere für kreative Erneuerung, aber auch für kulturelle Vielfalt und künstlerische

Qualität.

• Um die Folgen der Pandemie zu mildern, wird das Programm „Neustart Kultur“ für alle

Akteure und Sparten fortgesetzt.

• Mit Förderprogrammen wie etwa „Kultur im ländlichen Raum“, dem Denkmalschutz-Son-

derprogramm und dem Zukunftsprogramm Kino unterstützen wir die Kultur auf dem

Land.

• Wir stärken die Kultur- und Kreativwirtschaft und den Filmstandort Deutschland und da-

mit nicht nur die Kultur, sondern auch einen wichtigen Wirtschaftsfaktor. Dazu führen

wir die Film-, Musik-, Literatur-, Verlags- und Games-Förderung fort und werden die För-

derinstrumente von Bund, Ländern und der Filmförderungsanstalt stärker aufeinander

abstimmen.

• Die deutsche Sprache ist ein besonders wichtiger Teil unserer Identität. Wir wollen sie

weiterhin fördern und wertschätzen, als Kultur-, Amts- und Umgangssprache.

•

Wir bewahren unsere Traditionen. Für CDU und CSU ist der Kulturföderalismus in

Deutschland mit seinem historisch gewachsenen Reichtum an regionalen Identitäten

eine bereichernde Kraft der Vielfalt, die es zu wahren gilt. Wir stehen für die Pflege und

den Erhalt alter Bräuche, Trachten und Volkstänze sowie heimatlichen Liedguts. Dabei

werden wir insbesondere die Laien- und Amateurmusik sowie die freien Ensembles un-

terstützen.

•

Die vier nationalen Minderheiten in Deutschland – Dänen, Sorben, Friesen, deutsche

Sinti und Roma – gehören mit ihren Traditionen zur kulturellen Vielfalt unseres Landes,

die es zu bewahren gilt. Deshalb sollen bestehende Förderungen fortgeschrieben wer-

den.

• Im Interesse der Nachhaltigkeit wollen wir unseren Beitrag dazu leisten, dass Kulturein-

richtungen, Filmproduktionen oder Kulturevents ihren ökologischen Fußabdruck deut-

lich verkleinern.

• Die soziale Absicherung von Künstlern ist uns wichtig. Wir werden deshalb die Künstler-

sozialversicherung stärken und Künstler und Kreative besser absichern, indem wir den

Schutz in der gesetzlichen Kranken - und Pflegeversicherung bei selbstständiger nicht-

künstlerischer Nebentätigkeit dauerhaft ausbauen. Zudem werden wir prüfen, wie die

Arbeitslosenversicherung für Beschäftigte in der Kulturbranche weiterentwickelt wer-

den kann.

Erinnerungskultur lebendig halten

Die Vorhaben zur Wahrung der Erinnerungskultur, die Aufarbeitung der NS-Zeit und der

SED-Diktatur zur Schärfung des Bewusstseins der nachkommenden Generationen gegen

Antisemitismus, Rassismus und Extremismus bleiben für uns dauerhafte Aufgaben.

• Mit der Stiftung „Orte der deutschen Demokratiegeschichte“ werden wir an historischen

Orten Rückschau auf demokratische Sternstunden halten, um die Kräfte der Zivilgesell-

schaft und die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie zu stärken.

• Das Bundesprogramm „Jugend erinnert“ wollen wir ausbauen und die Zeitzeugenarbeit

in das digitale Zeitalter führen.

• Die Provenienzforschung vor allem zum NS-Kunstraub wie auch zu Kulturgutentziehun-

gen während der SED-Diktatur und des Kolonialismus bleiben kulturpolitischer Schwer-

punkt.

• Ebenso bleibt uns der Schutz von Künstlerinnen und Künstlern, die im Ausland verfolgt

werden und in Deutschland Exil suchen, ein wichtiges Anliegen.

.. Eine moderne Medienlandschaft

Für uns sind freie und pluralistische Medien Grundpfeiler einer verantwortungsvollen de-

mokratischen Gesellschaft. Die Weiterentwicklung eines vielfältigen und anspruchsvollen

Mediensystems aus Presse, Rundfunk und Onlineangeboten bleibt ein zentraler Bestandteil

unserer Medienpolitik.

• Wir bekennen uns zu einem starken, unabhängigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Wir

setzen uns für eine Reform des Auftrags ein, der dem technischen Fortschritt und dem

veränderten Nutzungsverhalten Rechnung trägt.

• Wir wollen anregen und ermöglichen, dass Rundfunkanstalten stärkere Kooperationen

eingehen und weitere Synergien schaffen – auch im Sinne der Beitragszahlerinnen und

Beitragszahler.

• Die Deutsche Welle wollen wir zum stärksten Auslandssender Europas aufbauen.

• Alle Bürgerinnen und Bürger sollen sich gut darüber informieren können, was bei ihnen

vor Ort geschieht. Dabei kommt es wesentlich auf Abonnementzeitungen und Anzeigen-

blätter an. Wir werden zielgerichtete Instrumente zur Förderung des Absatzes, der wei-

teren Unterstützung und des Vertriebs entwickeln, die neben finanzieller Unterstützung

auch Erleichterungen für die Beschäftigung von Zustellern und Zustellerinnen umfassen.

Passenden Rahmen für digitale Mediennutzung setzen

In den vergangenen Jahren hat sich die Meinungsvielfalt weltweit erhöht – durch den digi-

talen Wandel, zunehmende Medienkonvergenz, Innovationen und damit einhergehenden

höheren Reichweiten. Zugleich sind durch den unregulierten Vormarsch der Digitalkon-

zerne Risiken entstanden: Meinungsdiskriminierung, Manipulation, Missbrauch von Markt-

und Meinungsmacht oder Verletzung der Privatsphäre. Es bedarf daher moderner und

neuer Regelwerke und Kontrollmechanismen.

• Unser Ziel ist es, die Medien- und Nachrichtenkompetenz aller Bürgerinnen und Bürger

zu stärken. Zudem wollen wir das Schutzniveau für Jugendliche im Internet anheben. Die

großen Digitalkonzerne müssen Verantwortung übernehmen und – wo nötig – reguliert

werden.

• Bürgerinnen und Bürger sollen auch in der digitalen Welt auf die Richtigkeit der Nach-

richten vertrauen können. Private und öffentlich-rechtliche audiovisuelle Medienange-

bote sowie journalistisch-redaktionelle Inhalte, deren Beitrag ein Wert für die Gemein-

schaft ist, sollen auf modernen Medienplattformen einfacher auffindbar sein.

• Wir werden die Rahmenbedingungen so setzen, dass die Angebote der Kunst- und Krea-

tivwirtschaft in der digitalen Ära nachhaltig refinanziert werden können.

.. Engagierte Sportförderung

Sport und Bewegung stärken die Gesundheit, das soziale Miteinander, die Bildung, die In-

klusion, die Integration und damit den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Acht Millio-

nen Menschen engagieren sich in mehr als Sportvereinen und leisten damit einen

unverzichtbaren Beitrag für das Gemeinwohl und eine lebendige Zivilgesellschaft. Pande-

miebedingt haben viele Kinder und Erwachsene ihren Sport schmerzlich vermisst, Sportver-

eine und Sportstättenbetreiber wurden stark gebeutelt.

• Wir werden die Sportentwicklung in allen Bereichen unterstützen und vor allem die Ge-

sundheitsprävention ausbauen.

• Die Sportvereine sollen wieder voll durchstarten können. Deshalb werden wir sie bei der

Bindung und Neugewinnung von Mitgliedern unterstützen.

• Den Sanierungsstau der kommunalen und vereinseigenen Sportstätten und Schwimm-

bäder werden wir mit besonderem Fokus auf energetische Sanierung, Barrierefreiheit

und Digitalisierung nachhaltig abbauen.

• Den aufstrebenden E-Sport werden wir in Deutschland stärker unterstützen.

• Damit der Sport seine gesellschaftliche Funktion erfüllen kann, braucht es engagierte

Trainer und Übungsleiter. Wir werden für eine steuerliche Förderung ihrer Aus- und Wei-

terbildung sowie für ihre berufliche Anerkennung sorgen. Ebenso werden wir die Pro-

gramme gegen Diskriminierung und Rassismus und für Integration und Inklusion fort-

setzen und stärker fördern.

• Zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs im Kontext des Sports werden wir eine zent-

rale Stelle für „safe sports“ einrichten und bestehende Präventionsprogramme stärken.

• Den Leistungssport werden wir weiterentwickeln und unseren Athletinnen und Athleten

eine sichere und wertegebundene Basis für ihre Spitzenleistungen bieten. Dafür werden

wir noch bessere Trainings- und Wettkampfbedingungen etablieren, die Stützpunkt-

struktur modernisieren und die Organisation professionalisieren.

• Die Kontrollinstanzen für den Kampf gegen Doping, Manipulation und Korruption sollen

gestärkt werden. Sie müssen international stärker abgestimmt und auch kontrolliert wer-

den.

• Wir unterstützen die Bewerbungen für internationale sportliche Großveranstaltungen in

Deutschland. Diese müssen ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltig sein, wie auch

auf eine breite gesellschaftliche Zustimmung stoßen. Das ist auch der Maßstab für eine

Bewerbung um olympische Spiele in Deutschland.